

PROTOKOLL

Begrüßung

Narjes

Es ist eine große Freude und Ehre für uns, Sie hier in Brüssel im Gebäude der Kommission begrüßen zu dürfen. Wir bedanken uns sehr für Ihre organisatorische und vor allem politische Entscheidung, in diesem Kreise und an diesem Orte über ein europäisches Thema zu sprechen. In einer Zeit voller Chancen, aber auch voller Risiken versprechen wir uns von einem solchen Gespräch wichtige Anregungen, die vielleicht auch für unsere Arbeit Operationen verwertbar sind.

Die nüchterne Arbeitsatmosphäre dieses Raumes entspringt der Zweckmäßigkeit; sie ist ein reales Spiegelbild der sachbetonten Umgebung, in der wir mit den Mitgliedstaaten, aber auch mit Drittstaaten über die Themen der Gemeinschaft sprechen.

Körber

Im Februar haben die Bürger Dänemarks, sonst nicht eben legendär für ihren Europa-Enthusiasmus, mit ihrem Votum für die europäische Akte gegen den Kleinmut ihrer Politiker darauf insistiert, daß es mit Europa vorwärtsgehen muß in Richtung des Marktes ohne Grenzen und in Richtung einer politischen Union. Im Sinne dieses Votums für Europa möchte ich Sie alle zu unserem Europa-Symposium recht herzlich willkommen heißen.

Die Dame Europa ist also besser als ihr Ruf. Die Europäische Gemeinschaft ist bei aller Kritik an ihrer jahrzehntelangen hindernisreichen Entwicklung dennoch ein Erfolg. Das zeigt ihr Wachstum, das beweist ihr internationaler Rang. Der Respekt, der ihr von außerhalb Europas entgegengebracht wird, ist oftmals größer als die Wertschätzung, die sie in den europäischen Ländern selbst genießt.

Natürlich übersehen wir nicht die Schwierigkeiten, die nationalen Ambitionen, die noch nicht zu Ende geträumten Träume sowie die Hemmnisse und Hürden, die der Entwicklung Europas zum politischen Subjekt im Wege stehen. In dieser Hinsicht mischt sich zum Beispiel in die Befriedigung über den Beitritt Spaniens und Portugals bereits die Sorge, daß damit auch die ungelösten Probleme der Gemeinschaft wachsen.

In diesem Zusammenhang wird oft ein Defizit an europäischem Gemeinschaftswillen beklagt, aber prinzipielle Gutwilligkeit kann keine planende und weitsichtige Politik ersetzen. Die gesamteuropäische Politik, die Vereinigung Europas, wird leider allzuoft zur Magd nationaler Interessen. Man läßt ihr - und ich meine nicht nur in der Agrarpolitik - die Last auf, die man selbst nicht tragen will.

Um so wichtiger scheint mir deshalb unser heutiges Gespräch über Europas Stellung in der Welt gegenüber den Weltmächten. Die strategische Identität Europas im Sinne der Zwei-Säulen-Theorie der NATO steht auf der atlantischen Tagesordnung. In diesem Rahmen müssen wir Europäer den Mut haben und die Mittel finden, vom Klienten der USA zu deren weltpolitischen Partner aufzusteigen.

Für Europa geht es doch darum, einerseits seine weltpolitische Rolle im Atlantischen Bündnis mit den USA zu finden und andererseits den entschlossenen Dialog mit der Sowjetunion zu führen. Das wird seine Zeit brauchen, zumal auch hier die traditionellen nationalen Interessen eines Kontinents zu berücksichtigen sind, dessen Staaten zum Teil selbst Weltmächte waren.

Für die Zukunft Europas braucht es den politischen Willen. Diese Zielsetzung zu erneuern und über die einzelnen Wegstrecken nachzudenken, ist der Grund, warum wir hier versammelt sind.

Vielleicht vereinfacht sich die Fragestellung unseres Themas, wenn wir sie einmal umkehren und fragen: Was erwartet die Welt von Europa? Sie erwartet meines Erachtens weniger machtpolitische Interventionen als vielmehr unseren Beitrag zur Zivilisation, Ideen zur wirtschaftlichen Entwicklung der dritten Welt, zur sozialen Ordnung, zur Kultur, also nicht nur materielle Leistungen. Damit will ich die Sicherheit Europas nicht kleinschreiben. Ein Europa, das keine nationalen Kriege mehr kennt und sich zu verteidigen weiß, ist zweifellos ein gewichtiges Element für den Frieden auf unserem Kontinent. Für die Erhaltung des Friedens in der Welt jedoch ist es darüber hinaus unabdingbar, daß Europa unbeirrt den Weg zur politischen Union beschreitet, um in Krisensituationen mit einer Stimme sprechen zu können.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel des Mittelmeerraumes und des Nahen Ostens begründen. Wenn diese Region, das heißt das Mutterbecken der europäischen Geschichte, außerhalb der direkten Verantwortlichkeit Europas bliebe und die beiden Weltmächte dort allein handeln, dann gefährdet das nicht nur die Weltstellung Europas, sondern auch den Frieden in der Welt.

Ich hoffe, daß es uns gelingt, zu diesen Fragen nicht nur allgemeine Willenserklärungen abzugeben, sondern daß wir in diesem Gesprächskreis auch konkrete realisierbare Vorschläge für die Politik und öffentliche Meinung machen, die beweisen, daß Europa kein Marktplatz bleiben muß, auf dem Kunden und Verkäufer miteinander feilschen.

Gestatten Sie mir, daß ich in besonderer Weise die Referenten unserer Konferenz willkommen heiße. Ich begrüße Lord Carrington und den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt. Präsident Delors wird ja erst später zu uns stoßen. Herrn Kaiser möchte ich danken, daß er die Moderation dieses Gesprächskreises übernommen hat.

Kaiser

"Findet Europa wieder die Kraft, eine Rolle in der Weltpolitik zu spielen?" In der Frage klingt Zweifel, aber auch die Hoffnung, daß Europa diese Kraft tatsächlich finden kann. Die schwierigen Auseinandersetzungen über Tagesprobleme, die in diesem Hause oder in Luxemburg und in Straßburg stattfinden, lassen uns oft vergessen, daß es jenseits der Debatten über, sagen wir, Agrarpolitik oder Verkehrspolitik, die sicher nicht nur für die beteiligten Staaten, sondern auch für Europa wichtig sind, noch die Frage nach der Rolle Europas in der Welt gibt.

Als das Thema formuliert wurde, konnte niemand ahnen, daß die Krise, die jetzt über der Frage des Terrorismus und der Reaktion des Westens ausgebrochen ist, auch die Frage nach der Rolle Europas aufwirft - insbesondere angesichts der offenkundigen Schwäche, die Europa in dieser Krise demonstriert hat. Wir müssen uns die Frage stellen, welche Voraussetzungen wir eigentlich erfüllen müssen, um auf diesem Felde einen angemessenen politischen Beitrag leisten zu können.

Welche Rolle soll dieses Europa überhaupt spielen? In den Anfangsjahren der Gemeinschaft gab es die Vorstellung, Europa müsse in erster Linie eine Zivilmacht sein. Ich habe solche Überlegungen, daß Europa sich aus den Händeln der Welt heraushalten, sich primär in der Weltwirtschaft engagieren und die großen Fragen der Sicherheitspolitik anderen überlassen könne, immer für eine Illusion gehalten. Aber welche Rolle sollte Europa denn in der Sicherheitspolitik spielen; wie könnte der Beitrag Europas zur Stabilisierung der Welt, sicher auch des Weltwirtschaftssystems und des Nord-Süd-Konflikts, aussehen? Und was bedeutet das für unsere zentralen Beziehungen nach außen?

Das betrifft erstens unser Verhältnis zum Bündnispartner USA. Wie kann Europa in diesem Bündnis, das wir weiterhin brauchen, eine stärkere Rolle spielen? Wo hat es gemeinsame und wo differierende Interessen mit den USA? Lassen sich die Divergenzen in einem Konflikt-Management-System so eingrenzen, daß sie sich in der zentralen Sicherheitspolitik nicht störend auswirken? Wie sehen wir - zweitens - unser Verhältnis zur Gegenmacht Sowjetunion? Drittens: Welche weiteren Regionen in der Welt sind für Europa besonders relevant?

Darüber hinaus werden wir uns aber immer wieder fragen müssen: Welche inneren Voraussetzungen in Europa müssen wir erfüllen, um eine Rolle nach außen spielen zu können? Was bedeutet das beispielsweise für die bestehenden Institutionen und für den gegebenen politischen Entscheidungsprozeß?

Wir beginnen unser Gespräch heute mit einem Referat von Lord Carrington, der, seit er das Amt des NATO Generalsekretärs übernommen hat, bei vielen die Hoffnung geweckt und erfüllt hat, daß ein frischer Wind in die öffentliche Diskussion über die NATO kommt, welche die Legitimität des Bündnisses insgesamt erhöht. Ich gehe sicher nicht fehl in der Annahme, daß er sich bei der Behandlung des europäischen Themas speziell auf die Fragen der Sicherheit konzentrieren wird, was gerade angesichts der gegenwärtigen Situation besonders interessant für uns ist.

Carrington

Ich bin gebeten worden, in eine Diskussion einzuführen, indem ich off-the-record einige Bemerkungen zu der Frage mache: "Findet Europa wieder die Kraft, eine Rolle in der Weltpolitik zu spielen?"

Das ist in mancher Hinsicht eine etwas verquere Frage, nicht so sehr in dem Sinne: "Wann haben Sie aufgehört, Ihre Frau zu schlagen?" als vielmehr: "Wann werden Sie anfangen, sie wieder zu schlagen?" In dem Wort "wiederfinden" ist ja selbst schon eine Annahme enthalten; denn wann genau gab es jenes goldene Zeitalter, zu dem zurückzukehren wir wieder die Kraft finden sollen?

Ich nehme an, Sie werden es mir nachsehen, wenn ich mich nicht allzulange dabei aufhalte, nostalgisch bei der Rolle zu verweilen, die Europa in der Zeit gespielt hat, bevor die Vereinigten Staaten ihre Unabhängigkeit gewannen oder bevor die napoleonischen Kriege die nicht leicht einzuschätzende Stärke Rußlands unausweichlich in das Gleichgewicht der Mächte einbrachten.

Ebensowenig werden Sie von mir erwarten, daß ich das Jahrhundert zwischen der Schlacht von Waterloo und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges hier im einzelnen darlege. Ein Jahrhundert, in dem Europa nicht nur eine Rolle in der Weltpolitik spielte, sondern diese Weltpolitik weitgehend selbst verkörperte - die riesigen Kolonialreiche sind ein Beleg dafür. Aber es ist auch ein Jahrhundert, das für die Erhaltung des Gleichgewichts mit einem dramatischen Fehlschlag endete. Eine nicht so dramatische, aber im Rückblick nicht weniger wichtige Erkenntnis ist, daß das Gewicht Amerikas nötig sein würde, um das Gleichgewicht wiederherzustellen.

All das wurde damals nicht so klar gesehen, und bald stellten sich wieder die alten Gewohnheiten ein. Die "Boys" kehrten nach Amerika zurück. In Europa wollten die Menschen wieder ein Leben wie vor

dem Kriege führen. Doch das rosa Leuchten, das sie sahen, war ein Sonnenuntergang und kein Morgenrot, und der Himmel verfinsterte sich bald wieder.

Ohne Zweifel hat Europa - sofern damit die europäischen Staaten gemeint sind während jener Zwischenkriegszeit eine Rolle in der Weltpolitik gespielt, und zwar eine bedeutende, ja sogar entscheidende Rolle. Doch nur wenige Staaten, wenn überhaupt, können auf ihren Beitrag stolz sein.

Welches ist dann aber die Rolle, die wir jetzt wieder spielen sollen? Und wie ist das zu sehen, was wir gegenwärtig tun? Spielen wir keine Rolle oder die falsche, oder spielen wir eine zu geringe Rolle?

Die erste Auffassung, nämlich daß Europa überhaupt keine Rolle mehr spielt, scheint mir schlichtweg falsch zu sein, zumindest was Westeuropa angeht. Wenn man zu diesem Zweck Europa definiert und dabei sowohl die kontinentale wie auch die atlantische Supermacht ausklammert, dann hat diese Aussage sicherlich für Osteuropa eine gewisse Gültigkeit; das heißt für jene Länder, die einmal sehr unmittelbar Teil eines ungeteilten Kontinents waren und deren Nachkriegsgeschichte durch die wiederholte Demonstration der sowjetischen Militärmacht beherrscht worden ist. Diese Länder haben gewiß nicht ihre ganze nationale Identität verloren, und die Menschen dort haben auch nicht all ihre Hoffnungen aufgegeben. Aber wie es bei politischen Pauschalurteilen nun einmal so geht, ist es sicher berechtigt zu sagen, daß sie derzeit keine Rolle in der Weltpolitik spielen.

Ich kann aber weiß Gott keinen Grund sehen, warum wir unseren Komplexen frönen und ein ähnliches Bild auch für Westeuropa akzeptieren sollten.

Nehmen Sie als Beispiel die Europäische Gemeinschaft. Niemand behauptet, daß sie vollkommen, daß der vor uns liegende Weg frei von Hindernissen sei oder daß der Weg um diese Hindernisse herum mit vollendeter Geschicklichkeit unbeirrt gesteuert werde. Aber die betreffenden Länder haben sich von den Verheerungen des Krieges erholt. Sie haben auf ihre Weltreiche unter sehr geringem Blutvergießen und mit einem beträchtlichen Maß an gutem Willen selbst verzichtet. Ihre Zusammenarbeit mit der dritten Welt ist, was Terms of trade, Entwicklungshilfe und private Investitionen angeht, derjenigen der Vereinigten Staaten durchaus ebenbürtig. Ihr Beitrag zur Atlantischen Allianz ist sowohl politisch wie militärisch von Gewicht. Und was vielleicht am wichtigsten ist: Sie haben eine Struktur geschaffen, die es undenkbar macht, daß wieder ein militärischer Konflikt zwischen jenen Nationen ausbricht, deren Streitigkeiten in der Kriegsgeschichte so sehr zu Buche geschlagen haben. Wenn das nicht heißt, eine Rolle in der Weltpolitik zu spielen, dann weiß ich nicht, was es sonst bedeuten soll.

Spielt Europa womöglich die falsche Rolle? Oder ist die Rolle im Grundsatz richtig, indem wir versuchen, uns im großen und ganzen in die richtige Richtung zu bewegen, aber zu gering, weil es uns an Kraft oder an Willen - oder an beidem - mangelt, um schnell genug in dieser Richtung voranzukommen?

Das sind unterschiedliche Fragestellungen, die jedoch an den extremen Positionen viel einfacher auseinanderzuhalten sind. Ein westeuropäischer Kommunist zum Beispiel könnte argumentieren, daß wir die falsche Rolle spielen, weil wir uns mit der Sowjetunion verbünden sollten statt mit den Vereinigten Staaten. Und ein überzeugter Atlantiker könnte sagen, daß wir eine zu geringe Rolle spielen, weil wir nicht mehr tun, um die Vereinigten Staaten zu unterstützen gegen die sowjetische Herausforderung, die weit über das hinausgeht, was im Vertrag als NATO-Gebiet definiert ist.

Je mehr man sich jedoch der Mitte des Spektrums nähert, um so schwerer wird es, die Unterscheidung zwischen den beiden Fragen aufrechtzuerhalten. Das beste Beispiel dafür wird vielleicht von jenen gegeben - zu denen ich gehöre;- , die gern eine größere europäische Verteidigungsidentität als Beitrag für eine Stärkung der Allianz sehen würden. Die Schwierigkeit besteht ja nicht darin, dies so zu sagen, sondern genau zu bestimmen, was man damit meint und wie man das erreichen will. Wirklich schwierig wird es dann, wenn das, was den europäischen Einfluß zu stärken scheint, gleichzeitig aber einer Stärkung der Allianz weniger dient. Oder, um es deutlicher zu sagen: wo ein Konflikt aufscheint zwischen dem, was einer stärkeren europäischen Verteidigungsidentität dienen soll, und dem, was für notwendig gehalten wird, um den Zusammenhalt im Bündnis zu gewährleisten.

Nach meiner Auffassung ist es durchaus möglich, der europäischen Stimme mehr Nachdruck zu verleihen - und die Rolle Europas grundsätzlich zu verbessern;- , und zwar auf eine Weise, die das Bündnis als Ganzes stärkt. Aber ich will damit keineswegs behaupten, daß dies leicht sein wird. Gestatten Sie mir, in diesem Zusammenhang ein Wort zur Stellung Frankreichs zu sagen, vorausgesetzt, daß dies off-the-record bleibt und mich die französischen Teilnehmer nötigenfalls korrigieren.

Die Franzosen befinden sich in einer Position, die vom Bündnis verstanden und akzeptiert wird, nicht zuletzt deshalb, weil das Bündnis mit Frankreich weit stärker ist, als wenn die Franzosen außen vor stünden. Der französische Militärbeitrag, von dem die Verbündeten Frankreichs wissen, daß er ihnen durchaus Vorteile bringt, mag so im Endeffekt auch stärker sein: Ich vermute, daß es mitunter leichter ist, eine Wählerschaft von dem, was auf dem Verteidigungsgebiet notwendig ist, zu überzeugen, wenn man von "nationaler Verteidigung" statt vom "Beitrag für die NATO" spricht.

Doch gibt es auch eine weniger positive Seite des französischen Modells, insbesondere wenn andere darin ein Modell für sich sehen. Ich denke nicht, daß dies von den Franzosen selbst gewünscht wird. Ich nehme an, sie stimmten mit mir überein, daß die NATO geschwächt würde, wenn andere ihrem Beispiel folgen wollten, und dadurch auch die Sicherheit Frankreichs, die ja nicht zuletzt von der Stärke des Bündnisses mit abhängt, verringert würde. Aber unabhängig von diesen besonderen Fragen kann man sagen, daß einige Wege, sowohl die europäische Verteidigungsidentität als auch das Bündnis zu stärken, durch die französische Haltung weiter erschwert werden.

Das ist insbesondere dort der Fall, wo es um die Institutionen geht. Beispielsweise wäre die Euro-Group ein ideales Instrument, wenn die Franzosen ihr angehörten. Aber wie die Dinge liegen und mit der einzigen wichtigen Ausnahme, was die Zusammenarbeit bei der Produktion und Beschaffung von Rüstungsgütern angeht denn die Independent European Programme Group (IEPG) umfaßt alle europäischen Mitglieder des Bündnisses;- müssen wir uns auf dem institutionellen Sektor mit Teillösungen zufrieden geben. Und die WEU, so bewundernswert diese Organisation auch sein mag, läßt sieben der 14 europäischen Bündnispartner außen vor, einschließlich jener zwei, die eine Grenze mit der Sowjetunion teilen.

Daß diese sieben nicht dabei sind, darf nicht außer acht gelassen werden. Von verbündeten Ländern werde ich in der Tat gefragt, welche Implikationen es hätte, wenn eine europäische Verteidigungsidentität nur auf die sieben Mitglieder der WEU gegründet würde. Hinter einigen dieser Fragen steht auch die Sorge, ob das Pferd wiederbelebt werden soll, um in den Deichseln des Bündnisses wirkungsvoller zu ziehen, oder ob es auf den Tag vorbereitet wird, an dem es womöglich selbständig laufen soll. Hier bedarf es einer Klarstellung, und ich weiß, daß die WEU-Mitgliedsstaaten das auch so sehen.

So wie ich es sehe, ist es eine wesentliche Voraussetzung für eine wirkungsvolle europäische Rolle in der Weltpolitik, daß jene Länder in Europa, die die Freiheit haben, ihr Schicksal selbst zu beeinflussen, alles tun sollten, was notwendig ist, um diese Freiheit zu erhalten. Das bedeutet, ein Gegengewicht zur sowjetischen Militärmacht aufrechtzuerhalten, das ausreicht, vor einem Angriff abzuschrecken und offene oder versteckte Gewaltandrohungen unwirksam zu machen.

Die Statistiker werden Ihnen erzählen, daß Wohlstand und Bevölkerungszahl Westeuropas in die Lage versetzen, diese Aufgabe selbständig wahrzunehmen. Sie werden Ihnen aber nichts darüber sagen, wie das Leben in unseren Ländern aussehen würde, wenn wir versuchen sollten, eine solch massive Verschiebung unserer Ressourcen vom zivilen auf den militärischen Sektor vorzunehmen. Und sie sagen Ihnen auch nichts darüber, wie die Sowjetunion auf eine dramatische Verstärkung des konventionellen und mehr noch des Kernwaffenpotentials Westeuropas reagieren würde.

Das sind keine Fragen, die man einfach beiseite schieben kann. Sie machen nach meiner Auffassung sehr deutlich, daß es darauf ankommt, weiterhin ein ausreichendes Gegengewicht in enger Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten beizubehalten. Auf diese Weise ist es uns gelungen, über Jahrzehnte Frieden, Freiheit und wachsenden Wohlstand für die parlamentarischen Demokratien beiderseits des Atlantiks zu sichern. Und diejenigen, die dies durch eine andere Methode ersetzen wollen, müssen dann schon die Beweislast tragen.

Die Partnerschaft aufrechtzuerhalten, heißt aber nicht, daß die Lastenverteilung festgeschrieben bleiben muß. Das ist ja auch bislang nicht der Fall gewesen. Was Westeuropa heute zur militärischen, politischen und ökonomischen Stärke des Bündnisses beiträgt, ist relativ und absolut gesehen sehr viel mehr, als man im Jahre 1949 realistischerweise vorhersehen konnte.

Ich persönlich würde wünschen, daß die europäischen Verbündeten in dieser Richtung entschlossen weitergehen. Mir bereitet es überhaupt keine Schwierigkeit, in den Vereinigten Staaten die Auffassung zu vertreten, daß die Europäer schon sehr viel mehr tun, als man ihnen mitunter anrechnet. Ich finde es indes weit schwieriger zu belegen, daß wir bereits alles tun, was wir sinnvollerweise tun könnten. Wenn ich auf die höheren Anteile am Bruttosozialprodukt angesprochen werde, die die Vereinigten Staaten für Verteidigungszwecke, einschließlich der Verteidigung Westeuropas, veranschlagen, dann pflege ich zu sagen, na ja, Ihr seid eben eine Großmacht, und sie würden eine besondere Verantwortung tragen. So, wie Maurice Chevalier einmal formuliert hat: "I remember it well ... "

Halten wir das in Europa wirklich für vernünftig? Oder sind manche von uns bereits so weit, daß sie eine Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten nur dann erträglich finden, wenn die Frage nach einer Erhöhung unseres Anteils an den Lasten nicht gestellt wird und wir unsere beachtlichen Möglichkeiten nur hier und da voll einbringen, häufig genug noch verbunden mit einem symbolischen Nasenstüber gegenüber den Vereinigten Staaten? Diese Vereinigten Staaten kann man ja so leicht kritisieren, entweder weil sie versuchen, ihren Bündnispartnern etwas aufzubürden, oder weil sie es versäumen, Führung auszuüben, es an Konsultationen mangeln lassen, oder daß sie uns konsultieren, dann aber doch tun, was sie wollen.

Je mehr ich über die uns hier gestellte Frage nachdenke, desto mehr bin ich davon überzeugt, daß sich dabei alles um die Beziehungen zwischen den westeuropäischen Bündnispartnern und den Vereinigten Staaten dreht. Kein Land kann eine angemessene Rolle in der Weltpolitik spielen, wenn es nicht in der Lage ist, seine eigene Verteidigung sicherzustellen. Das goldene Zeitalter, auf das die Frage unseres Themas anspielt, ist vielleicht eine Zeit gewesen, als die Länder Europas imstande waren, ihre Verteidigung eigenständig zu gewährleisten. Oder dies zumindest glaubten. Nicht weil sie das Risiko eingehen wollten, notfalls allein einen Krieg zu führen, sondern weil die wechselnden Bündnisse, mit denen man ein Machtgleichgewicht zu erhalten suchte, auch ein Gefühl vermittelten, daß jeder einen Handlungsspielraum hatte und sein eigener Herr war.

Darin steckte immer eine Portion Illusion. Aber der entscheidende Punkt ist, daß sich die Stellung Westeuropas in der Welt verändert hat, weil die Weltreiche dahin sind und weil sich unser relatives wirtschaftliches Gewicht verändert hat und weil sich unser relatives militärisches Gewicht verändert hat, nicht zuletzt auf unserem Kontinent selbst. Die Hinwendung zu einem stabilen Bündnissystem mag eine Folge all dieser Faktoren und insbesondere der Realität der sowjetischen Militärmacht sein. Das ist jedoch an sich noch kein Grund, der uns zu einer zweitrangigen Rolle auf der Weltbühne verdammt. Im Gegenteil: Die vernünftige Entscheidung, viel zu tun aber nicht alles;- , was für unsere Sicherheit erforderlich ist, in Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten, sollte uns um so mehr in die Lage versetzen, anderswo einen deutlichen Einfluß auszuüben.

Eine stärkere europäische Rolle scheint mir - kurz gesagt - nicht nur wünschenswert und voll vereinbar mit dem Bündnis, sondern auch am besten innerhalb der Allianz erreichbar zu sein und das auf eine Weise, die geeignet ist, das Bündnis im ganzen zu stärken. Ich will Ihnen kein Rezept nennen; denn in der Politik wie beim Kochen sind Fragen der Proportion, des richtigen Timing und der Nuancen viel zu wichtig, als daß man sie außer acht lassen dürfte, und viel zu komplex, um sie nur so nebenher zu behandeln. Lassen Sie mich Ihnen aber einige Zutaten auflisten:

Erstens: Um für ein ausreichendes Gegengewicht zur sowjetischen Militärmacht zu sorgen, bedarf es für die absehbare Zukunft sowohl eines entsprechenden nuklearen wie konventionellen Potentials. Wenn wir Europäer dieses Geschäft den Amerikanern überlassen, weil wir daran keinen Geschmack finden, verdienen wir nichts anderes als eine zweitklassige Behandlung. Das heißt nicht, daß nun alle auf Kernwaffen setzen müssen. Aber für die Franzosen und Engländer bedeutet es, eine wirksame Abschreckung aufrechtzuerhalten, und für ihre europäischen Verbündeten, ihnen die erforderliche politische Unterstützung zu geben. Und wir alle müssen bereit sein, einen angemessenen Teil der Verantwortung für die alliierte Nuklearstrategie zu übernehmen.

Zweitens: Auch Minderheiten sollen durchaus zu Wort kommen; aber mir muß man nichts über die Frustrationen erzählen, wenn der langsamste in einem großen Konvoi das Tempo bestimmt, insbesondere wenn einige dazugehören, die nicht nur langsam sind, sondern auch gewisse Zweifel daran hegen, wozu das Ganze überhaupt gut ist. Kurz gesagt, da gibt es eine nützliche Rolle für die WEU, aber sie muß sehr sorgsam gespielt werden, wenn der Zusammenhalt im Bündnis nicht beeinträchtigt werden soll. Eine europäische Verteidigungsidentität aufzubauen und den Amerikanern und Kanadiern das Gefühl zu vermitteln, daß sie nicht erwünscht sind, hieße, mehr Baby als Badewasser auszuschütten.

Drittens: Die europäischen Verbündeten können und sollten ihre konventionellen Verteidigungsanstrengungen etwas verstärken; einige von ihnen könnten dafür auch eine ganze Menge mehr tun. Wenn des Kaisers neue Kleider nur das sind, was sie in dem Märchen waren, darf man sich nicht wundern, wenn er keine ernst zu nehmende Figur auf der Weltbühne abgibt.

Udgaard

Ich komme aus einem der sieben Länder, das als europäischer Bündnispartner nicht Mitglied der WEU ist. Lord Carrington hat über die wichtige Rolle der WEU gesprochen und betont, daß jene außerhalb der WEU stehenden Länder sich nicht zu sehr außen vor fühlen dürften. Wie sollte das möglich sein?

Carrington

Was uns in Europa fehlt, ist einmal mehr eine Institution, in der wir wirklich über die europäische Verteidigungsidentität sprechen können. Ich halte es deshalb für eine sehr gute Idee, daß man die WEU wiederbelebt hat, die schon im Sterben lag und gar nichts mehr tat. Mir ist sehr wohl bewußt, daß die sieben Mitgliedsländer der WEU die Besorgnisse der anderen sieben europäischen Länder durchaus verstehen, was sich übrigens nicht nur auf diese sieben Länder beschränkt; denn auch auf amerikanischer Seite gibt es diese Besorgnis gegenüber der WEU. Was sie befürchten, ist eine Situation, in der es so etwas wie eine gemeinsame europäische Position gibt, bevor die Diskussion im Bündnis stattfindet. Ich denke, daß die sieben außenstehenden Länder befürchten, daß sie aus dem europäischen Club ganz ausgeschlossen und zu zweitrangigen Partnern werden.

Ich erinnere mich an eine ähnliche Situation zu der Zeit, als ich Erster Lord der Admiralität war. Damals gab es zwei zivile Mitglieder in diesem Führungsgremium der Admiralität, mich selbst und jemand anderen, und sechs Admirale. Wenn dann eine Sitzung anberaumt war, passierte folgendes: Eine Stunde vorher trafen sich die Admirale privat, um sich darüber abzustimmen, wie vorgegangen werden sollte. Auf der Sitzung konnten wir beiden Zivilisten dann nicht viel mehr tun, als unsere politischen Forderungen vorzubringen. Ich glaube, das ist es, was die Amerikaner ein wenig befürchten.

Was kann die WEU in dieser Lage tun? Da es kein Forum gibt, auf dem man über europäische Verteidigungsidentität oder über Sicherheitsfragen miteinander reden kann, weil nicht alle Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft auch dem europäischen Bündnis angehören, sehe ich es schon als einen Vorzug an, daß es eine Institution gibt, selbst wenn sie unvollständig ist, in der diese Dinge diskutiert werden können.

Des weiteren beschäftigt mich, seit ich Generalsekretär der Allianz bin, die Tatsache, daß die Außen- und die Verteidigungsminister keine Möglichkeit haben, sich irgendwo zu treffen. Das resultiert wiederum aus dem französischen Problem. Aber es ist schon recht merkwürdig, daß in einer Allianz, in der sowohl die politischen als auch die militärischen Aspekte von größter Wichtigkeit sind, kein Gremium vorgesehen ist, wo diese Minister zusammenkommen können. Im Rahmen der WEU, obwohl sie unvollständig ist, ist dies möglich, und es geschieht ja auch in der Tat.

Je mehr die Minister über die europäische Verteidigungsidentität miteinander sprechen, um so mehr reden sie auch über europäische Sicherheit. Natürlich entscheiden sie nicht darüber, was die europäische Verteidigungsidentität sein sollte, weil sie sehr gut wissen, daß sie dafür die Zustimmung der anderen sieben einholen müssen. Aber die WEU ist wenigstens ein Forum, auf dem über diese Fragen gesprochen werden kann. Sie können dort Dinge anstoßen wie Fragen der Beschaffung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der europäischen Rüstung. Ich glaube, dafür ist die WEU nützlich, obwohl ich weiß, daß es einige Leute gibt, die darüber etwas beunruhigt sind.

Udgaard

Lord Carringtons Formulierung, die sieben Nichtmitglieder der Westeuropäischen Union seien über die Entwicklung besorgt, trifft so nicht ganz zu. Portugal und Spanien zum Beispiel haben Interesse an einer Mitgliedschaft gezeigt. Auch die norwegische Regierung hat neuerdings erklärt, daß sich Norwegen an dieser Organisation beteiligen möchte, wenn sie wirklich eine politische Bedeutung bekommen sollte.

Kaiser

Die Frage der Abstimmung zwischen WEU und NATO sollten wir erst aufgreifen, nachdem wir uns Gedanken gemacht haben über das, was Europa auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik eigentlich will. Damit beantwortet sich dann zum Teil auch die Frage der Gremien.

Für den Beginn schlage ich vor, auf Lord Carringtons anfangs gestellte Fragen einzugehen: Spielt Europa keine Rolle, die falsche Rolle, welche Rolle überhaupt? Dabei sollten wir auch die Frage der Ziele mitdiskutieren.

Renouard

Für mich klingt die Frage, die unserem Gespräch hier zugrunde liegt, wie ein Echo auf die düstere Warnung, die Paul Valéry 1929 formulierte, als er sagte: "Anscheinend ist Europa bestrebt, von einer amerikanischen Kommission regiert zu werden. Seine ganze Politik tendiert in diese Richtung." So, als ob Europa nur noch ein Objekt der internationalen Beziehungen wäre.

Es ist offenkundig, wenn man die Ressourcen und die Bevölkerungen der europäischen Länder addiert, kommt man auf Größenordnungen, die denen der beiden Supermächte vergleichbar sind. Und Europa, das ist jedermann klar, ist keine Supermacht.

Und hier möchte ich auf die Sicherheitsfrage zurückkommen. Auch wenn der Aufbau Europas bereits im Gange ist und die europäische Diplomatie allmählich Gestalt annimmt, gibt es heute noch keine europäische Militärmacht. Für mich ist das eine Tatsache, mit der wir auf kürzere oder längere Sicht werden leben müssen.

Um noch einmal Paul Valéry zu zitieren: "Die Geschichte ist vielleicht das gefährlichste Produkt, das die Chemie des Intellekts hervorgebracht hat." Zweifellos sind die Sicherheitsprobleme für Europa am schwierigsten zu lösen, weil auf diesem Gebiet die Entscheidungen der einzelnen europäischen Länder am stärksten von der Geschichte geprägt sind. Außerdem ist hier für ganz Europa der Bereich, wo noch ein gewisser Mangel herrscht, da Europa nicht in der Lage ist, seine Sicherheit selbst zu gewährleisten, und es, um der Bedrohung standzuhalten, der Präsenz der amerikanischen Streitkräfte und des amerikanischen Verteidigungspotentials bedarf. Die Europäer sind sich bewußt, wie heikel und schwierig dieses Problem ist, und sie wissen zugleich, daß der Aufbau Europas auf die Dauer nur dann Bestand haben kann, wenn der Sicherheitsfaktor in der einen oder anderen Weise berücksichtigt wird.

In diesem Zusammenhang hat Lord Carrington nun die WEU erwähnt. Mein Eindruck ist, daß jeder der Mitgliedstaaten, der an der Wiederbelebung der Debatten zwischen den Europäern über die Sicherheitsfragen beteiligt ist, sich der Schwierigkeit des Problems bewußt ist und weiß, mit welcher Vorsicht man auf diesem Wege vorgehen muß. Jeder weiß auch, daß die bestehenden Institutionen auf keinen Fall vorschnell in Frage gestellt werden dürfen, insbesondere nicht das Atlantische Bündnis. Gleichzeitig besteht aber ein spürbarer Bedarf, und hier möchte ich die Ausführungen von Lord Carrington ergänzen.

Die schwierigen Debatten Anfang der 80er Jahre haben doch gezeigt, daß es vor allem darauf ankommt, der öffentlichen Meinung das Gefühl zu vermitteln, daß die Europäer ihre Situation und ihre Interessen auf dem Sicherheitsgebiet eigenständig analysieren und entsprechend die Wahl der Mittel selbst bestimmen. Diese Mittel beruhen einerseits auf den Anstrengungen jedes einzelnen europäischen Staates, von denen Lord Carrington gesprochen hat. Und andererseits besteht innerhalb der Institution das Interesse an einem Bündnis und an der Zusammenarbeit mit den USA, was die atomare Abschreckung angesichts der europäischen Sicherheitsproblematik angeht.

Ich meine, daß es einen wenn auch sehr schwierigen Weg gibt. Wir alle sind durchaus sensibel, was die möglichen Reaktionen der europäischen Nicht-Mitgliedstaaten einerseits und des großen atlantischen Verbündeten andererseits angeht. Zugleich ist hier jedoch ein wichtiger Schritt möglich, der, wenn er gut ausgeführt und richtig verstanden wird, das Bündnis eher stärken als schwächen wird. Damit könnten wir die Bündnispolitik verankern, wenn wir bei der Einschätzung der Sicherheitsfragen die europäischen Interessen angemessen berücksichtigen.

Weidenfeld

Mir bereitet die Anlage der Diskussion ein wenig Unbehagen. Wenn es heißt, wir sollten uns um die Rolle Europas in der Weltpolitik kümmern und von den politischen Tagesfragen möglichst absehen, so erweckt man den Eindruck, als könne man beides voneinander trennen - wenn wir schon nicht den Butterberg erklimmen, dann vielleicht wenigstens den Weltgipfel? Ein Traum von der weltpolitischen Rolle kann auch zum billigen Fluchtweg aus inneren Lähmungen werden. Ich meine also, innere Handlungsfähigkeit und äußeres Handlungspotential können nicht strikt voneinander getrennt werden.

Ich frage mich ferner, welchen Sinn es haben soll, hier bloß vordergründig die Rolle Europas zu definieren: Sollen wir uns zur Weltmacht erklären oder zur Mittelmacht? Welche Folgen hätte das? Damit würden wir doch nichts über unsere Strategien und darüber aussagen, wie wir die politische Handlungsfähigkeit Europas stärken wollen.

Wer versucht, Europa als reine Zivilmacht zu deklarieren, übersieht die eminente sicherheitspolitische Dimension, die der Vorgang der europäischen Integration von seiner ersten Stunde an gehabt hat. Auch ohne verteidigungspolitische Komponente könnte man hier geradezu von einer Sicherheitsgemeinschaft sprechen. Von Beginn an, von der EVG über die MLF, die Fouchet-Pläne, die Euro-Group der NATO bis hin zur EPZ, ist die sicherheitspolitische Komponente immer mit im Spiel gewesen. In der Einheitlichen Europäischen Akte wird nun die Sicherheitspolitik ausdrücklich mit einbezogen.

Daß wir diese Entwicklungslinie bis heute nicht zu Ende geführt haben, begründet meiner Meinung nach die eigentliche Schiefelage in den europäisch-amerikanischen Beziehungen. Zu diesem Kernstück unserer Diskussion will ich kurz vier Punkte nennen, die ich als die zentralen Ursachen für diese Schiefelage ansehe.

Erstens. Wir haben den Nordatlantikvertrag auf seine militär-organisatorische Dimension reduziert, was ursprünglich so nicht vorgesehen war. Damit fällt er aus als Instrument zur Erarbeitung und Formulierung einer gemeinsamen Politik und auch als Bezugspunkt weitergehender Loyalität der westlichen Welt. Im Grunde ist die NATO im Laufe der Zeit - zugespitzt formuliert - zu einer technischen Agentur für das Produkt Sicherheit geworden. Insofern bin ich sehr skeptisch, ob die gewünschte europäische Identität über die Euro-Group der NATO herbeizuführen ist, weil dieser Euro-Group der notwendige politische Unterbau fehlt. Ich bin auch sehr skeptisch, ob die sicherheitspolitische Identität über die WEU herbeizuführen ist. Man kann eine politische Mumie nicht nach Belieben wieder ins Leben zurückrufen.

Zweitens. Die vorhandenen Unterschiede, die zwischen den USA und Europa von Anfang an festzustellen waren - was etwa den Erfahrungshorizont angeht oder die Abstraktionshöhe, wie man bestimmte Themen angeht, weltpolitisch oder regional;-, haben sich inzwischen vertieft. Libyen ist das beste Beispiel dafür. Das führt zu unterschiedlichen Formen politischer Rationalität. Es betrifft also keineswegs nur die Frage unterschiedlicher Ziele im einzelnen, sondern reicht sehr viel weiter. Nicht nur einzelne Auffassungen, sondern die Formen des politischen Kalküls in Amerika und in Europa driften auseinander, was viel bedeutsamer ist.

Drittens. Es ist nicht zu übersehen, daß sich die Frage der Akzeptanz und Legitimation von Sicherheitspolitik heute sehr viel nachdrücklicher stellt und weit größeres Gewicht hat als in den Jahren zuvor. Um diese Akzeptanz der Sicherheitspolitik aber herzustellen, fehlt der NATO der notwendige politische Unterbau, der es ermöglicht, die subjektiven Dispositionen der einzelnen Bürger an das politische System heranzutragen und umgekehrt die Entscheidungen der NATO für den einzelnen wiederum plausibel zu machen.

Viertens. Für eine vitale Allianz fehlt den USA der ebenbürtige europäische Dialogpartner, der die genannten Defizite ein wenig ausgleichen könnte. Mein Vorschlag dazu wäre: Zurück zum Nordatlantikvertrag, der weit über sicherheitspolitische Agenturvorstellungen hinausging, und zugleich voran zur Politischen Union Europas, die weder in der WEU zu finden ist noch in der Euro-Group der NATO zu finden sein wird, sondern sehr viel eher von den Ländern zu begründen ist, die sich heute in der Europäischen Gemeinschaft und in der EPZ zusammengefunden haben. Alles andere bliebe im wesentlichen nur punktuelles Krisenmanagement.

Schmidt

Bevor wir die Rolle Europas in der Weltpolitik definieren können, müßten wir uns über die europäischen Interessen klarwerden. Sind die Interessen der Europäer gleich, beziehungsweise bis zu welchem Grade sind sie gleich, oder können sie durch Kompromiß identisch gemacht werden? Erst wenn man diese Frage beantwortet hat, kann man in einer zweiten oder dritten Phase überlegen, welche Institutionen man braucht.

Die Hauptfrage ist: Welches sind die Interessen der Europäer? Mein Eindruck ist, daß die Europäer jedes Gefühl für ihre Interessen verloren haben. Vor fast 20 Jahren, 1967 in der sogenannten Harmel-Doktrin, haben Europäer und Amerikaner zum letzten Mal ihre gemeinsamen Interessen formuliert. Seitdem haben sich viele Bedingungen geändert, ohne daß irgend jemand jemals versucht hätte, die europäischen Interessen neu zu definieren, weder bei kleineren Problemen wie Libyen noch bei den wirklich bedeutenden Fragen wie SDI. Nichts ist geschehen. Man wurstelt sich so durch. Die Europäer haben Angst, ihre Interessen festzulegen; das gilt für Franzosen, Deutsche und Italiener gleichermaßen.

Ich meine, wir sollten hier einmal der Frage nachgehen: Wie sehen die gemeinsamen europäischen Interessen aus, wenn es solche gibt? Es reicht nicht aus, nur festzustellen, daß wir seit 40 Jahren daran interessiert sind, uns gemeinsam zu verteidigen, und daß dies in den nächsten 40 Jahren so bleiben wird. Das ist nicht genug.

Kaiser

Wenn wir unsere Interessen definieren wollen, müssen wir aber auch die internationale Lage, so wie sie gegenwärtig ist und wie sie sich in den kommenden Jahren voraussichtlich entwickeln wird, in unsere Analyse miteinbeziehen.

Tornetta

Lord Carrington wies darauf hin, daß die Situation außerhalb des NATO-Gebietes wachsende Bedeutung erlangt. Das ist gewiß kein neues Problem in der Geschichte unseres Bündnisses. Es zeigte sich schon vor 30 Jahren bei der Suez-Krise. Das gab Anlaß zur Bildung des sogenannten Dreier-Komitees, jene drei klugen Männer, die damals versuchten, einige grundlegende Verhaltensregeln festzulegen, und zwar in Zusammenhang mit der Suez-Krise. Die drei machten vor allem darauf aufmerksam, daß die Interessen der NATO-Bündnispartner nicht auf das Gebiet des NATO-Vertrages begrenzt sind. Das gemeinsame Interesse der atlantischen Gemeinschaft könne durch Entwicklungen außerhalb des Vertragsgebietes ernsthaft berührt werden.

In diesem Zusammenhang empfahl das Dreier-Komitee, die Konsultationen innerhalb des Bündnisses zu institutionalisieren. Dabei betonten die Mitglieder, daß solche Konsultationen innerhalb der Allianz mehr sein müssen als nur ein Informationsaustausch, so notwendig dieser sei. Die Konsultationen könnten sich nicht darauf beschränken, den NATO-Rat davon in Kenntnis zu setzen, daß bestimmte Entscheidungen bereits getroffen sind, oder für diese Entscheidungen nachträglich die Unterstützung zu erhalten. Konsultationen bedeuten eine gemeinsame Diskussion der Probleme in einem frühen Stadium, bevor politische Entscheidungen getroffen und nationale Positionen fixiert worden sind. Im günstigsten Falle läuft dies auf kollektiv gefaßte Entscheidungen und Sachverhalte hinaus, die gemeinsame Interessen des Bündnisses betreffen. Zumindest würde damit gewährleistet, daß kein Mitglied eine Aktion unternimmt, ohne die Auffassung der anderen zu kennen.

Diese Richtlinie für Konsultationen enthielt drei grundlegende Kriterien: Erstens die Forderung, die Verbündeten vor jeder politischen Aktion zu informieren, die das Bündnis berühren könnte und die keinen eindeutig nationalen Charakter hat. Zweitens die Notwendigkeit, die Interessen und Standpunkte der anderen Bündnispartner zu berücksichtigen. Drittens als Ergebnis dieses Konsultationsprozesses eine Harmonisierung anzustreben, um die Hauptlinien für eine Politik der großen internationalen Fragen unter den Alliierten abzustimmen.

Nach dieser ersten Phase einer politischen Direktive für das Bündnis gab es eine zweite wichtige Phase nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan. Bei dieser Gelegenheit versuchte das Bündnis eine mehr ins einzelne gehende Linie einer möglichen Politik und Verfahrensweise festzulegen. So hieß es in einem Bericht der DPC im Mai 1981, die Bündnispartner seien sich einig, daß Situationen außerhalb der NATO-Grenzen die lebenswichtigen Interessen des Westens und damit die Sicherheit der Mitglieder des Bündnisses berühren könnten. Die Minister anerkannten, daß eine Politik, die darauf gerichtet ist, die vitalen Interessen zu schützen, voraussetzt, daß sich die Länder an Konsultationen im Bündnis voll beteiligen, um die Regierungen der NATO-Staaten in die Lage zu versetzen, ihre Interessen und die entsprechenden Implikationen abzustimmen und gemeinsame Ziele festzulegen. Das ist der Kernpunkt in dieser Übereinkunft. In einem ersten Schritt geht es also darum, die gemeinsamen Interessen zu bestimmen. Zweitens kommt es darauf an, gemeinsame Ziele auszumachen. Und drittens sollte schließlich versucht werden, eine gemeinsame Politik zu definieren, um diese Ziele zu erreichen.

Woran es in der gegenwärtigen Situation wahrscheinlich gefehlt hat, ist die dritte Phase. Über gemeinsame Interessen und gemeinsame Zielsetzungen hat man sehr wohl diskutiert, aber über die entscheidende Frage, wie diese Ziele erreicht werden könnten, darüber hat man offenbar nicht gesprochen. Wenn Konsultationen im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse stattgefunden haben, so ist die Haltung der Europäer, soweit ich das von außen beurteilen kann, dabei wahrscheinlich durchaus zwiespältig gewesen. Vermutlich haben die europäischen Bündnispartner den Vereinigten Staaten nicht deutlich gemacht, was die Konsequenzen wären, wenn sie bestimmte Maßnahmen ergreifen würden. Aber welche Maßnahmen hätten die Vereinigten Staaten zu einem anderen Kurs bewegen können?

Gewiß war die Konsultation nicht ausreichend. Es ist schwer zu beurteilen, was im Falle eingehender Konsultationen geschehen wäre oder was künftig in einer ähnlichen Situation geschehen würde. Die gegenwärtige Krise hat jedenfalls tiefgehende politische Differenzen beiderseits des Atlantik offengelegt.

Schmidt

Welche europäischen Interessen standen wirklich auf dem Spiel?

Tornetta

Das ist der entscheidende Punkt, weil wir Richtlinien für eine europäische Mittelmeerpolitik brauchen, die auf gemeinsamen Erkenntnissen gegründet sein müssen. Sie haben völlig recht, Herr Schmidt; bevor wir einen Kompromiß mit den Amerikanern zu erreichen versuchen, was den politischen Kurs in der gegenwärtigen Situation angeht, ist es wichtig, unter uns Europäern einen Kompromiß zustande zu bringen. Denn unser politischer Kurs ist bis jetzt von verschiedenen Nationen, Trends, internationalen Einflüssen und Interessen diktiert worden.

Es mag sein, daß der Wirtschaftsgipfel von Tokio Gelegenheit bietet, weitere Fortschritte in diesem langwierigen Prozeß zu erreichen. Seit mehr als 30 Jahren versucht man, Mittel und Wege zu finden, um eine Politik des Bündnisses zu koordinieren und abzustimmen, die sich auf Felder außerhalb des NATO-Gebietes erstreckt. Sie kann sich als der schwierigere und gefährlichere Teil erweisen, dem das Bündnis sich künftig konfrontiert sieht.

Carrington

Herr Tornetta hat hier eine Lehrbuchlösung für NATO-Konsultationen außerhalb des NATO-Gebietes angeboten. Er hat ja vollkommen recht, nur funktioniert es so nicht. Alle betroffenen Länder sind ausgezeichnet darauf vorbereitet, im NATO-Rat solche Fragen zu diskutieren, aber keines dieser Länder ist imstande, zu übereinstimmenden Schlußfolgerungen zu kommen beziehungsweise zu empfehlen, was getan werden sollte. Einige meinen, daß solche Dinge im Rahmen der EG und nicht in der NATO getan werden sollten, selbst wenn es in einem größeren Gremium schwieriger wird, zu Entschlüssen zu kommen.

Aber das bringt mich auf meinen eigentlichen Punkt. Verschiedene Teilnehmer hier haben davon gesprochen, daß sich die NATO auf eine rein militärische Rolle beschränke. Ich glaube nicht, daß das zutrifft. Und wenn es so wäre, wäre es eine einzige Katastrophe. Wenn nämlich die NATO zu einer rein militärischen Organisation werden würde, könnte sie nicht mehr auf die Unterstützung der Bevölkerungen ihrer Mitgliedsländer rechnen. Die NATO muß sich mit den Ost-West-Beziehungen im weitesten und umfassendsten Sinne befassen, was Gott sei Dank auch der Fall ist, und nicht nur mit Rüstungskontrolle. Vor vier Jahren hatten wir fast eine Situation bei der Stationierung von Cruise-Missiles und Pershings, als Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen täglich Schlagzeilen brachten und die Menschen den Eindruck gewinnen mußten, die NATO sei mit nichts anderem als mit militärischen Angelegenheiten befaßt. Wenn das so wäre, würde die NATO kaum die Unterstützung des Mannes auf der Straße erhalten, weder in Europa noch in den Vereinigten Staaten. Es muß der NATO auch immer darum gehen, die Spannungen zwischen Ost und West abzubauen und ein stabileres Verhältnis zwischen beiden Seiten zu schaffen.

Rühe

In der Zielsetzung, so wie Lord Carrington es formuliert hat, besteht Einigkeit: Stärkung Europas auf eine Weise, die zugleich eine Stärkung der Allianz bedeutet. Der Aspekt ist wichtig; denn es gibt auch Auffassungen, die eine Stärkung Europas vertreten, um sich von Amerika besser abwenden zu können.

Ich bin davon überzeugt, daß eine Stärkung Europas die einzige Möglichkeit ist, um die europäisch-amerikanischen Beziehungen in Zukunft aufrechtzuerhalten. Denn ein schwaches Europa entfremdet uns von der amerikanischen Bevölkerung, die den Eindruck bekommt, Europa tue nicht das, was es leisten könnte. Und bei unserer eigenen Bevölkerung fördert ein schwaches Europa das Gefühl der Überabhängigkeit von den Vereinigten Staaten, was sich ebenfalls - wir können das schon beobachten auf die europäisch-amerikanischen Beziehungen negativ auswirken wird. Also nur eine Stärkung Europas wird die psychische Gesundheit der Allianz gewährleisten können.

Aus diesem Grunde müssen die Beziehungen neu austariert werden. Dabei darf nicht nur auf den sicherheitspolitischen Bereich abgestellt werden, sondern man muß auch andere Gebiete miteinbeziehen. Um es auf eine Formel zu bringen: Die nicht ersetzbaren Abhängigkeiten zwischen Europa und den Vereinigten Staaten müssen offensiv verteidigt werden. Die Weltmacht Sowjetunion kann in Europa eben nur durch die andere Weltmacht ausbalanciert werden. Aber die ersetzbaren Abhängigkeiten, die das Bündnis psychologisch immer stärker belasten und damit in Europa das Gefühl der Abhängigkeit von Amerika verstärken, müssen beseitigt werden. Ich denke zum Beispiel an eine europäische Weltraum- und Technologiepolitik, an Maßnahmen auch im militärischen Bereich. Mit anderen Worten: Wir müssen im Interesse des Bündnisses liebgewordene Abhängigkeiten ablösen, um die nicht ablösbaren Abhängigkeiten weiterhin erträglich zu halten.

Was Lord Carrington mit seinen vier Punkten angesprochen hat, halte ich im Prinzip für richtig. Die eigentliche Frage der Prioritäten ist dabei jedoch nicht berührt worden. Dem, was Sie über die

Bedeutung der britischen und französischen nuklearen Kräfte gesagt haben, stimme ich zu. Wir unterstützen sie politisch insofern, als wir uns stets gegen sowjetische Vorschläge gewandt haben, die versuchen, hier den Hebel anzusetzen, um eine Kontrolle über die weitere Entwicklung der britischen und französischen Systeme zu erhalten. Wenn Sie aber die Stärkung der Zusammenarbeit im konventionellen Bereich nennen, so besteht natürlich zu dem einen oder anderen Land, besonders zu Frankreich, ein Spannungsverhältnis. So frage ich mich beispielsweise, ob in Frankreich die Prioritäten richtig gesetzt werden, wenn es um die Aufteilung der begrenzten finanziellen Mittel auf den nuklearen und auf den konventionellen Bereich geht. Darüber muß unter den Europäern gesprochen werden. Solche politischen Akzentsetzungen sind nach meiner Einschätzung bisher nicht erfolgt.

Noch ein Wort zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Die EPZ hat zweifellos versagt. In Amerika sind negative Gefühle geschürt worden, als sich noch im Januar dieses Jahres einige europäische Länder gegen Sondersitzungen wandten, um die Frage des Terrorismus auch nur zu erörtern, ganz zu schweigen von ihrer fehlenden Bereitschaft, bestimmte Staaten beim Namen zu nennen.

Ich kann daraus nur die Konsequenz ziehen: Wenn die Entfremdung zwischen den Bevölkerungen, auch den Politikern, in Europa und in Amerika aufgehoben werden soll, darf man in Europa nicht so formell denken, sondern muß rechtzeitig Beschlüsse mit Augenmaß fassen, um nicht später mit schwierigeren Situationen konfrontiert zu werden. Im Prinzip besteht zwischen Europa und Amerika weiterhin ein gemeinsames Interesse. Dieses wird sich aber nur dann praktisch auswirken, wenn wir die Kraft aufbringen, auch unterschiedliche Interessen zu diskutieren. Solche gibt es etwa bei SDI und auch in einer Reihe anderer Fragen. Diese Diskussion können wir aber nur dann mit Gewicht führen, wenn wir die Stärkung Europas voranbringen.

Löwenthal

Helmut Schmidt hat nach den gemeinsamen Interessen der Europäer heute gefragt. Ein Interesse, das die Grundlage der NATO war und bleibt, besteht in einer gemeinsamen Politik gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten. An dieser grundsätzlichen Aufgabe des westlichen Bündnisses hat sich nichts geändert.

Wichtiger und zugleich zum Problem geworden sind dagegen die Beziehungen der Europäer zu den Vereinigten Staaten, die wir, da stimme ich Herrn Ruhe völlig zu, nicht kaputtgehen lassen dürfen. Wir können sie aber nur erhalten, wenn wir den Schwierigkeiten, die in diesen Beziehungen entstanden sind, ins Gesicht sehen und versuchen, einen gemeinsamen Standpunkt zu finden.

Nur ein Wort zur Libyen-Krise. Ich meine, daß dabei das Verhalten weder der Amerikaner noch der Europäer rühmlich gewesen ist, um es milde auszudrücken. Die Amerikaner waren aus guter Kenntnis von Tatsachen, die auch wir kennen konnten, davon überzeugt, daß etwas Entschiedenes gegen Gaddafi getan werden mußte. Es ist sicher fraglich, ob sie das Richtige getan haben, ganz bestimmt haben sie aber nicht mit den Europäern darüber diskutiert. Auf der anderen Seite halte ich die Art und Weise, wie viele Europäer die Tatsachen über Gaddafis Aktionen nicht zur Kenntnis genommen haben, schlicht für unwürdig, um es ganz hart zu sagen. Mit einer gewissen Ausnahme der Engländer, die sich von einem bestimmten Punkt ab mit den Amerikanern unkritisch aber voll solidarisiert haben, trifft dies für alle europäischen NATO-Mitglieder zu.

Hier ist deutlich geworden, daß wir für die Politik der Europäer eine Institution brauchen, die es ihnen ermöglicht, in Fragen von vitalem Interesse gegenüber den Amerikanern eine gemeinsame Politik der sachlichen und auf Verständigung angelegten Auseinandersetzung zu führen.

Schließlich brauchen wir eine Neubewertung unserer Beziehungen zur arabischen oder islamischen Welt. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die Probleme, die aus dem islamischen Fundamentalismus entstanden sind, der zu einer der Hauptgefahren der heutigen Zeit geworden ist, und sich wahrscheinlich noch verschärfen wird.

Diese drei Komponenten - unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, unser Verhalten gegenüber dem Sowjetblock und gegenüber der islamisch-arabischen Welt - würden dieser neuen europäischen Institution genügend Beschäftigung verschaffen, und ich sehe darin eine gewisse Chance, unsere Situation in der Welt zu verändern. Dabei geht es mir nicht um eine Art erweiterter NATO mit potentiell militärischem Verhalten, sondern ich verstehe darunter die Bereitschaft einiger sich verantwortlich fühlender europäischer Staaten - alle werden wir ohnehin nicht dafür gewinnen können;- , sich mit diesen Komplexen ständig bewußtseinsmäßig auseinanderzusetzen, um zu

erkennen, daß hier Probleme für Europa entstanden sind, die umfassend und im Gesamtzusammenhang analysiert werden müssen.

Renouard

Ich kann die Behauptung nicht so stehenlassen, daß alle europäischen Staaten mit Ausnahme Großbritanniens so getan haben, als ob es das Problem Gaddafi nicht gebe. Ich möchte nur daran erinnern, daß wenige Länder so viel wie Frankreich gegen die Unternehmungen des Obersten Gaddafi getan haben, insbesondere in Afrika.

Tindemans

Morgen werden sich die sieben Außen- und Verteidigungsminister der Westeuropäischen Union für zwei Tage in Venedig versammeln. Das Thema der WEU-Tagung ist ganz aktuell; denn in Venedig wird es um die zukünftigen Aufgaben dieses Bündnisses und um eine eventuelle Erweiterung gehen.

Angesichts meines gegenwärtigen Engagements muß ich mich an die bestehenden Institutionen halten und an das Instrumentarium, das den Regierungen zur Verfügung steht. Wenn ich also eine Reform ins Auge fasse, dann geht es um die Reform der bestehenden Institutionen. Ich kann nicht vorschlagen, sie abzuschaffen und neue einzurichten; denn dabei würde man mir sicher nicht folgen. Ich gehe also davon aus, was man tun kann, um die Funktionsfähigkeit der bestehenden Institutionen zu verbessern.

Sie werden sich daran erinnern, daß im Januar 1976 der sogenannte Tindemans-Report veröffentlicht wurde. Damals war ich der Meinung, und ich stand damit nicht allein, daß der bestehenden Struktur zumindest zwei Elemente hinzugefügt werden müßten, um vom Stadium einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu dem einer Europäischen Union zu gelangen. Das erste war eine Wirtschafts- und Währungsunion und das zweite eine gemeinsame europäische Außenpolitik.

Wenn Europa in der Welt eine Rolle spielen will, dann muß es in wichtigen Fragen der internationalen Politik mit einer Stimme sprechen. Das heißt nicht, um es deutlich zu sagen, daß diese Außenpolitik der Europäischen Union mit der Außenpolitik eines souveränen Nationalstaates verglichen werden kann. Aber Europa sollte in der Lage sein, in den wichtigsten Fragen mit einer Stimme zu sprechen.

Ich erwähne in diesem Zusammenhang vier Punkte. Der erste betrifft die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Um zu unterstreichen, wie wichtig es ist, daß Europa mit einer Stimme spricht, denke ich nur an die Situation, die nach der amerikanischen Intervention in Libyen entstanden ist. Ich meine, daß die West-West-Beziehungen uns nach wie vor zwangsläufig beschäftigen. Man braucht nur einen Blick in die Zeitungen zu werfen, um beinahe täglich von Zwischenfällen oder Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft zu lesen.

Zweitens, die Situation im Nahen Osten, ein Gebiet, das nicht allzuweit von Europa entfernt ist. Falls dort ein Krieg ausbricht, werden wir seine Flammen um das ganze Mittelmeer herum bis zu uns hin sehen.

Drittens, die Nord-Süd-Beziehungen. Wir Europäer müssen oft zu Problemen Stellung nehmen, beispielsweise in der UNO, die das Weltwirtschaftssystem oder das Verhältnis zur dritten Welt betreffen. Es wäre außerordentlich wünschenswert, wenn Europa sich mit nur einer Stimme zu dieser Thematik äußern könnte.

Schließlich, viertens, das Thema Sicherheit. Es ist undenkbar, daß eine Europäische Union, die nicht nur wirtschaftlich, sondern gleichermaßen auch politisch orientiert ist, ohne eine Vorstellung auskommt, wie ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten ist. Auf dieser Grundlage hatte ich seinerzeit einige Ideen entwickelt. Natürlich ging es mir und meinen Freunden, die genauso dachten wie ich, um eine Vorstellung von den wirtschaftlichen und politischen Aspekten der Sicherheit. Denn wir waren stets treue Partner in der NATO, und der militärische Bereich würde zweifellos weiterhin im Rahmen dieser Organisation des Atlantischen Bündnisses verbleiben. Aber es erschien uns unverzichtbar, eigene Vorstellungen von unserer Sicherheit in Europa zu entwickeln, wenn man eine Europäische Union verwirklichen will.

Die Frage ist also: Was will Europa? Wenn Europa die Europäische Union schaffen will, muß es auch den Mut haben, sich über seine eigene Sicherheit Gedanken zu machen. Dies war die Überlegung, die ich seinerzeit, zusammen mit vielen anderen, angestellt habe. Dieser Bericht hat zwar nie eine offizielle Zustimmung gefunden, aber von Zeit zu Zeit werden Vorschläge gemacht, die in die gleiche Richtung gehen.

So wurden die Vorschläge von Genscher/Colombo 1983 in Stuttgart gebilligt, und im Dezember 1985 haben die Regierungschefs in Luxemburg in der Sicherheitsfrage einem Vorschlag zugestimmt. In der bisher einzigen Resolution, die unseren Parlamenten vorgelegt werden wird, wird auch ein Kapitel über die politische Zusammenarbeit in Europa enthalten sein, die jetzt die wirtschaftlichen und politischen Aspekte der Sicherheit mit einschließen soll.

Ich möchte noch eine andere Überlegung hinzufügen. Seit 1979 haben wir in Europa ein Parlament, das aus allgemeinen, direkten Wahlen hervorgegangen ist. Was hindert eigentlich dieses Parlament daran, früher oder später über Probleme der Sicherheit zu debattieren? Ich habe betont, daß wir der NATO in militärischen Fragen nach wie vor vertrauen und zu unseren Verpflichtungen stehen. Es kann keineswegs darum gehen, diese Militärorganisation aufzugeben. Ich füge aber hinzu, daß nicht alle Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft dort in gleicher Weise engagiert sind. Frankreich nimmt eine besondere Stellung ein, bald auch Spanien, und Irland ist neutral. Diese Probleme können also nicht so analysiert und diskutiert werden, als das der Fall wäre, wenn alle Mitgliedstaaten in gleicher Weise in der NATO engagiert wären.

Was ist unter diesen Bedingungen zu tun? Als sich seinerzeit für mehrere europäische Länder die Frage stellte, Raketen auf ihrem Territorium zu dislozieren, war die öffentliche Meinung, zumindest in meinem Land, fest davon überzeugt, daß die NATO eine von den Amerikanern beherrschte Organisation ist, die diese Entscheidung durchgedrückt haben. Wir konnten immer wieder erklären, daß das nicht der Fall sei, daß vielmehr die Bitte von einigen europäischen Mitgliedstaaten ausgegangen war, die Öffentlichkeit hat das, Umfragen zufolge, nie geglaubt.

Von diesen Voraussetzungen ausgehend, stellt sich die Frage, wie wir Europäer uns mit diesen Problemen auseinandersetzen können. Daraus entstand dann die Überlegung, die WEU wieder zu beleben. Ich weiß, daß die WEU nur ein behelfsmäßiges Instrument ist; denn von den zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft gehören ihr nur sieben an. Die WEU ist zur Zeit aber die einzige Institution, die uns zur Verfügung steht, um uneingeschränkt über alle Aspekte der Sicherheitsproblematik zu sprechen. Dabei müssen wir uns stets bewußt sein, daß die WEU über keine integrierte Militärorganisation verfügt wie die NATO.

Beide Organisationen unterscheiden sich also grundsätzlich. Aber mit Hilfe der WEU können wir einen Gedankenaustausch führen, ohne daß wir jetzt einen Block bilden und zu den Sitzungen der NATO mit festen, unabänderlichen Meinungen gingen. Vielmehr geht es darum, daß sich die Europäer über die anstehenden Probleme, zum Beispiel die Sicherheitsproblematik in Europa, eine Meinung bilden. Und ich könnte bereits einige Beispiele anführen, bei denen die Diskussion innerhalb der NATO erleichtert wurde, weil die sieben zuvor über bestimmte Aspekte gesprochen hatten, was sich auf die späteren Entscheidungen der NATO ausgewirkt hat.

Dennoch: Besteht die Gefahr möglicher Gegensätze oder Spannungen zwischen NATO und WEU? Selbstverständlich! Ist die WEU eine Institution, die inzwischen völlig überholt ist? Nun, wir wollen sie wieder mit Leben erfüllen; denn wir haben keine andere, wo die Europäer über ihre Probleme miteinander diskutieren können. Das ist auch der Grund, warum Frankreich und Belgien Vorschläge formuliert haben, mit dem Ziel, ein besser organisiertes europäisches Bündnis, das aktiv und dynamisch ist, zu schaffen.

Ich möchte abschließend sagen: Wenn Europa nicht in der Lage ist, sich mit der Frage seiner eigenen Sicherheit auseinanderzusetzen, wird es keine Rolle in der Weltpolitik spielen. Man kann über das Problem und über das notwendige Instrumentarium sicher verschiedener Meinung sein, aber wenn die von mir genannte Voraussetzung nicht erfüllt wird, daß Europa den Willen hat und das Instrumentarium bereitstellt, eine eigene Sicherheitspolitik zu entwickeln, wird Europa keine Rolle in der Welt spielen.

Narjes

Wir fragen hier nach den gemeinsamen europäischen politischen Interessen. Um ihnen gerecht zu werden, brauchen wir ein autonomes, politisch handlungsfähiges und krisenfestes Entscheidungszentrum in Westeuropa. Die Definition gemeinsamer Interessen ist aber bisher nicht einmal in der Wirtschaftspolitik voll gelungen. Der niedrigste gemeinsame Nenner, an dem wir uns dann statt dessen zu orientieren versuchen, ist selten belastbar und krisenfest.

Was sich in den letzten 20/30 Jahren verändert hat, ist der ständig wachsende Sachzwang zu gemeinsamen Anstrengungen etwa auf technologischem Gebiet, wo die Möglichkeiten eines nationalen Alleinganges heute sehr viel geringer sind als in den 50er Jahren und Anfang der 60er

Jahre. Das gleiche gilt auch für die Beschaffung einiger von den europäischen Industrieländern benötigten Ressourcen, zum Beispiel Öl, oder für die handelspolitische Interessenvertretung.

Was die Schaffung von völlig neuen europäischen Institutionen angeht, schließe ich mich Herrn Tindemans an. Das gehört wohl in der Gemeinschaft zum Schwierigsten, was ich mir vorstellen kann. Wir sollten also von den bestehenden Institutionen ausgehen. Die EPZ hat den Nachteil, daß sie ihre Mitgliedschaft reduzieren müßte. Die WEU dagegen kann ihre Mitgliedschaft selektiv erweitern. Das ist auch eine reine Frage der politischen Zweckmäßigkeit. Natürlich bestreite ich nicht den heutigen "Mumiencharakter" der WEU, der zu Neuverhandlungen zwänge.

Ein weiterer Vorteil der WEU wäre, daß sie die Independent European Programme Group ohne weiteres mit als Unterbau benutzen könnte. Von allen Versuchen, die unter den europäischen Partnern der NATO bisher gelaufen sind, ist das nach meinem Dafürhalten der aussichtsreichste. Insoweit stimme ich Lord Carrington zu. Die Independent European Programme Group, der ja auch Frankreich angehört, müßte dann aber ihre Entscheidungsverfahren wesentlich abkürzen und sich zumindest einen minimalen institutionellen Rahmen geben.

Wie sehen unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aus? Oder anders gefragt: Welche Politik verfolgen eigentlich die Vereinigten Staaten gegenüber Europa? Auf der einen Seite haben wir die mustergültige Rede von Präsident Reagan im letzten Jahr vor dem Europäischen Parlament erlebt. Da war kaum ein Satz zu beanstanden. Auf der anderen Seite ist die Praxis des Pentagon im Grunde nicht mit dem zu vereinbaren, was Reagan in Straßburg gesagt hat. Auch die Politik, die der Kongreß betreibt, ist kaum kalkulierbar. Was gilt denn nun? Wie kann unter diesen Umständen das Krisenmanagement innerhalb des Bündnisses aussehen? Wie können wirkliche Abstimmungen und Konsultationen vonstatten gehen?

Herrn Löwenthal stimme ich zu, daß wir uns in Europa ernsthaft bemühen müssen, eine gemeinsame Mittelmeerpolitik zustande zu bekommen, die über die Gemeinschaftsgrenzen hinausreicht und vor allem die arabisch-islamische Welt mit einbezieht. Auf diesem Gebiet befinden wir uns erheblich im Rückstand, wobei den südlichen Staaten der Gemeinschaft diese Frage mehr unter den Nägeln brennt als den nördlichen.

Haben wir eigentlich ausreichend Zeit für all die Dinge, die wir uns vorgenommen haben? Gegenüber den ursprünglichen Integrationsvorstellungen der 50er Jahre sind wir heute vielleicht zehn Jahre hinter dem Plan zurück. Können wir eigentlich davon ausgehen, daß auch nach dem Jahre 2000 amerikanische Truppen noch für unbegrenzte Zeit in Europa stehen werden? Wie ernst müssen wir Artikel in der amerikanischen Presse nehmen, die den Abzug der amerikanischen Truppen nach einer Übergangszeit von etwa zehn Jahren postulieren? Wie bereiten wir uns auf diese "post-amerikanische" Phase vor? Sind wir dazu überhaupt in der Lage? Oder warten wir einfach ab, daß irgendwann eine solche Situation eintritt und hoffen, dann noch genügend Spielraum zu haben, um innerhalb der Gemeinschaft oder der EPZ politisch stärker zusammenzurücken? Ich meine, es spricht alles dafür, den Faktor Zeit zur knappsten Ware der Integration zu erklären und dementsprechend zu handeln. Wir dürfen die Dinge nicht mehr weiter auf die lange Bank schieben, selbst nicht einmal mehr im Kreise der Agrarminister.

Mallaby

Zwei Dinge liegen dieser Diskussion zugrunde, die nach dem Eindruck vieler Menschen in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander stehen: Das eine ist der Wunsch der Europäer, wieder eine Rolle in der Welt zu übernehmen oder, vorsichtiger ausgedrückt, ihre Interessen wirksamer zu vertreten; das andere betrifft ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Es war der holländische Außenminister, der im vorigen Jahr sagte, die Sicherheit Europas könne nicht von den Europäern allein garantiert werden.

Dabei möchte ich betonen, daß unser Hauptinteresse, auf dem unsere Sicherheit und Freiheit basieren, die Beziehung zu den Vereinigten Staaten ist. Das erwähnte Spannungsverhältnis ist auch keineswegs durchgängig. Die Vereinigten Staaten selbst begrüßen oftmals die Entwicklung einer europäischen Außenpolitik, und die Politik, die wir in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) verfolgt haben, war häufig komplementär zur, beziehungsweise identisch mit der Politik der Vereinigten Staaten.

Die Fragen stellen sich, wenn die Spannung steigt. Dann geht es um die Priorität zwischen atlantischer und europäischer Partnerschaft, das eigentliche Thema, über das wir hier reden. Die Sorge um die Sicherheit ist die erste Pflicht einer Regierung, und die Art, wie wir das in Europa für eine lange Zeit handhaben, ist verglichen mit Europas Vergangenheit und der übrigen Welt der

Gegenwart sehr wirkungsvoll gewesen, und wir sollten uns bemühen, unsere europäischen Interessen wieder in einer Weise zu vertreten, daß damit nicht die atlantische Partnerschaft untergraben wird. Ich halte es ohne weiteres für möglich, eigene europäische Interessen auszumachen und aktiver zu vertreten, ohne dabei in Schwierigkeiten mit den Vereinigten Staaten zu geraten.

Auf der anderen Seite sollten wir keineswegs akzeptieren, wenn die Vereinigten Staaten uns darüber belehren wollen, wie wir unsere Interessen zu vertreten haben. Wenn wir dabei gelegentlich Fehler begehen, wie hier gesagt wurde - wir haben vielleicht Fehler gemacht bei der EPZ in bezug auf Libyen;- , so sollte uns das nicht davon abhalten, unsere Interessen so weit wie möglich zu verfolgen.

Das könnte zum Beispiel in folgender Weise geschehen: Europa kann darüber wachen, daß das Harmel-Prinzip der Doppelstrategie in bezug auf die Ost-West-Beziehungen eingehalten wird. Die europäischen und amerikanischen Interessen gehen in diesem Punkt tatsächlich ein wenig auseinander, weil die Europäer hier an vorderster Front stehen und ihre historisch gewachsenen Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa ein unmittelbares Interesse am Dialog mit dem Osten begründen. Dies gilt in besonderer Weise für unsere Beziehungen zu den Ländern des Warschauer Paktes, die Verbündete der Sowjetunion sind. Was den Dialog mit diesen Ländern angeht, hat sich Amerika nicht immer gleichbleibend verhalten. In dieser Hinsicht können wir konsequent sein und zugleich versuchen, den Dialog mit der Sowjetunion zu intensivieren.

Natürlich spielt die Ökonomie bei der Wahrnehmung der europäischen Interessen eine wesentliche Rolle, der Zwang zum weltweiten Freihandel ist für uns sehr viel wichtiger als für die Vereinigten Staaten.

Bei der Rüstungskontrolle können wir den Lauf der Dinge indirekt und direkt beeinflussen. Indirekt in der Weise, wie wir es in den letzten Jahren recht wirksam getan haben, daß wir auf die Vereinigten Staaten einwirken, den Dialog zwischen den Supermächten über Rüstungskontrolle weiterzuführen. Und diejenigen, die den Zustand der transatlantischen Konsultation beklagen, sollten sich vor dem Einschlafen immer INF vergegenwärtigen, bevor sie das Licht ausknipsen. INF stellt einen Höhepunkt dar, was die Konsultationen zwischen Europäern und Amerikanern im Bündnis angeht, beginnend mit den allerersten Überlegungen, den SS 20 etwas entgegensetzen, bis hin zu den jüngsten amerikanischen Rüstungskontrollvorschlägen, die in Absprachen mit den Europäern modifiziert wurden.

Eine direkte Rolle in der Rüstungskontrolle können die Europäer offenkundig bei den MBFR-Verhandlungen spielen, wo die Bundesrepublik und Großbritannien kürzlich eine neue westliche Position koordiniert haben. Und bei der Stockholm-Konferenz setzt sich die erfolgreiche Zusammenarbeit der EG-Länder fort, die bei der KSZE in Helsinki und Genf eine Schlüsselrolle gespielt haben.

Wir können auch eine aktive Rolle übernehmen, wenn es darum geht, die Grundzüge der sowjetischen Politik auszumachen. Ich schätze Herrn Gorbatschow durchaus als mutig und energisch ein; aber damit wird die Sache für uns nicht unbedingt leichter als vorher. Was wir brauchen, ist eine gewisse Beharrlichkeit, um seine Vorstellungen zu erkunden, ohne über die zukünftige Entwicklung allzu optimistisch zu sein.

Des weiteren haben wir es mit regionalen Problemen in anderen Teilen der Welt zu tun. Wir sollten nicht vergessen, daß die Europäer nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan Vorstellungen entwickelt haben in bezug auf die Wiederherstellung der Neutralität und Bündnisfreiheit Afghanistans, an die wir bei den Vereinten Nationen und anderswo eine weltweite Verurteilung der sowjetischen Invasion knüpften. Es gibt andere Beispiele. So haben sich die Europäer in der Vergangenheit beim israelisch-arabischen Konflikt bemüht, ihren diplomatischen Einfluß positiv zur Geltung zu bringen. Ich bin sicher, daß wir dazu erneut Gelegenheit haben werden.

Bei allen diesen Aktivitäten sollten wir die Konsultationen mit den Vereinigten Staaten aufrechterhalten. Das ist nicht nur deshalb wichtig, weil letztlich unsere Sicherheit davon abhängt, sondern auch weil Gorbatschows Außenpolitik darauf gerichtet ist, jeden gegen jeden auszuspielen. Bei SDI versucht er, Europäer und Amerikaner auseinanderzubringen; bei den britischen und französischen Atomwaffen legt er es darauf an, diese beiden Länder von den übrigen Europäern abzuspalten und so weiter. Der Zwang zur Einheit im Bündnis ist deshalb heute eher noch größer angesichts dieser taktisch diplomatischen Drohung. Das verlangt nach einer transatlantischen Zusammenarbeit. Europa hat nicht nur, wie Lord Carrington sagte, in den letzten 40 Jahren wieder eine Rolle in der Weltpolitik übernommen, sondern es gibt auch viel Spielraum für uns, diese Rolle noch zu verstärken, ohne über den Atlantik hinweg in Streit zu geraten.

Weidenfeld

Im Blick auf die weltpolitische Rolle Europas war hier mehrfach die Rede davon, daß Europa auch eine Antwort auf den islamischen Fundamentalismus geben müsse. Zu fragen ist allerdings, wie denn diese Antwort aussehen soll. Der Fundamentalismus ist doch eine Reaktion auf die Modernisierung der Gesellschaft, die nicht mehr überschaubar ist, sondern in unterschiedliche Lebenswelten zerfällt. Arbeitsteilung, wachsende Komplexität gesellschaftlicher Organisationen führen zu Orientierungsproblemen. Dafür sucht der Fundamentalismus nun eine soziale Entlastung zu bieten, indem er den Filter für die Informationsaufnahme außerordentlich verengt. Auf einen so tiefgreifenden sozialpsychologischen Vorgang kann man wohl kaum mit irgendeinem Aktionskatalog antworten.

Soll nun die Antwort Europas darin bestehen, die Modernisierung in diesen Ländern zu forcieren? Das würde zweifellos auch den Fundamentalismus stärken. Oder soll Europa die Modernisierung aufhalten und möglicherweise wieder rückgängig machen wollen? Auch das würde den Fundamentalismus stärken.

Das Thema erschöpft sich nicht in einfachen rhetorischen Floskeln. Fest steht aber: Wir müssen neben dem machtpolitischen, finanzpolitischen oder technologiepolitischen Kalkül auch solche sozialpsychologischen Unterströmungen, die die politische Kultur betreffen, gleichgewichtig mitbehandeln, wenn wir bei künftigen Gesprächskreisen über die weltpolitische Architektur des nächsten Jahrhunderts nachdenken.

Löwenthal

Ist der Fundamentalismus nicht eher die Antwort auf eine partiell mißlungene Modernisierung?

Stürmer

Es ist in der Tat besorgniserregend, daß, wie Herr Schmidt sagte, der Harmel-Report von 1967 im Grunde zum letzten Mal eine systematische strategische Bilanz der gemeinsamen atlantisch-europäischen Interessen gezogen hat. So haben wir es auch versäumt, auf Niedergang und Krise der Entspannung eine zusammenhängende Antwort zu entwickeln. Warum hat die Sowjetunion den Modus der Entspannung aufgegeben? Vielleicht hatte sie die Spielregeln von vornherein nicht anerkannt? Damit haben wir uns nie ernsthaft auseinandergesetzt.

Das beginnt mit der Frage: Was ist Europa? Da wir über diese Frage nicht mehr genügend politisch nachdenken, ist Europa in Gefahr, zu einem rein geographischen Begriff zu werden. Das ist insofern gefährlich, als unsere Länder gewissermaßen den atlantischen Rand der eurasischen Landmasse darstellen. Da können Ideen wie die vom "gemeinsamen europäischen Haus", die Gorbatschow propagiert, vordergründig Plausibilität gewinnen. Slogans wie "Europa den Europäern" oder "Europäisierung Europas", die gegenwärtig in der Bundesrepublik zu hören sind, setzen natürlich voraus, daß der De-Amerikanisierung Westeuropas die De-Sowjetisierung Osteuropas folgen werde. Wenn ein solches Mirakel geschähe, wären die Amerikaner sicherlich nicht unglücklich, im Gegenteil. Aber wie sich dieses Wunder vollziehen soll, das zu erklären bleibt der verwirrten deutschen Seele aufgegeben. Man kann es verstehen, wenn unsere französischen Nachbarn dafür Hohn und Spott übrig haben.

Wir haben es versäumt, wie Herr Schmidt beklagte, als Europäer unsere Interessen zu definieren. Wer wagt bei uns, von Interessen überhaupt noch zu reden, geschweige denn von europäischen Interessen? Das schmeckt fast nach Großmachtinteressen. Dabei ist dieses Europa in so eindeutiger Weise von Ressourcen abhängig, von Rohstoffen, die über tausende von Meilen herangeschafft werden müssen, und von Märkten, die weit entfernt liegen. Und von dem Garanten unserer Sicherheit sind wir durch einen ganzen Ozean getrennt. Das alles ignorieren wir, weil wir nicht mehr nach existentiellen Interessen fragen.

Wir gehen meist davon aus, daß die unausgesprochenen Voraussetzungen, die für Nachkriegseuropa gültig waren, unverändert weiterbestehen. Das ist aber längst nicht mehr der Fall. Wir erleben einen schnellen Veränderungsprozeß, der mit Generationswechsel, Wertewandel, auch mit dem Wandel in der Sowjetunion von Stalin zu Gorbatschow zusammenhängt.

Wenn wir also über Institutionen reden, müssen wir auch über Interessen und über Werte sprechen. Denn hinter den Institutionen, wenn sie lebensfähig sein sollen, steht beides: Interessen und Werte. Sie sind Ausdruck von Lebensformen, von geschichtlichen Bedingungen, von historischen Wandlungen. Mit anderen Worten, was wir für unsere atlantisch-europäischen Beziehungen wirklich brauchen, ist eine Neubestimmung unserer gemeinsamen Interessen, unserer Werte, unserer Ziele.

Die Europäische Gemeinschaft ist aus der Perspektive des Ostens ein erstaunlicher, nach der marxistischen Doktrin nicht erklärbarer Erfolg, eine große "success story", für die Marxisten keine Erklärung haben. Das ist im Weltenplan nicht vorgesehen. Auch aus der Sicht von Fernost oder Afrika ist die EG ein unglaublich erfolgreiches Unternehmen. Nur wir in Europa scheinen das nicht zu begreifen. Wir nehmen hier etwas für selbstverständlich, was doch von Anfang an enorme Anstrengungen voraussetzte und auch in Zukunft erfordert. Dieses Bewußtsein muß bei uns erneuert werden. Wir müssen uns selbst wieder klarmachen, daß es bei der Einigung Europas um unsere ureigenen Interessen geht. Das ist nicht ganz einfach; denn dabei handelt es sich um Außenpolitik, ein in den westlichen Demokratien durchaus unpopulärer Gegenstand.

Der Generationswechsel von der Kriegsgeneration und der Gründergeneration zu den Generationen, die nach dem Bau der Mauer geboren sind, erschwert natürlich das Erkennen gemeinsamer Interessen, weil die Erfahrungshorizonte völlig verschieden, ja gegensätzlich sind. Unsere Institutionen aber laufen so weiter, als sei alles noch beim alten.

Natürlich ist die Sicherheit jene Dimension, die in allen Bereichen wirksam ist, vor allem wenn Sicherheit weit definiert ist und die funktionierende freie Weltwirtschaft umfaßt. Das ist, wie Herr Weidenfeld sagt, im NATO-Vertrag durchaus angelegt, den wir aber in gefährlicher Weise aufs Militärische verengt haben.

Darüber hinaus darf aber auch die technologische Dimension nicht unerwähnt bleiben, wo die Europäer mehr zu bieten haben als das Gerede von Eurosklerose und Europessimismus. SDI und auch Eureka haben wir zweifellos schlecht gespielt. Hätte man die europäischen Interessen richtig definiert, so hätte man dann - ohne gleich jeden amerikanischen Scheck querschreiben - eine europäische technologische Identität aufbauen können, wie sie bisher nur in Ansätzen besteht.

Alles läuft darauf hinaus: Wo kann Europa und auf welche Weise seinen Einfluß geltend machen? Das Gewicht, das wir haben, wenn wir nur wollen, und das die anderen in der Welt von Europa erwarten, wird nicht richtig genutzt, weil wir unsere Interessen nicht definieren und weil es an Institutionen und an der Koordination fehlt. Die EPZ eignet sich für Schönwetterzeiten, aber wenn es ernst wird, reicht sie nicht aus, wie sich in der Libyen-Frage wieder gezeigt hat.

Kohnstamm

Wenn hier die Rede von den gemeinsamen europäischen Interessen war, so glaube ich, daß wir in den grundlegenden Zielsetzungen wohl alle übereinstimmen. Wir sind alle für den Frieden und gegen Terrorismus und so weiter. Entscheidend ist aber die Frage der Mittel, mit denen diese Ziele zu erreichen sind. Das ist auch aus einem anderen Grunde ein schwieriges Problem; denn in die Frage der Mittel gehen alle die Werte und Interessen militärischer, politischer, ökonomischer und allgemeiner Art mit ein. Hier geht es um einen Typ von Entscheidungen, der die ganze Skala der Mittel, Interessen und Werte mit einbezieht, und damit tun wir uns in Europa sehr schwer.

Ich komme damit zu einem Punkt, der mir zentral erscheint, nämlich die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Position. Ich vertrete die These, daß es auf lange Sicht keinen ernsthaften Dialog mit den Vereinigten Staaten geben kann, wenn Europa dazu nicht in der Lage ist. Von den Vereinigten Staaten verlangen wir ja auch - was denen nicht immer ganz leichtfällt;-, daß sie eine einheitliche Position vertreten und das State Department nicht eine andere Auffassung hat als, sagen wir, das Verteidigungsministerium. Ein ernsthafterer Dialog zwischen den Vereinigten Staaten und Europa setzt jedenfalls auf beiden Seiten zunächst einmal einheitliche Positionen voraus, ohne daß man sich dabei nun absolut festlegt; das heißt, diese Positionen müssen natürlich verhandlungsfähig sein. Ich stimme Herrn Tindemans zu, daß man nicht in einen ernsthaften Dialog eintreten kann, wenn man die eigene Position vorher schon absolut zementiert.

Wenn ernsthafte Konsultationen zwischen den USA und Europa auf lange Sicht also eine gemeinsame europäische Position voraussetzen, dann müssen wir Wege und Mittel finden, um dieses Ziel zu erreichen. Ich weiß nicht, welche Rolle dabei die EG, die WEU und andere Organisationen spielen werden. Aber setzt das nicht in jedem Fall voraus, daß sich Europa in Richtung auf eine strukturelle Einheit hin entwickeln muß, in deren Rahmen militärische, Sicherheits-, ökonomische und Öko-politische und Wertaspekte der anstehenden Probleme diskutiert werden können, und wo jeder etwas nachgeben muß, weil man sonst nie zu einer gemeinsamen Position gelangt? Dieses Ergebnis müssen wir dann den Amerikanern präsentieren, wohl wissend, daß unsere Position nicht unveränderbar sein kann. Aber es muß erst einmal eine gemeinsame Position geben, um eine ernsthafte Diskussion beginnen zu können.

Arndt

Die WEU wäre in der Tat als Firmenmantel durchaus geeignet, um eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik zu installieren. Dabei sollten wir Sicherheitspolitik nicht nur als militärische Dimension sehen. Dazu gehören auch Fragen der Abrüstung, Maßnahmen der Konfliktminderung und der Entwicklungspolitik.

Eine "Europäisierung" der Sicherheitspolitik würde die Rolle, die die Vereinigten Staaten bei der Regelung rein europäischer Fragen spielen, relativieren und zugleich den westeuropäischen Einfluß auf das Atlantische Bündnis verstärken. Das generelle Interesse an der Sicherheit ist zweifellos gemeinsam, aber wie in diesem Bereich strategisch verfahren wird, da gibt es ausgesprochene europäische Interessen, die stärker zur Geltung gebracht werden müssen.

Immerhin wird der Versuch unternommen, in bestimmten Bereichen heute eine gemeinsame europäische Außenpolitik zu betreiben, selbst wenn man sich meist nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen kann. Dabei geraten wir aber - und das ist eine starke Belastung für die Allianz - immer wieder in Konflikt mit den USA. Ich erinnere nur an Stahlexporte oder -importe oder an die Auseinandersetzungen amerikanischer Flugzeughersteller mit europäischen Firmen, an den Streit um subventionierte landwirtschaftliche Produkte oder an die amerikanischen Beschränkungen des Technologietransfers. Dazu kommen Mißverständnisse in Fragen der Außenpolitik. Unabhängig, wie man zu dem amerikanischen Vorgehen gegen Libyen steht, ich gehe davon aus, daß die europäischen Außenminister nicht informiert waren, als sie einen der ihren beauftragten, in Amerika die europäische Position in dieser Frage darzulegen. Auch in der Entwicklungspolitik zeigen sich aufgrund unterschiedlicher Interessen erhebliche Diskrepanzen.

Dennoch brauchen wir eine gemeinsame europäische Politik, und wir sollten nicht verkennen, daß der europäischen Gemeinschaft dabei eine größere Rolle zukommt, als gemeinhin angenommen wird. Immerhin besitzt die EG die Außenhandelskompetenz, über die die 12 nationalen Regierungen nicht mehr verfügen können und die der EG erhebliche außenpolitische Einflußmöglichkeiten bis hin zur Sicherheitspolitik verschafft.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die zahlreichen Kooperationsabkommen, die die EG mit Entwicklungsländern abgeschlossen hat. Die EG und die AKP-Staaten haben sogar ein gemeinsames Parlament, in dem beide Seiten mit je 66 Abgeordneten vertreten sind. Die dort gefaßten Beschlüsse werden von der EG fast immer akzeptiert. Im übrigen bietet der Lomé-Vertrag einen sehr guten Rahmen für die Entwicklungspolitik. Das alles hat dazu geführt, daß das Ansehen der Europäischen Gemeinschaft in der dritten Welt häufig sehr viel höher ist als in Europa selbst.

Auch der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) würde ich durchaus einige Bedeutung beimessen; die dort bestehenden Möglichkeiten sollten weit mehr genutzt werden. Ich meine, die Außenminister würden sich in vielen Fällen schneller einigen können, wenn es nur auf sie selbst ankäme und nicht andere politische Einflüsse wirksam würden.

Wir können also auch ohne neue Institutionen weiterkommen, wenn die europäischen Regierungen begreifen, daß es darauf ankommt, nicht nur die nationalen Interessen der einzelnen Staaten im Auge zu haben, sondern im Interesse der Gesamtheit darauf hinzuwirken, daß die Europäer in wichtigen Fragen mit einer Stimme sprechen. Die Europäer verfügen mit ihren über 300 Millionen Menschen über die stärkste Wirtschaftskraft der Welt. Mit der Süderweiterung sind zudem Chancen für eine neue Mittelmeer- und Lateinamerikapolitik gegeben, die speziell auf eine Verständigung mit den arabischen und den südamerikanischen Staaten gerichtet sein könnte.

Weidenfeld

Wenn die NATO, wie Lord Carrington meint, wirklich mehr ist als eine sicherheitspolitische Agentur, was ich mir wünschen würde, dann muß ich doch fragen: Wo sind denn die gemeinsame politische Perspektive und, sagen wir, die gemeinsame kulturelle Ausstrahlung der NATO? Es wäre doch beispielsweise ein fataler Irrtum anzunehmen, daß die großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre um die Sicherheitspolitik in dem Sinne zu interpretieren sind, daß hier eine Loyalität zur Organisation der NATO bestanden hätte. Der Nachrüstungsbeschuß ist doch nur durchgesetzt worden, weil nationale Politiker zu dieser NATO-Entscheidung in ihrem Lande gestanden haben. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung fand nicht zu dem Zeitpunkt statt, als die NATO selbst den Beschluß faßte.

Im Blick auf europäische Gemeinsamkeit kann man sowohl eine Erfolgsgeschichte als auch eine Geschichte des Scheiterns der europäischen Außenpolitik schreiben: KSZE; Stellungnahmen zu UNO-Erklärungen der internationalen Politik von Nahost bis Südafrika wäre die positive Bilanz. Wohingegen in Krisenfällen - Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan, Geiselnahme im Iran,

Ausrufung des Kriegszustandes in Polen, Eingreifen der Amerikaner in Libyen - bezeichnenderweise, was die internationale Abstimmung angeht, nur die Abstimmung zwischen den beiden Supermächten funktioniert hat. Insofern kann man die Entwicklungen des Genfer Gipfeltreffens auch einmal in einer ganz anderen Perspektive sehen als in der, der die Europäer bisher applaudiert haben.

Dieser Bilateralismus der Weltmächte wird sicher langfristig auch seine europäischen Konsequenzen haben. In den Krisenfällen hat sich gezeigt, daß die europäische Gemeinsamkeit höchst unscharf, zögerlich und ohne jede Wirkung beim politischen Adressaten war. Die Europäer sind dort stark, wo sie sich auf das Deklaratorische beschränken und beschränken können - die Archive Europas bergen sicher die schönsten Kommuniqués;-, sie sind aber dort schwach, wo sie zur politischen Aktion aufgerufen sind.

Vor diesem Hintergrund das gemeinsame Interesse Europas zu definieren, halte ich ernsthaft für unmöglich, bestenfalls auf einer solch hohen Abstraktionsebene, daß es sich für Beifallskundgebungen auf Konferenzen eignet, aber für den anschließenden politischen Alltag wirkungslos bleiben muß. Wozu soll es beispielsweise gut sein, ein gemeinsames sicherheitspolitisches Interesse zwischen Staaten zu definieren, die vielleicht nur ein gemeinsames Interesse an einem Gemeinsamen Markt haben? Wieso soll man ein gemeinsames sicherheitspolitisches Interesse zwischen Staaten definieren müssen, die aus jeweils ganz unterschiedlichen Interessen einen gemeinsamen Agrarmarkt anstreben?

Hauptfehler im Blick auf die außenpolitische Handlungsfähigkeit Europas besteht darin, daß wir immer alle an der Integration beteiligten Länder zusammen zwingen oder drängen wollen, eine gemeinsame außenpolitische Interessendefinition auch in Krisensituationen vorzunehmen.

Dazu möchte ich meinen Vorschlag einer eigenen, ergänzenden Organisation im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik noch einmal aufgreifen. Die Geschichte Europas zeigt, daß Europa Erfolg mit neuen Organisationsformen hat. Warum hat man beispielsweise nicht die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl weiterentwickelt, sondern etwas Neues daneben gestellt? Nach den Römischen Verträgen hat man die EPZ und das EWS neu eingerichtet. Die Erfolgsgeschichte Europas besteht in neuen Organisationsformen.

Schmidt

Ich komme noch einmal auf die Frage zurück: Was sind die gemeinsamen europäischen Interessen? Wo fallen sie mit den amerikanischen Interessen zusammen und wo nicht? Ich sehe gemeinsame europäische Interessen auf vier Gebieten. Erstaunlicherweise werden sie im Augenblick nur in geringem Maße gemeinsam verfolgt.

Das erste Gebiet betrifft die Eindämmung des sowjetischen Expansionismus durch Abschreckung sowohl gegen Erpressung als auch gegen einen wirklichen Angriff. Von daher ergibt sich eine Reihe spezifischer Einzelinteressen, zum Beispiel, was eine funktionierende militärische Verteidigungsstrategie angeht, die wir zur Zeit nicht haben. Die gegenwärtige Militärstrategie bedeutet den frühen Ersteinsatz von Atomwaffen. Und ich sage ganz deutlich: In dem Augenblick, wo auch nur zwei Atomwaffen auf deutschem Boden eingesetzt werden, wird kein deutscher Soldat noch eine Minute länger kämpfen.

Wir sind natürlich am militärischen Gleichgewicht interessiert, nicht an einer Überlegenheit. Aber wir haben keine angemessene militärische Strategie. Wir sind gegenüber der Sowjetunion an kontinuierlichen Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung, vertrauensbildenden Maßnahmen und insbesondere an einem wirtschaftlichen Austausch interessiert. All dieses wurde mehr oder weniger durch die Harmelsche Doppelstrategie vor 20 Jahren abgedeckt. Das ist zur Zeit nicht mehr der Fall.

Das zweite Gebiet gemeinsamer europäischer Interessen liegt darin, daß wir nicht von den Vereinigten Staaten abhängig werden wollen, weder militärisch noch politisch, noch wirtschaftlich. Daraus muß nicht notwendig ein gemeinsames Interesse in Richtung einer Europäischen Union erwachsen. Das könnte zwar eine Lösung sein, muß es aber nicht. Doch wenn wir vermeiden wollen, zu abhängigen Klienten der USA zu werden, dann brauchen wir eine stärkere Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den europäischen Staaten. Das heißt ja nicht, daß wir nun in den verschiedenen Körperschaften, in den 12 oder 20 verschiedenen Ministerräten der EG oder in der WEU, im NATO-Rat oder in der EURO-Gruppe gleichermaßen zusammenarbeiten und uns abstimmen müssen. Ich bin aber der Meinung, daß wir unser Interesse, nicht zu Klienten der USA zu werden, zur Zeit nicht sehr wirkungsvoll verfolgen.

Auf den Gebieten der Hochtechnologie, besonders auf dem der Luftfahrtindustrie, sind wir in hohem Maße abhängig geworden, ebenso bei den Zinsraten und bei den Wechselkursen. Wir sind

offensichtlich nicht fähig, die enormen Vorteile einer großräumigen Wirtschaft wahrzunehmen. Die EG umfaßt einen Markt von mehr als 300 Millionen Menschen, der größer ist als der japanische, der amerikanische oder der sowjetische Markt. Aber wir können die Vorteile eines so großen Marktes nicht nutzen, weil wir auf vielen Gebieten zunehmend zu reinen Klienten der USA werden und uns untereinander nicht ausreichend verständigen.

Drittens haben wir als Europäer ein gemeinsames Interesse auf einer Reihe von Gebieten, die außerhalb des NATO-Vertrages liegen und wo Entwicklungen möglich sind, die politische, wirtschaftliche oder militärische Gefahren für uns Europäer auslösen können, sei es in Afrika, im Mittelmeerraum, in Mittelamerika, in der Karibik, im Nahen Osten oder sonstwo. Aber wir stimmen uns über diese gemeinsamen Interessen nicht ausreichend ab.

Viertens haben wir ein besonderes Interesse daran, daß es den Finnen, den Polen, den Ungarn, den Ostdeutschen und den anderen Osteuropäern gutgeht - obwohl die Aussichten, dieses Interesse zu verfolgen, zur Zeit nur gering sein mögen. Wir haben ein gemeinsames Interesse an der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen zu Osteuropa, das viele religiöse und ethische Werte mit uns anderen Europäern teilt. Mit anderen Worten: Die Europäer haben kein Interesse an der dauerhaften Teilung Europas in die zwei von den Supermächten beherrschten Teile. Dies zum Ausdruck zu bringen, sind die Europäer heute zu feige. Deshalb kommt es darauf an, daß wir unsere westeuropäischen Gesellschaften für die Menschen in Osteuropa attraktiv machen.

Ich sähe es gern, wenn die Europäer diese ihre gemeinsamen Interessen diskutieren würden und auf dieser Grundlage dann die wünschenswerte Strategie überlegen, die nicht unbedingt mit der von den Vereinigten Staaten gewünschten Strategie übereinstimmen muß. Zunächst müssen wir die Ziele definieren; dann kommt es darauf an, Kompromisse zu finden und die adäquaten Mittel zu bestimmen. Danach kann man sich Gedanken über die Institutionen und die Rolle Europas machen. Aber nicht umgekehrt: erst die Institutionen festzulegen, solange man sich noch über die Ziele im unklaren ist.

Ich möchte aber betonen, daß wir solche gemeinsam definierten Ziele und übergreifenden Strategien nicht durch Diskussion erreichen werden. Seit dem Abtreten von de Gaulle fehlt es in Europa an Führung. Europa hat in der jüngeren Vergangenheit zwei internationale Führer hervorgebracht: Winston Churchill und Charles de Gaulle. Die grundlegenden Entscheidungen, die beide getroffen haben, sind inzwischen von der Geschichte überholt worden. Die gegenwärtige Führungsgeneration in all unseren Ländern ist zu feige, den Realitäten ins Auge zu sehen. Sie wanken hin und her und wursteln sich von einem Tag zum anderen durch.

Auf der anderen Seite haben die Amerikaner eine Reihe internationaler Führer hervorgebracht, obwohl ich für die nächste Zukunft keine große Führungspersönlichkeit von dorther erwarte. Wenn ich mir die sechs oder sieben präsidentiellen Hoffnungsträger in den Vereinigten Staaten anschau, bin ich nicht überwältigt. Amerika hat Truman hervorgebracht. Man hat ihn in den Vereinigten Staaten 1945/46 als Kurzwarenhändler ohne Bedeutung angesehen. Er traf jedoch große Entscheidungen; ein oder zwei sind vielleicht beklagenswert: Die zweite Atombombe auf Japan war nicht wirklich notwendig. Aber er schuf auch den Marshallplan; er verteidigte Berlin; er brachte den Nordatlantikpakt zustande - ein großer internationaler Führer, und alle Europäer waren bereit, dieser Führung zu folgen.

Das gilt ebenso in bezug auf Eisenhower und auf John F. Kennedy, obwohl dessen Präsidentschaft zu kurz war, um eine wirkliche Führung zu begründen. Die Europäer waren auch bereit, der Führung Richard Nixons auf dem Gebiet der politischen und der militärischen Strategie zu folgen. Aber mit der Nixon-Ford-Kissinger-Ära ging dann die amerikanische Führung zu Ende. Unter Carter und Reagan ist es mit der Führung abwärts gegangen. Reagan ist kein internationaler Führer; er ist ein großer Kommunikator für seine eigene Nation, aber er hat keine Vorstellung von dem Schaden, den er beim europäischen Fernsehpublikum anrichtet.

Sein Gegenspieler, Gorbatschow, ist auch ein guter Kommunikator. Er weiß, wie er das westeuropäische und das osteuropäische Fernsehpublikum beeindrucken kann. Ich würde die Vorhersage wagen: Wenn dies in den nächsten 24 Monaten so weiterläuft wie in den vergangenen 12, dann werden die Meinungsumfragen in Europa nicht mehr so günstig für den amerikanischen Präsidenten ausfallen.

Führer lassen sich nicht durch demokratische Diskussion etwa in einem Komitee oder einem Ministerrat schaffen. Ich sehe derzeit in Europa nur zwei Führungspersönlichkeiten von internationalem Rang: Lord Carrington und Jacques Delors. Alle anderen sind nationale Führer. Das gilt auch für Margaret Thatcher und François Mitterrand, die wenig Rücksicht auf ihre internationale Verantwortung nehmen. Lord Carrington und Jacques Delors können scheitern und aus ihren

gegenwärtigen Positionen verdrängt werden - das ist das Risiko jedes Politikers auf nationaler wie auf internationaler Ebene;- , aber wenn es eine Chance zur Führung in Europa gibt, dann durch diese beiden.

Griffith

Ich möchte nur einige Anmerkungen zu den vier Punkten von Helmut Schmidt machen. In der Frage der Eindämmung der Sowjetunion stimmen die Regierungen der Vereinigten Staaten und Westeuropas offensichtlich überein. Zum zweiten Punkt glaube ich nicht, daß es überhaupt im Interesse der Vereinigten Staaten liegen kann, daß Europa Klient oder Abhängiger der Vereinigten Staaten wird. Wir hätten all die Jahre nach dem Krieg recht merkwürdig gehandelt, wenn dies tatsächlich unser Interesse gewesen wäre. Aber es ist den Vereinigten Staaten natürlich weder taktisch noch rechtlich möglich, ATT davon abzuhalten, ein Viertel der Olivetti-Anteile zu kaufen.

Ich stimme Helmut Schmidt zu, daß es für die Europäer einfach nötig ist, eine Großraumwirtschaft zu bilden, insbesondere bei der Hochtechnologie. Ich weiß nicht recht, was wir dabei tun können, gewiß nicht, für diesen Zweck die Route 128 oder das Silicon Valley einzuschränken.

Was die Frage der gemeinsamen Interessen außerhalb des NATO-Gebietes angeht, so gibt es da einige Differenzen. Ich stimme Lord Carrington zu, daß es bis jetzt - mit der einzigen Ausnahme des Gipfels, der nicht häufig genug zusammentritt - keine Institution gibt, die in der Lage wäre, solche Fragen regelmäßig zu besprechen.

In der Beurteilung von Osteuropa gehe ich mit Helmut Schmidt völlig einig.

Foighel

Wir sprechen hier über die Frage der europäischen Sicherheit. Dabei zeigt sich, daß wir hinsichtlich der gemeinsamen europäischen Interessen durchaus übereinstimmen, während wir in den anzuwendenden Mitteln uneinig sind - sollen wir verhandeln oder handeln, und wie soll das alles organisiert werden? Wenn wir das heute diskutieren, so gibt es dafür mehrere Gründe. Zunächst kommt jener neue Faktor ins Spiel, den Herr Löwenthal erwähnte: der neue Trend in den arabischen Ländern, der in der internationalen Politik bestimmt eine Rolle spielen wird.

Die entscheidende Frage ist jedoch: Wie kann Europa Sicherheit gewinnen? Wie kann ein Staat überleben? Wir könnten auch fragen: Wie kann eine Regierung überleben? Denn es hat sich im Laufe des letzten Jahres gezeigt, daß Außenpolitik nicht länger mehr nur von Experten und Diplomaten behandelt werden kann. Außenpolitik ist Teil eines Prozesses, der praktisch jedes Haus in Europa betrifft. Dafür gibt es zwei Gründe. Erstens haben wir das Fernsehen, wo wir alles beobachten können, was passiert. Zweitens ist es die Furcht vor den neuen Waffen und wie man sie kontrollieren kann. Das führt in den Entscheidungsprozeß einen ganz neuen Faktor ein. Denn jede Regierung muß heute - mehr als früher- diese Gefühle in Rechnung stellen, mögen sie nun primitiv oder seriös sein.

In Deutschland gibt es eine ganze Bewegung, die Grünen, die es jetzt auch bei uns gibt - bei uns sind es sogar mehrere Bewegungen;- , die alle in der Sicherheitsfrage eine sehr entschiedene Meinung vertreten, die in jeder Beziehung vom Schlimmsten ausgeht und sich allein auf Angst gründet. Auch diesen Faktor müssen wir berücksichtigen: Wie können wir die entsprechenden Informationen geben? Wie können wir Entscheidungen bei Fragen treffen, die so schwierig sind, daß die öffentliche Meinung zu sehr primitiven Auffassungen über jene Probleme neigt und nicht immer in einer Weise, die uns hilft, die betreffenden Probleme zu lösen.

Herr Schmidt erwähnte vier Punkte, die auf diesem Gebiet nahezu alle gemeinsamen Interessen in Europa abdecken. Nur bei einem der Punkte möchte ich ein Fragezeichen anbringen. Herr Schmidt sagte, die europäischen Länder dürften nicht zu Klienten der Vereinigten Staaten werden. Ein Klient sein kann mehreres bedeuten; Klienten nennt man zum Beispiel Leute, die zu einem Anwalt gehen.

Schmidt

Ich war zu diplomatisch, um die Europäer potentielle Satelliten zu nennen.

Foighel

Unsere Beziehung zu den Vereinigten Staaten ist in der Tat eine sehr schwierige Frage. Zunächst sind wir mehr oder weniger abhängig von der Sicherheit, die uns die Vereinigten Staaten gewähren. Auf der anderen Seite gibt es hier ein Problem, weil es gleichwohl eine Frage der Loyalität zu einem Lande ist, mit dem man zusammenarbeitet. Die Frage ist, ob es bei der Loyalität Abstufungen geben

kann. Ich meine, man ist entweder loyal, oder man ist es nicht. Das heißt nicht, vom Entscheidungsprozeß in den Vereinigten Staaten abhängig zu sein. Ich kann einige der Gefühle, die in den Vereinigten Staaten in der letzten Woche über die Haltung der europäischen Länder aufgekommen sind, ganz gut verstehen. Das ist etwas, mit dem man schwer umgehen kann. Dies ist in politischer Hinsicht schwierig und betrifft nicht nur unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, sondern schafft auch Probleme innerhalb des Landes. Die Frage ist: Wie können wir solche Situationen in der Zukunft vermeiden?

Tornetta

Wir treten in eine Diskussion von Fragen ein, zu denen Herr Schmidt einige Hinweise gegeben hat. Denn das eigentliche Problem besteht darin, die konkreten Interessen auszumachen, wenn sich Europa mit bestimmten Problemen konfrontiert sieht.

In der jetzigen Situation sehe ich drei Probleme, die es für Europa schwermachen, eine gemeinsame Position herauszubilden. Das erste betrifft die Rüstungskontrolle zum gegenwärtigen Zeitpunkt; das zweite bezieht sich auf die Perspektive der Entspannung und Zusammenarbeit in Europa im Hinblick auf die Wiener Konferenz; das dritte Problem betrifft den Mittelmeerraum und den Terrorismus.

Zunächst zur Rüstungskontrolle, die gegenwärtig auf drei verschiedenen Foren behandelt wird. In Genf stehen sich die beiden Supermächte gegenüber; in Wien die beiden Bündnisse, und in Stockholm haben wir es mit Vertretern aus 35 Staaten zu tun. Die Genfer Verhandlungen befinden sich in einer sehr heiklen Situation. Die drei Verhandlungsgebiete sind zur Zeit an einem toten Punkt angelangt. Auf dem Gebiet der strategischen Systeme und der Weltraumsysteme besteht im Augenblick keinerlei Aussicht, Fortschritte zu machen. Gleichzeitig scheinen die Supermächte daran interessiert zu sein, auf einer Reihe von Gebieten Übereinkünfte zu erzielen. Aus diesem Grunde haben sie weitere Gipfeltreffen vorgesehen, und das einzige Gebiet, auf dem ein gewisses Übereinkommen möglich ist, sind die Mittelstreckensysteme, was die Interessen Europas direkt berührt.

Es hat zahlreiche Gespräche über eine Null-Lösung gegeben. Und in gewisser Hinsicht besteht die Möglichkeit, daß sich die Supermächte über die Köpfe der Europäer hinweg einigen - um es ganz offen zu sagen. Das ist ein sehr heikles Problem, weil ein Abkommen über Mittelstreckensysteme schon eine ganze Menge ist, obwohl es keine Lösung der europäischen Sicherheitsprobleme darstellt, die sehr viel komplexer sind und nicht auf ein Gebiet beschränkt werden können. Die europäische Sicherheit muß global sein und sowohl die Genfer wie die Wiener Verhandlungen als auch die Aussichten der Stockholmer Konferenz mit einbeziehen.

Europa muß also eine globale Sicht seiner Sicherheitsinteressen entwickeln, um sie auf alle drei vorgenannten Verhandlungsforen anzuwenden. Es gibt einige Anzeichen dafür, daß die Wiener Verhandlungen mit dem Stockholm-Prozeß verschmelzen könnten. Ich halte das aber nicht für realistisch, und es würde die Dinge auch nicht erleichtern. Dafür sind die Probleme zu unterschiedlich. Vielleicht ist es besser, die jeweiligen Probleme auf den entsprechenden Verhandlungsforen zu belassen und auf europäischer Seite das Gefühl zu entwickeln, daß wir unsere Sicherheitsprobleme global angehen müssen. Vielleicht treten diese Probleme in ein entscheidendes Stadium, insbesondere bei den Genfer Verhandlungen zwischen den Supermächten.

Der zweite Punkt betrifft die Aussichten der neuen Verhandlungsrunde im Rahmen des KSZE-Prozesses, die im November in Wien beginnt. Wir haben die Madrider Konferenz erlebt, die schwierig war, weil sie zwischen den Krisen von Afghanistan und Polen stand, so daß die wirklichen Diskussionspunkte über die Entspannung in Europa, über die Frage der kulturellen Einheit Europas und andere Dinge ein wenig überschattet wurden. Aber die Wiener Konferenz kann jetzt insofern wichtig werden, wenn es darum geht, die grundsätzlichen europäischen Interessen und die innereuropäischen Beziehungen herauszustellen.

Wir können die Wiener Konferenz nicht auf die Sicherheitsfrage begrenzen. Wir müssen uns bewußt sein, daß es sich dabei um einen umfassenden Prozeß handelt, der auch die menschlichen Kontakte, die kulturellen Beziehungen und insbesondere die Menschenrechte miteinbezieht. Aber die Menschenrechte dürfen die kulturellen Probleme und die Frage der menschlichen Kontakte nicht überschatten.

Auf den dritten Problemkreis, Mittelmeerraum und Terrorismus, möchte ich nachher zurückkommen.

Rühe

Helmut Schmidt sprach die gemeinsamen europäischen Interessen gegenüber Amerika an. Ich stimme ihm zu, wenn er sagt, wir dürften nicht zu reinen Klienten der USA werden. Ich teile jedoch nicht seine düstere Analyse der gegenwärtigen Situation. Ich möchte deshalb an einigen Punkten deutlich machen, in welchem Maße Europa sich bei der Wahrnehmung europäischer Politik gegenüber den Amerikanern durchsetzt.

Ich halte mit Helmut Schmidt das Vorgehen der Amerikaner im Zusammenhang mit dem Waldspaziergang schlichtweg für skandalös; dies geschah jedoch im Sommer 1982. Seitdem hat es mit den Amerikanern bei der Ausarbeitung gemeinsamer Positionen der Rüstungskontrolle eine absolut zufriedenstellende Kooperation gegeben. So gingen zum Beispiel die drei westlichen Initiativen 1983 in Genf sämtlich auf die Europäer zurück, wobei die Bundesrepublik daran einen nicht geringen Anteil hatte. In den entscheidenden letzten Monaten der Verhandlungen in Genf vor der Stationierung der Mittelstreckenraketen haben die Amerikaner also praktisch sämtliche europäischen Initiativen übernommen.

Auch bei der Ausarbeitung der westlichen Antwort auf den Vorschlag von Gorbatschow hat es völlig zufriedenstellende Konsultationen gegeben, was von englischer und französischer Seite sicher bestätigt werden kann. Ich erinnere ferner an die sehr schwierigen und harten Gespräche, die wir gegenwärtig mit den Vereinigten Staaten über die Frage der C-Waffen führen. Ich sehe durchaus Chancen, daß die veralteten C-Waffenbestände, die seit 30 und mehr Jahren in der Bundesrepublik lagern - wir sind das einzige westeuropäische Land, das solche Waffen auf seinem Territorium hat;- , zu einem bestimmten Zeitpunkt abgezogen werden. Ich glaube nicht, daß man in dem Falle sagen kann, unser politisches Gewicht würde sich dadurch verringern.

Ich weise des weiteren daraufhin, daß die Europäer im November 1982 ihre Position beim Erdgasrohrengeschäft letztlich durchgesetzt haben. Und bei SDI haben sich die Amerikaner - nicht zuletzt aufgrund europäischen Drucks - erneut dazu bekannt, die Forschungen nur im Rahmen des ABM-Vertrages vorzunehmen. Damit sind Versuche, diese rechtliche Interpretation zu unterlaufen, zurückgewiesen worden. Auch der SALT-II-Vertrag ist von den Amerikanern dem Wunsch der Europäer entsprechend bisher eingehalten worden, obwohl er nicht ratifiziert wurde.

Was die europäischen Initiativen angeht, verweise ich auf die Beschlüsse von Rom im Januar 1975. Stichworte Ariane V und Columbus - trotz der dabei aufgetretenen Schwierigkeiten. Ich bin auch sicher, daß mit Hermes die bemannte europäische Raumfahrt kommen wird. Damit wird sich ebenfalls in diesem Bereich das europäische Gewicht im Vergleich zu den 70er Jahren verstärken. Ein weiterer Punkt ist, daß wichtige europäische Länder, darunter die Bundesrepublik, aber auch Frankreich und Großbritannien, ihr wirtschaftliches Gewicht in den vergangenen Jahren durch eine Reihe positiver Entwicklungen gesteigert haben, was unseren Einfluß gegenüber den Vereinigten Staaten verstärkt hat. Deshalb ist heute auch weniger von Eurosklerose und von tiefgreifendem Pessimismus die Rede, als dies Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre der Fall war.

Ich meine also, die Bilanz der europäischen Politik gegenüber den Vereinigten Staaten ist keineswegs niederschmetternd. Dabei machen wir immer wieder die Erfahrung, daß der kritische Dialog mit den Amerikanern nicht durch öffentliche Deklarationen erfolgreich ist - das bewirkt in der Regel gar nichts;- , sondern nur durch energische Verhandlungen und Teilhabe. Das gilt auch für das SDI-Programm, bei dem die Europäer vorher nicht konsultiert wurden - aber auch der amerikanische Kongreß ist vor der Rede des Präsidenten nicht gefragt worden.

Die Gefahr, daß Europa zum potentiellen Satelliten der Amerikaner wird, sehe ich heute jedenfalls weniger als zuvor. Dennoch müssen wir das europäische Eigengewicht weiter verstärken, gerade auch im Interesse der psychischen Gesundheit des Bündnisses.

Dann die Frage der gemeinsamen Interessen gegenüber Osteuropa. Das kann ich nur unterstreichen. Besonders die Bundesrepublik hat in der sehr zugespitzten internationalen Situation vor der Stationierungsentscheidung die Ostpolitik und die Deutschlandpolitik forciert, indem sie beispielsweise Milliardenkredite an die DDR gab. Aber auch andere europäische Regierungen, etwa die Engländer - während der ganzen Entspannungsphase in den 70er Jahren war kein englischer Regierungschef mehr in Moskau gewesen-, haben unterstrichen, daß in einer zugespitzten internationalen Situation der Kontakt zu Osteuropa verstärkt wahrgenommen werden muß. Ich sehe darin keine Verschlechterung der europäischen Position, sondern eher eine Verbesserung. Da wir uns in den Zielsetzungen einig sind, sollten wir nicht geringschätzen, was wir gemeinsam gegenüber und mit den Amerikanern erreicht haben.

Gasteyger

Vor ungefähr 15 Jahren erschien ein Buch mit dem Titel "Europa als zivile Großmacht" - einer der Herausgeber war Max Kohnstamm. Darin wurde die Frage gestellt: Inwieweit hat Europa die Chance, Weltpolitik nur als zivile Großmacht zu treiben, also ohne eine machtpolitische militärische Komponente? Bei Herrn Arndt klangen hier solche Überlegungen an, als er Sicherheitspolitik auch im Sinne von Abrüstung und Entwicklungspolitik interpretierte. Dabei geht es an sich um lobenswerte Ziele, die Europa keineswegs vernachlässigen sollte. Aber das beantwortet nicht die Frage, ob Europa ohne ein Minimum an gemeinsamer politischer und militärischer Stärke in der Welt von heute auskommen und in ihr eine seiner Größe und Wirtschaftsmacht entsprechende Rolle spielen kann.

In dieser Hinsicht sollten wir uns darüber im klaren sein, daß der Konsens über den Einsatz militärischer Macht als Teil einer solchen europäischen Weltpolitik in weiten Teilen der Bevölkerung Westeuropas und selbst bei manchen Regierungen außerordentlich schwach ist. Diese Tatsache gewinnt gerade im Zusammenhang mit möglichen Maßnahmen gegenüber dem internationalen Terrorismus an Bedeutung.

Wenn Europa Weltpolitik betreiben will - und darum kommt es meiner Meinung nach nicht herum;- , dann muß es auch bereit sein, notfalls militärische Macht zu gebrauchen. Wir leben in einer Welt, die voll von Konflikten, auch von militärischen Konflikten ist; dazu gehört auch der Terrorismus. Mit dieser Situation müssen wir uns auseinandersetzen und die geeignete Antwort darauf finden.

Warum scheut sich Europa, notfalls militärische Macht einzusetzen? Zum einen ist das Verhältnis zur militärischen Macht in Europa nach den Katastrophen von zwei Weltkriegen aus guten Gründen weitgehend gebrochen. Zum anderen ist Europa im Vergleich zu den Vereinigten Staaten in vieler Hinsicht weit verletzlicher. Beides rechtfertigt sicher nicht europäische Passivität, aber es erklärt doch in manchem das Verhalten der Europäer auch bei Bekämpfung des Terrorismus. Der Rückgriff auf militärische Mittel ist, wo nicht verpönt, so doch politisch heikel; es fehlen Selbstbewußtsein und Einigkeit, ihn selbst da zu nehmen, wo es nach Lage der Dinge eigentlich angebracht und im Sinne der Selbstbehauptung, ja Selbstachtung nötig wäre.

Gegenüber den Vereinigten Staaten sollten wir immer wieder betonen, daß es in dieser Welt nicht nur den Ost-West-Konflikt gibt, wie die gegenwärtige Administration offenbar zu meinen scheint. Das gilt auch für den Kampf gegen den Terrorismus. Ich habe den Verdacht, daß die USA den Schlag gegen Libyen durchaus in einer von Mittelamerika und anderen Regionen der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion verlängerten Achse sehen. Auf diese Weise geraten dann plötzlich Ereignisse in den weiteren Zusammenhang des Ost-West-Konfliktes, in den sie ursprünglich gar nicht gehören. Damit wird man zumindest dem Phänomen des Terrorismus, das vielfältige Facetten aufweist, nicht gerecht.

Kohnstamm

Herr Gasteyger erwähnte das Buch "Europa als zivile Großmacht". Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Damit war gemeint, daß in jeder Verteidigungs und Sicherheitspolitik auch andere Elemente mitberücksichtigt sein müssen, von denen Herr Arndt einige erwähnt hat. Ich bin wirklich der Meinung, daß jede Nation, die über eine starke militärische Macht verfügt, zugleich ein gebrochenes Verhältnis zu eben dieser Macht haben sollte. Das heißt nicht, auf militärische Macht ganz zu verzichten. Das gehört eben zu den komplexen Tatbeständen unseres Lebens.

Renouard

Die Vielfalt der europäischen Staaten und die unterschiedliche Art, mit der sie die Probleme angehen, könnte den Eindruck der Machtlosigkeit Europas noch verstärken. Die letzten Ereignisse haben dies zweifellos unterstrichen.

Wenn man die Politik der Europäer mit der anderer Akteure auf der internationalen Bühne vergleicht, könnte man zudem den Eindruck gewinnen, daß Europa zu zaghaft ist und seine Verantwortung nicht wahrnimmt. Aber liegt der Grund dafür nicht möglicherweise auch darin, daß sich die Europäer mit Entscheidungen konfrontiert sehen, die von anderen Akteuren auf der internationalen Bühne getroffen wurden, und die ihnen nicht sehr geeignet zu sein scheinen? Entscheidungen übrigens, die sich bei denen, die sie treffen, nicht immer in eine geradlinige und kohärente Politik einfügen lassen.

Ich glaube nicht, daß man so allgemein sagen kann, daß die Europäer kein Risiko eingehen oder sogar Angst vor einer bewaffneten Intervention haben, wie Herr Gasteyger meinte. In einer Reihe von Fällen sind die Europäer sehr wohl ein solches Risiko eingegangen. Ich denke zum Beispiel insbesondere an die verschiedenen französischen Militärinterventionen in Afrika oder im Libanon. Man kann auch nicht sagen, daß Frankreich gegenüber Oberst Gaddafi auch nur die geringste Nachsicht

oder Gefälligkeit gezeigt hat. Um es mit einem Wort zu sagen: Das französische Verhalten fügt sich in eine politische Linie ein, die auf Dauer angelegt ist.

Aber unabhängig von diesem Beispiel bin ich der Meinung, die europäische Politik ist in Wirklichkeit sehr viel stärker und konsequenter, als es nach außen erscheinen mag. Nehmen Sie als Beispiel die Frage der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa, ein Thema, das in den letzten Jahren die ganze Aufmerksamkeit beansprucht hat. Dabei konnte Europa schon den Eindruck der Schwäche und Zerstrittenheit erwecken. Tatsächlich aber hat jedes europäische Land das Problem entsprechend seinen eigenen Bedingungen lösen können, und die Gesamtlinie ist konsequent und entschlossen geblieben. Und sollte die Sowjetunion gedacht oder gehofft haben, daß sich die Europäer darüber zerstreiten würden, so ist dies nicht eingetreten.

Wenn diese Vielfalt der Europäer eine Schwäche ist, so ist sie gleichzeitig auch ein Vorteil, der es den Europäern erlaubt, die besonderen Vorzüge des einen oder anderen auszuspielen oder spezielle Beziehungen, die die einzelnen Länder eingegangen sind, zur Geltung zu bringen. Ich denke zum Beispiel an die besonderen Beziehungen Großbritanniens zu den Vereinigten Staaten oder zum Commonwealth, oder an die besonderen Verbindungen der Bundesrepublik mit Osteuropa, die Frankreichs mit Lateinamerika und die Portugals mit seinen ehemaligen Kolonien. Ich meine, es gibt kaum eine Region auf der Welt, die sich nicht zu dem einen oder anderen Zeitpunkt an die Europäer gewandt hätte. Das wäre sicher nicht so häufig der Fall gewesen, wenn Europa tatsächlich so schwach, so ohnmächtig, so ineffizient wäre, wie es oft gesagt wird.

Der Grund dafür ist auch, daß hinter all diesen Besonderheiten mehr und mehr der Versuch einer Harmonisierung deutlich wird, der in dem langsamen, nicht immer spektakulären Prozeß der politischen Zusammenarbeit in Europa seinen Ausdruck findet und der auch seine Schwächen hat. Aber hier handelt es sich um einen langwierigen Prozeß, der viel Geduld erfordert und der zumindest mittelfristig seine Ergebnisse zeitigen wird. Was mir dabei auffällt, ist, daß die Analysen, die die europäischen Länder über so schwierige Probleme wie den Nahen Osten, Mittelamerika oder Südafrika anstellen, sich nach und nach aneinander angleichen.

Wie Herr Ruhe bin ich der Meinung, daß wir trotz der Schwierigkeiten und des langsamen Vorwärtkommens auf eine Art europäische "Inspirationsgemeinschaft" zugehen, ohne dabei auf die Besonderheiten der verschiedenen Länder verzichten zu müssen. In der gegenwärtigen Phase der europäischen Geschichte spielen wir auf eine sehr flexible und pragmatische Weise durchaus eine Rolle in der Welt und können Einfluß ausüben, weniger beschränkt und enttäuschend, als oft beklagt wird.

Natürlich ist dies kein Universalheilmittel, aber ich halte das für eine recht realistische Beurteilung der Situation. Europa kann seine Vergangenheit nicht einfach auslöschen, und es bemüht sich derzeit, seine Zukunft aufzubauen.

Kaiser

Wo liegen die gemeinsamen Interessen der Europäer im Hinblick auf ihre Rolle in der Welt? Wie steht es mit unseren divergierenden und gemeinsamen Interessen gegenüber den Vereinigten Staaten? Ich würde es auch für wichtig halten, hier nach den europäischen und amerikanischen Interessen in bezug auf Libyen und auf mögliches Verhalten gegenüber dem Terrorismus zu fragen.

Mallaby

Ich finde es richtig, daß wir hier auf das Libyen-Problem eingehen, eine recht schwierige Frage. Die Schwierigkeit wird besonders in Großbritannien deutlich, wo, wie Sie alle wissen, die öffentliche Meinung gegenüber der Haltung der Regierung kritisch ist. Ich nehme an, daß niemand von uns hier daran zweifelt, daß Libyen den internationalen Terrorismus unterstützt hat. Die Beweise dafür, die in den letzten Wochen von mehreren westlichen Regierungen vorgelegt worden sind, sind nahezu ohne Beispiel, was die Veröffentlichung von Geheimdienstinformationen angeht.

Wir sollten uns auch daran erinnern, daß vor der amerikanischen Aktion gegen Libyen andere Mittel diskutiert worden sind, wie man mit der Förderung des internationalen Terrorismus durch Libyen umgehen könnte. Darüber hat es sowohl Gespräche zwischen den Europäern und den Amerikanern als auch unter den Europäern selbst gegeben. Ich brauche Ihnen die Einzelheiten nicht ins Gedächtnis zu rufen. Ich möchte Sie nur daran erinnern, daß bis zum 14. April das Wort Libyen in keiner öffentlichen Erklärung der Gemeinschaft zu diesem Thema erwähnt werden konnte.

Die generelle Einstellung in Europa ist zweifellos teilweise von dem Gefühl bestimmt gewesen, daß die Frage einer Aktion gegen Libyen, ob militärisch oder in anderer Form, für uns noch nicht aktuell

sei, gewissermaßen eine ziemlich hypothetische Frage, über die wir noch in Ruhe nachdenken und reden könnten. Es gab auch die Einstellung, die von einigen Regierungen in Europa geteilt wurde, daß Anwendung von Gewalt generell vermieden werden sollte. Die Konsequenz ist jedoch: Wenn man mit einem neuen Phänomen von Gewalt gegen viele westliche und andere Länder konfrontiert wird, dann muß man dagegen zumindest etwas auf nicht-militärische Weise unternehmen, wenn man schon nicht die militärische Option akzeptiert. Dies ist eine Lektion, die offenkundig nicht rechtzeitig begriffen wurde.

Der libysche Terrorismus ist nicht nur für die Vereinigten Staaten eine Bedrohung. In Großbritannien gab es 1984 eine Belagerung auf dem St. James Square, wo eine Polizistin vom Fenster des sogenannten libyschen Volksbüros aus erschossen wurde. Und kürzlich - um nur diese beiden bekannten Beispiele zu nennen - fand ein Bombenanschlag auf die Diskothek in West-Berlin statt, und es war geplant, die Visaabteilung der amerikanischen Botschaft in Paris anzugreifen. Westeuropa steht also, was den von Libyen unterstützten Terrorismus angeht, genauso in der Frontlinie wie die Vereinigten Staaten.

Vor diesem Hintergrund erreichte die britische Regierung eine Anfrage von Präsident Reagan des Inhalts, daß F-111-Kampfflugzeuge, die in Großbritannien stationiert sind, aber den Vereinigten Staaten gehören und unter ihrem Kommando stehen, für eine amerikanische Operation gegen Libyen eingesetzt werden sollten. Die Vereinigten Staaten mußten unsere Zustimmung einholen aufgrund von Abkommen aus den frühen 50er Jahren, die die amerikanischen Basen in Großbritannien betreffen. Einer der entscheidenden Punkte war, daß die F-111 der für eine solche Operation geeignetste Flugzeug ist, das den Vereinigten Staaten zur Verfügung steht. Das Risiko, Gebäude zu zerstören und Menschen zu töten ist, wie wir gesehen haben, nicht gleich Null - das ist nie der Fall -; aber dieses Risiko war geringer beim Einsatz der F-111 als bei irgendeinem anderen Flugzeug.

Wir haben dies in Erwägung gezogen; die Entscheidung ist uns nicht leichtgefallen. Aber wir haben daran gedacht, daß diese Flugzeuge zu jenem großen Kontingent amerikanischer Streitkräfte in Europa gehören, die der gemeinsamen Verteidigung dienen. Wir haben uns gefragt, ob wir das Verlangen zurückweisen oder die Unterstützung verweigern könnten in einer Situation, in der die Vereinigten Staaten ihre eigenen Flugzeuge einsetzen wollten, um eine amerikanische Aktion gegen den libyschen Terrorismus zu unternehmen. Wenn wir den Amerikanern eine abschlägige Antwort erteilt hätten, was wäre dann die langfristige Wirkung im Hinblick auf die Bereitschaft der Vereinigten Staaten gewesen, ihre Streitkräfte in Großbritannien und in Westeuropa auf unverändertem Niveau zu halten?

Ich will damit sagen, daß es aus den genannten Gründen wirklich im Interesse aller Europäer und für die atlantischen Beziehungen allgemein gelegen hat, daß zumindest eines der europäischen Länder sich in der Lage befand, die amerikanische Aktion zu unterstützen. Die Reaktion der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten scheint im allgemeinen recht eindeutig; aber es gibt zumindest ein europäisches Land, das in dieser Hinsicht zur Zeit nicht allzu widerstrebend ist.

Was ist nun die nächste wichtige Frage? Gaddafi kann den Terrorismus zweifellos weiterhin unterstützen, und das Problem, vor dem wir vor kurzem gestanden haben, kann sich in dieser oder jener Form erneut stellen. Was ich den Europäern für diesen Fall unter anderem vorschlagen möchte, ist, eine Liste von nicht-militärischen Maßnahmen aufzustellen, die unsere 12 Länder oder so viele andere wie möglich bereit sind, gegen die Unterstützung des internationalen Terrorismus durch Libyen notfalls zu ergreifen. Es ist etwas verwunderlich, daß sich selbst heute die europäischen Maßnahmen darauf beschränken, die libyschen Volksbüros allenfalls zu verkleinern, obwohl diese in den europäischen Hauptstädten weiterhin Terrorakte planen, organisieren und kontrollieren können. Das Minimum wäre, daß die Europäer darin übereinstimmen, die libyschen Volksbüros zu schließen, für den Fall, daß Gaddafi den Terrorismus weiter unterstützt.

Rühe

Zu Libyen will ich nur bemerken, daß diejenigen Staaten, die im Januar 1986 die Sondersitzung der Außenminister abgelehnt haben, weil es angeblich nicht dringlich sei, über Terrorismus zu reden, letztlich die militärischen Maßnahmen der Vereinigten Staaten unfreiwillig gefördert haben. Diese Länder, die damals nicht bereit waren, Libyen auch nur beim Namen zu nennen, sind dafür durchaus mitverantwortlich. Wenn man bestimmten Maßnahmen oder auch nur Formulierungen vom 14. April schon im Januar zugestimmt hätte, würde sich die Stimmung in Amerika nicht so aufgeschaukelt haben nach dem Motto: Wir müssen unseren eigenen Weg gehen, wenn die anderen uns alleine lassen. Es liegt im europäischen Interesse, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Notfalls müssen

eben wenige wichtige europäische Länder entsprechende Beschlüsse fassen, um zu verhindern, daß sich in Amerika eine derartige Stimmung entwickelt.

In diesem Zusammenhang eine Bemerkung zur englischen Haltung. Es sollte nicht vergessen werden, daß die Engländer prinzipiell mit allen Europäern übereingestimmt und noch am 14. April von einer Militäraktion abgeraten haben. Das wird im Augenblick in der Öffentlichkeit nicht mehr deutlich genug gesagt. Einige Engländer erfreuen sich an dem amerikanischen Applaus, wofür ich angesichts der innenpolitischen Prügel, die sie bekommen, Verständnis habe. Aber auch die englische Regierung hatte von militärischen Maßnahmen abgeraten; da gab es keinen Dissens zwischen England und dem Kontinent. Als die Amerikaner dann allerdings eine Aktion beschlossen hatten, mußten sie wegen technischer Vorkehrungen in bestimmten Ländern anfragen - andere Länder sind Gott sei Dank nicht gefragt worden; ich will nicht darüber spekulieren, was sie geantwortet hätten. Da stellte sich aber nicht die Frage nach einer gemeinsamen europäischen Politik.

Weidenfeld

Da eine Gesamtbeurteilung der Vorgänge in Libyen noch nicht möglich ist, will ich mich auf einige Beobachtungen zu diesem Thema beschränken.

Erstens: Zunächst muß man bei dem Vorgehen der Amerikaner den Eindruck haben, daß es eher ein Ventil für innenpolitische Aufgeregtheiten war als eine effektive Maßnahme zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Was die Amerikaner fürs erste erreicht haben, ist, daß sie die Weltöffentlichkeit aufgerüttelt und antiamerikanische Gefühle dramatisiert haben.

Bei den Europäern hat das zweierlei bewirkt. Auf der gesellschaftlichen Ebene driften die öffentlichen Meinungen in Europa und USA stark auseinander, und auf der politischen Ebene wurden die Europäer durch das amerikanische Verhalten zum Handeln gezwungen. Im Grunde sind die Europäer jetzt zum ersten Mal bereit, effektive Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus intensiv zu beraten. Warum waren die Europäer dazu eigentlich in all den Jahren vorher nicht in der Lage?

Zweitens: Wichtig erscheint mir, auch im Blick auf die globale Friedensperspektive, daß das Krisenmanagement der Supermächte funktioniert hat. Bei zwei so völlig verschiedenen Ereignissen wie Libyen und Genf hat die Kooperation der Supermächte geklappt. Hier ist allerdings deutlich geworden, daß die Europäer gewissermaßen nur einen abgeleiteten Status haben, nämlich nur insoweit beteiligt sind, als die Supermächte sie mit einbeziehen. Das gilt für die Europäer in Ost und West.

Drittens: Das Krisenmanagement der Europäer hat sich bisher weitgehend auf das Deklaratorische beschränkt. Über lange Zeit war die einzige Antwort der Europäer, daß sie auf Terrorakte lediglich an die internationale Öffentlichkeit und an die Drahtzieher des Terrorismus appelliert haben. Sanktionen im Falle Libyen haben sie dagegen stets abgelehnt.

Eine Woche vor dem Angriff beantragen die Amerikaner die Überflugrechte; am Wochenende bereist der amerikanische Sonderbotschafter Walters Europa; am Montag treffen sich die Außenminister und warnen vor militärischen Aktionen; sie appellieren an Libyen, die Terrorakte einzustellen - und Stunden später sind sie von der amerikanischen Maßnahme "überrascht". Man hat bei der Beobachtung der internationalen Politik ab und an den Eindruck, daß die Spieltheorie, mit der die Politikwissenschaft gelegentlich arbeitet, realitätsnäher ist, als man manchmal meint.

Viertens: Es prallen hier, zugespitzt formuliert, gewissermaßen zwei Stilformen aufeinander: Auf seilen der Amerikaner erleben wir einen rigorosen Aktivismus und auf Seiten der Europäer einen rigorosen Kritizismus. Beides dürfte nicht die angemessene Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus sein.

Fünftens: Jetzt ist es an den Europäern zu beweisen, ob sie effektivere Initiativen zur Bekämpfung des Terrorismus ergreifen können, das heißt, ob ihnen überzeugendere Antworten dazu einfallen, als den von ihnen kritisierten Amerikanern.

Griffith

Aufgrund einer langen geschichtlichen Tradition, beginnend mit unserem ersten Krieg gegen Libyen von 1801 bis 1805, ist es für eine amerikanische Regierung aus politischen und historischen Gründen von größerer Bedeutung, entschieden zu handeln und notwendige militärische Aktionen vorzunehmen, wenn ihre Bürger eingesperrt oder getötet werden, als dies in vielen Fällen für andere Länder gilt. Wir haben uns in jenem Krieg so verhalten und auch später ähnlich reagiert. So war es bei dem Bombenanschlag auf die Westberliner Diskothek La Belle, wo ein amerikanischer Soldat getötet

und 50 verwundet wurden. Das geschah in einem Gebiet, in dem die Vereinigten Staaten die Souveränität mit England und Frankreich teilen. Deshalb haben wir dort eine größere Verantwortung als in irgendeinem anderen Gebiet in Europa.

Wir hatten, wie Christopher Mallaby dargelegt hat, verschiedene Versuche unternommen, die Europäer davon zu überzeugen, härtere Maßnahmen einschließlich wirtschaftlicher Sanktionen gegen Libyen zu ergreifen. Es ist klar, daß weder wir noch die Europäer darauf vorbereitet waren, nach dem Anschlag auf die Diskothek in diesem Sinne zu handeln. Unter diesen Voraussetzungen wurde die Entscheidung getroffen, die Sie alle kennen, und ich persönlich bin der Meinung, daß die Entscheidung richtig war.

Natürlich wird damit nicht das Problem des Terrorismus gelöst. Ich bin mit Helmut Schmidt einig, das Problem des Terrorismus wird uns mindestens so lange begleiten, wie uns in Europa um die Jahrhundertwende das Problem der anarchistischen Meuchelmorde verfolgt hat. Möglicherweise wird das wieder etwas zurückgehen; aber es wird immer ähnliche Versuche geben, nicht nur in meinem Lande, die heute weniger von Anarchisten als von anderen Kräften unternommen werden.

Die meisten Probleme der Geschichte, hat Reinhold Niebuhr einmal gesagt, haben keine Lösung, und es gibt eine Reihe von Amerikanern, die diese Ansicht teilen. Solange Gaddafi eine besondere Spielart des islamischen Fundamentalismus repräsentiert, worauf Herr Löwenthal hingewiesen hat, wird es keinen Kompromiß und keine Möglichkeit der Übereinkunft mit den islamischen Fundamentalisten geben. Es ist eine Illusion zu glauben, daß dies möglich wäre. Ihre Bedeutung einmal unterstellt, die ja in einigen Ländern des Nahen Ostens noch zunimmt, würde ich doch nicht erwarten, daß sie noch in einem anderen Land an die Macht kommen werden.

Von Zeit zu Zeit mag es wichtig sein, militärische Gewalt einzusetzen, wie das auch in der Vergangenheit geschehen ist. Die Schlacht von Tours und Poitiers wäre ein Beispiel, um diese Art des islamischen Fundamentalismus davon abzuhalten, Amerikaner, Europäer oder wen immer zu töten. Aber bei diesem Zwischenfall war es sehr viel mehr als das.

Ich stimme unseren französischen Kollegen zu; die französische Regierung konnte bei Bedarf auf unsere Hilfe rechnen, obwohl sie nicht immer mit unseren Ansichten übereinstimmte, und im Tschad und anderswo eine sehr harte Linie eingeschlagen hat. Wir fanden das ganz in Ordnung. Ich weiß nicht, in welchem Maße die französische Regierung die anderen europäischen Regierungen über ihre Aktionen im Tschad konsultiert hat. Wir sind häufig nicht unterrichtet worden; aber ich werfe ihnen dies nicht vor. Ich betrachte das als ihre Einflusssphäre.

Einen Punkt möchte ich dem, was Christopher Mallaby sagte, hinzufügen. Der Besuch von Sonderbotschafter Walters in verschiedenen europäischen Hauptstädten, nachdem in Washington die Entscheidung für eine amerikanische militärische Aktion gegen Libyen beschlossen war, hatte den Hauptzweck - sicher gab es noch andere Gründe;- den Europäern klarzumachen, daß wir eine solche Aktion in naher Zukunft unternehmen würden. Auf der europäischen Außenministerkonferenz waren sich deshalb die meisten der Minister, auch der deutsche Außenminister, über diese Tatsache im klaren, weil General Walters sie entsprechend unterrichtet hatte.

Natürlich wird er ihnen nicht gerade gesagt haben, an welchem Tag, zu welcher Stunde und Minute die Aktion stattfinden würde. Wir mögen ja manchmal ein wenig verrückt sein, aber so verrückt sind wir nun nicht. Jedenfalls war den Außenministern klar, zumindest dem britischen, französischen, deutschen, italienischen und spanischen, daß sich etwas ereignen würde.

Sie kennen alle die berühmte Maxime der Sozialwissenschaftler: "Bleiben Sie mir mit den Tatsachen vom Leibe, sie könnten nur meine Theorie stören." Nun, wir haben ihnen die Tatsachen mitgeteilt. Sie brauchten ja nicht zu glauben, daß wir das wirklich tun würden; aber bald darauf haben sie es geglaubt. Die Tatsache, daß die Aktion gerade in dem Augenblick ausgeführt wurde, als der deutsche Außenminister in den Vereinigten Staaten eintraf, ist zumindest unglücklich, vielleicht bedauerlich, aber sie ist nicht von grundsätzlicher Bedeutung. Die deutsche Regierung war unterrichtet und informiert; sie stimmte mit uns darin überein, daß die Beweise eindeutig waren und Libyen für die Tötung einer Reihe von Amerikanern durch Bewaffnung, Training und Finanzierung von Terroristen verantwortlich war.

Was die Reaktion in den Vereinigten Staaten angeht, so ist diese, nach allem, was ich gehört habe, sowohl quantitativ wie qualitativ beträchtlich stärker gewesen als zu irgendeiner Zeit in der Vergangenheit, vielleicht mit Ausnahme der amerikanischen Reaktion in den Kriegen von 1967 und 1973, insbesondere beim letzteren, als alle europäischen Staaten, außer Portugal, es ablehnten, daß Israel von den US-Basen aus geholfen würde.

Auf der anderen Seite bin ich mit Volker Rühle einig, daß die Konsultationen auf Regierungsebene seit 1982/83, also mit dem Amtsantritt von George Shultz als Außenminister, bedeutend besser geworden sind. Dies betrachte ich als eine sehr wünschenswerte Entwicklung, und ich hoffe, daß sich das fortsetzen wird.

Es gibt einen weiteren Punkt, der hier überraschenderweise noch nicht erwähnt worden ist. Ich meine die Auswirkungen des Gramm-Rudman-Acts, mit dem die amerikanische Regierung eine einschneidende Reduzierung des Haushaltsdefizits vornimmt. Das geschah gerade während der Zeit, als sich die Libyen-Geschichte ereignete, was aber sicher Zufall war. Zumindest geschah dies, als es in einer Reihe von europäischen Ländern Anzeichen dafür gab, daß Gorbatschows Rüstungskontrollvorschläge positive Wirkung zeigten und Reagan nicht gerade jeden Morgen vor dem Frühstück ins Gebet eingeschlossen wurde.

Unglücklicherweise treffen diese drei Faktoren nun mit dem Umstand zusammen, daß in Amerika zum ersten Mal ernsthaft überlegt wird, ob die gegenwärtige Stärke der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahren aufrechterhalten bleibt. Ich hoffe, das wird der Fall sein, und ich will nicht hier vorhersagen, daß dem nicht so ist. Aber das Zusammentreffen dieser Tatbestände läßt zum ersten Mal diese Frage aufkommen.

Schmidt

Im Oktober/November letzten Jahres wurde es offenkundig, daß die amerikanische Geduld mit Libyen bald erschöpft sein würde. In einer Parlamentsrede am 5. Dezember 1985 habe ich die deutsche Bundesregierung gedrängt, daß die Europäer zu einer gemeinsamen Politik gegenüber Gaddafi finden müßten. Sie waren dazu nicht in der Lage und haben die Warnung nicht ernst genommen. Tatsache ist jedenfalls, daß es keine gemeinsame Politik gegenüber Libyen gegeben hat.

Die Geduld der Amerikaner war in der Tat nach dem Anschlag in Berlin erschöpft, aber das wäre Anfang 1986 ohnehin der Fall gewesen. Es war vorhersehbar, und es passierte. Den europäischen Regierungen muß man vorhalten, daß sie die Signale nicht rechtzeitig verstanden haben, nicht einmal bei der Mission von General Walters. Die europäischen Regierungen haben überhaupt kein Recht, sich über das, was geschehen ist, zu beklagen.

Nach meiner Auffassung wäre es notwendig gewesen, zumindest drei Dinge zu tun: erstens unsere Ingenieure und Facharbeiter aus Libyen zurückzurufen; zweitens kein einziges Faß Öl mehr von Libyen zu kaufen - auf dem Weltmarkt war ohnehin reichlich Öl; und drittens alle libyschen Volksbüros in Europa zu schließen. Ich würde nicht für einen Moment annehmen, daß solche Embargomaßnahmen irgend etwas zu einer Verringerung des international organisierten Terrorismus beigetragen hätten, insbesondere nicht im Nahen Osten. Aber ich behaupte, daß solche Maßnahmen den europäischen Regierungen in Washington einigen Einfluß verschafft hätten. Aber sie haben nichts in dieser Richtung getan aus Feigheit und aus einem Mangel an Verständnis für die Situation im Weißen Haus und in den USA.

Das alles enthebt die Amerikaner aber nicht davon, sich nach den Konsequenzen ihres Handelns fragen zu lassen, zum Beispiel: Was soll als nächstes passieren, falls sich die von Libyen gesteuerten Terrorakte wiederholen? Werfen sie dann die doppelte Anzahl von Bomben, oder was wollen sie tun? Nehmen wir einmal rein theoretisch an, Amerika sei in der Lage, Libyen vollständig auszulöschen. Würde dies das Ende des international organisierten Terrorismus aus dem Nahen Osten bedeuten? Mit Sicherheit wäre das Gegenteil der Fall.

Vor allem in Griechenland, Spanien, Italien und in anderen Ländern ist jetzt die Angst vor Terrorakten groß, auch in den Vereinigten Staaten selbst. Zwei weltberühmte amerikanische Firmen haben dieser Tage ihre internationalen Vorstandssitzungen aus Europa zurückgezogen. Ich komme gerade von einer Konferenz aus Paris, wo die eine Hälfte der amerikanischen Teilnehmer sich nur kurz zeigte, während die anderen politische Gründe für ihr Nichterscheinen angaben. Sie haben einfach Angst - das gehört zu der amerikanischen Hysterie.

Die Amerikaner haben also zunächst einmal Furcht erzeugt, bestimmt in Libyen, aber auch in anderen Gebieten des Nahen Ostens, in Teilen von Europa und in den USA selbst. Mein Eindruck ist, daß der Schlag gegen Libyen vor allem an die öffentliche Meinung Amerikas adressiert war. Eine Strategie gegen den internationalen Terrorismus ist dahinter jedenfalls nicht zu entdecken, was mich besonders bekümmert. Dieser international operierende Terrorismus wird von verschiedenen Regierungen gefördert; er ist nicht auf Libyen begrenzt. Was ist mit Syrien, mit dem Iran? Was ist mit den israelischen Terrorakten im Libanon? Was ist mit dem russischen Geheimdienst, was mit dem CIA? In

Amerika gibt es sogar ein Gesetz, das den CIA zwar daran hindert, ausländische Staatsoberhäupter umzubringen, aber nicht andere Leute im Ausland.

Der internationale Terrorismus ist schwer zu definieren. Die Vereinten Nationen haben eine solche Definition immer wieder versucht und sind aus gutem Grund nie zu einem Ergebnis gekommen. Vier meiner persönlichen Freunde sind vom international operierenden Terrorismus umgebracht worden. Während meiner Regierungszeit sind zahlreiche Polizisten, Fahrer und andere Menschen Terrorakten zum Opfer gefallen. Ich weiß also einiges über den Terrorismus und wie man ihn bekämpft. Niemand wird mir nachsagen, daß ich dabei lasch verfahren bin. Ich erinnere nur an die Flugzeugbefreiung in Mogadischu.

In dieser schwierigsten und erregendsten Phase meines Lebens habe ich eines gelernt: Es gibt nur einen ganz schmalen Pfad zwischen dem, was man für notwendig hält, und dem, was vom Gesetz her, auch vom Völkerrecht her, zu tun erlaubt ist. Es ist sehr leicht, diesen Pfad zu übertreten; und wenn man es einmal getan hat, ist man versucht, es ein zweites und drittes Mal zu tun. Deshalb möchte ich den amerikanischen Freunden und Verbündeten sagen: Seid Euch bewußt, daß dieser Pfad sehr schmal ist.

In den Vereinigten Staaten, insbesondere bei der gegenwärtigen und der vorherigen Regierung hat man die Situation im Nahen Osten nie wirklich verstanden. Da wird man gefragt: "Nun, wie stellen Sie sich die Lösung des Nahost-Problems vor?" Darauf kann ich nur zurückfragen: Welches Problem meinen Sie? Das im Sudan oder das zwischen Nord- und Südjemen oder das zwischen dem Südjemen und Saudi-Arabien? Meinen Sie den Iran-Irak-Konflikt oder das Problem zwischen Irak und Syrien? Oder meinen Sie das Problem zwischen Syrien und Israel oder das zwischen Israel und seinen anderen Nachbarn? Oder denken Sie an die zwölf Probleme im Libanon? Der Nahe und der Mittlere Osten umfassen einen Komplex von mindestens drei Dutzend Problemen, die mehr oder weniger - manche weniger, manche mehr - miteinander verknüpft sind. Dafür gibt es keine Patentlösung, nicht einmal ein Amerikaner könnte eine solche finden.

Es gibt Probleme in der Welt, die keine Lösung haben. Und für die Gegenwart und die absehbare Zukunft sehe ich die Komplexität im Nahen Osten als etwas an, was man zwar eindämmen, aber nicht lösen kann. Bald sind es 20 Jahre her seit der Besetzung der Westbank. Die terroristischen Aktionen der Palästinenser, seien sie nun gegen Israel oder gegen die Verbündeten Israels gerichtet, sind im strategischen Verständnis der Araber Teil des Konflikts mit Israel; in den Augen vieler Araber sind wir Parteigänger Israels und damit Konfliktpartei.

Die militärische Besetzung der Westbank bedeutet unter anderem, daß die israelischen Siedlungen dort im Hochsommer 24 Stunden Wasser haben, während arabische Dörfer und Städte, die es dort seit Christi Geburt gibt, Wasser nur für eine Stunde pro Tag erhalten. Solange das andauert, wird man die Terroranschläge der Palästinenser gegen Israel oder seine Verbündeten und Freunde mit anti-deutschen Sabotageakten von Landsleuten jener Nationen vergleichen, die damals von Hitler brutal okkupiert waren.

Mit dieser Art von Terrorismus werden wir leben müssen, weil wir nichts dazu tun, das Westbank-Problem zu lösen. Aber selbst wenn wir es könnten, würde es immer noch Konflikte wie den zwischen Iran und Irak geben, die mit Israel gar nichts zu tun haben und die wir auch nicht lösen können. Der amerikanische Optimismus, daß man schon eine Lösung findet, wenn man es nur will, macht mich besorgt und betroffen. Es ist dieser naive Optimismus, der glaubt, er könne alle Probleme, wenn nicht mit friedlichen, so doch mit Mitteln der Gewalt lösen.

Löwenthal

Zu Libyen möchte ich nur noch soviel sagen: Erstens gibt es keinen Zweifel daran, daß der Berliner Terroranschlag auf Gaddafi zurückzuführen ist. Zweitens hatten die Vereinigten Staaten wirklich Grund, sichtbar und drastisch zu reagieren. Drittens ist es äußerst zweifelhaft, ob dieses Bombardement die rechte Art war, etwas zu erreichen. Nach allem, was wir hier gehört haben, war diese Aktion von recht zweifelhaftem Wert. Viertens schließlich werden wir mit der terroristischen Gefahr aus dem Nahen Osten weiterhin konfrontiert sein, die wahrscheinlich eher noch zunehmen als geringer werden wird.

Bleibt die Frage, ob wir etwas tun können. Sicher können wir das Problem des internationalen Terrorismus nicht lösen, wie Helmut Schmidt überzeugend dargelegt hat. Aber können wir etwas bewirken und zugleich der Gefahr begegnen, daß es zu einer Entfremdung zwischen Amerikanern und Europäern kommt? Eine Möglichkeit wäre - sicher kein einfaches Mittel;-, daß wir wirtschaftliche Sanktionen gegen die Länder einsetzen, die Terroristen unterstützen. Das wird den Terrorismus nicht

beenden und allen unseren Ländern eine Menge Geld kosten, aber solche Maßnahmen würden sich unmittelbar auswirken, auch auf unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Denn eines der Probleme in dieser Hinsicht besteht heute darin, daß die Amerikaner den Europäern mißtrauen, weil diese sich gegenüber dem Terrorismus zum Teil in unverantwortlicher Weise zurückhalten. Wenn die Europäer hier entschiedener auftreten würden, könnte das unser Verhältnis zu den USA auch auf anderen Gebieten entspannen, zum Beispiel bei einer Reihe von wirtschaftlichen Problemen.

Kohnstamm

Ich stimme in der Libyen-Angelegenheit mit der Analyse von Christopher Mallaby und anderen voll überein. Ich bin jedenfalls - lassen Sie mich das ein wenig ironisch sagen - Ihrer Premierministerin äußerst dankbar, daß sie, als sie fast von einer IRA-Bombe in die Luft gesprengt wurde, darauf nicht mit der Bombardierung des IRA-Quartiers in Boston oder in New York geantwortet hat. Ich bin auch der Meinung, daß alles hätte anders ablaufen können, wenn die Europäer nicht so inaktiv gewesen wären.

Was die Zukunft angeht, dürfte es schwer sein, Fragen der militärischen Sicherheit isoliert zu besprechen und nicht gleichzeitig andere Überlegungen mit einzubeziehen. Nehmen wir einmal an, der Iran würde den Krieg gegen Irak gewinnen und einen starken Einfluß in der gesamten Golf-region erhalten. Ich denke schon, daß wir dann handeln sollten. Aber können wir sicher sein - sollte die Ölversorgung zu dem Zeitpunkt wieder äußerst schwierig werden;- , daß, sagen wir, Großbritannien und die Niederlande hinsichtlich der Erdgas- und Öllieferungen Solidarität üben werden? Wie sollen sich Regierungen in einer Hinsicht solidarisch verhalten, wenn sie nicht gleichzeitig sicher sein können, daß diese Solidarität auch für andere Dinge gilt? Hier sehe ich in Europa ein Defizit.

Es ist ganz richtig gesagt worden, wenn beispielsweise etwas in Syrien passiert, muß es eine europäische Aktion geben. Dabei müßten aber andere Tatsachen mit berücksichtigt werden. Was geschieht, wenn diese Aktion dazu führt, daß der Ölhahn abgedreht wird? Sicher, zur Zeit ist ein Überangebot an Rohöl auf dem Weltmarkt vorhanden; wir brauchen uns also im Augenblick vor einem Ölstop nicht zu fürchten. Doch das kann sich schnell wieder ändern. Solidarität kann man nicht teilen, und wir würden es uns zu leicht machen, wenn wir glaubten, es könne in solchen Fragen solidarische Aktionen geben, wenn sich die Solidarität dann nicht auch auf die möglichen Konsequenzen erstreckt. Ihnen muß man ins Auge sehen.

Es gibt noch ein anderes Defizit auf europäischer Seite, das mich an der ganzen Libyen-Debatte sehr erstaunt. Ich meine, es kommt in dieser komplexen und gefährdeten Welt darauf an, die richtigen Prioritäten zu setzen. Für mich ist das eigentlich Schlimme an der Libyen-Geschichte nicht so sehr, ob das Bombardement nun richtig oder falsch gewesen ist. Jede Art von Terrorismus, aus welcher Quelle er auch immer kommt, ist schrecklich, mag er nun rationale Wurzeln haben oder nicht, darauf kommt es nicht an. Aber ich glaube nicht für einen Moment, daß für die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in der Welt dem internationalen Terrorismus eine besondere Priorität zukommt. Da gibt es viele andere Probleme. Ich denke zum Beispiel, daß das amerikanische Haushaltsdefizit für die Frage, wie wir die Welt stabil halten können, eine weit größere Bedeutung hat als der internationale Terrorismus. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Natürlich sollten wir den internationalen Terrorismus bekämpfen, aber wir sollten ihn nicht als die Nummer eins auf die Prioritätenliste setzen, wozu er jetzt geworden ist.

Nach meiner Ansicht kann Europa hier etwas tun, wenn es gut organisiert wäre und sich in seinen Aktionen nicht zersplitterte. Ich sage nicht, daß dafür eine Europäische Union erforderlich ist; das bleibt ein Traum. Aber wir könnten dann unseren amerikanischen Freunden sagen: Ihr hattet recht, wir müssen etwas tun, und wir waren im Unrecht, nicht früher zu handeln. Aber, um Gottes willen, laßt die Prioritäten dort, wo sie wirklich hingehören.

Grünsteidl

Mein Arbeitsgebiet ist zentrale Unternehmensplanung in komplexen Situationen in multinationalen Unternehmen. Dabei lernt man, daß man versuchen sollte, alle Dinge, die einem begegnen - ob im Geschäftsbereich oder in Form einer politischen Entwicklung;- , in einen gesellschaftspolitischen Gesamtrahmen zu stellen und in einer längerfristigen Perspektive zu sehen. Sodann lautet mein favorisierter Wahlspruch: Sei ein Realist und plane ein Wunder. Viele Dinge, die sich bei uns positiv entwickelt haben, wurden zu Beginn als eine Art "mission impossible" betrachtet. In diesem Sinne möchte ich mich vorläufig weigern, den Pessimismus von Herrn Schmidt zu teilen.

Um diese Einsichten auf das Phänomen des internationalen Terrorismus anzuwenden: Natürlich heiße ich Terroraktionen in keiner Weise gut, und ich möchte mich auch nicht auf eine Analyse des geistigen

Zustands von Oberst Gaddafi einlassen. Ich meine aber, man sollte einmal versuchen, "Libyen" als ein Signal für weit umfassendere Entwicklungen zu begreifen, die uns in verstärktem Maße heimsuchen werden und die deshalb nach einer fundamentalen Lösung verlangen. Was wir heute an Terroranschlägen erleben, ist kein Endpunkt, sondern erst ein Anfang. Diese Art, Konflikte auszutragen, wird zu- und nicht abnehmen. Das entspricht der Gesamtlage der weltweiten gesellschaftlichen und politischen Entwicklung.

Wir sollten dabei unterscheiden zwischen einem regulären Krieg, wie zum Beispiel dem zwischen Iran und Irak, und Aktionen des internationalen Terrorismus. Was sich hier zeigt, ist meiner Meinung nach - von rein kriminellen Erscheinungen auf lokaler Ebene sehe ich einmal ab - eine neue Form dezentraler Kriegsführung mit dem Versuch, aus einer relativ schwachen Position heraus gegen die ganz großen Mächte anzutreten. Ich sehe darin eine Entwicklung, mit der wir in Zukunft in verstärktem Maße rechnen müssen.

Diese neue Erscheinung ist auch nicht mit den früheren Attentaten auf Staatsoberhäupter und andere zu vergleichen. Und für diese neue Form der Gewalt werden neue Lösungen nötig; die alten Antworten reichen dafür nicht aus. Hier sind die Europäer angesprochen, sich in besonderer Weise um diese neuen Lösungen zu bemühen. Was wir brauchen, ist eine Langzeitstrategie, um zu politischen Lösungen der eigentlichen Ursachen des internationalen Terrorismus zu gelangen. Solche Lösungen müssen jeweils den spezifischen Situationen angepaßt sein; denn wir haben es nicht mit einem einzigen, sondern mit vielen verschiedenen Problemen zu tun.

Zweifellos ist der islamische Fundamentalismus, wie hier gesagt wurde, einer der Gründe für den Terrorismus; aber er dient zugleich als Hebel für politische Zwecke. Das war bei religiösen Strömungen ja stets der Fall.

Wenn es uns nicht gelingt, neue Antworten zu entwickeln, sondern wir nach wie vor konventionell auf die Ereignisse reagieren, wird diese neue Form der Kriegsführung weltweit eskalieren und die Gefahr erhöhen, daß ungewollt auch die beiden Supermächte in eine Konfrontation geraten.

Stürmer

Das amerikanische Vorgehen gegen Libyen wirft die Frage nach den "unspoken assumptions" des amerikanisch-europäischen Verhältnisses auf. Henry Kissinger hat mit Recht dieses Verhältnis so beschrieben: Europa sei übersät mit den Monumenten gescheiterter Politik; die amerikanischen Visionen dagegen hätten sich meist verwirklicht und wenn nicht, so hat man ihr Scheitern überwunden. In der amerikanischen Mythologie gibt es den gordischen Knoten nicht oder wenn, dann um ihn zu zerhauen. Die Europäer sehen überall gordische Knoten, vor allem im Nahen Osten, wo er, wie Helmut Schmidt sagt, aus drei Dutzend Regionalproblemen geschürzt ist, die zudem noch mit dem Ost-West- und dem Nord-Süd-Verhältnis verflochten sind.

Dieses alles steht im Hintergrund. Im politischen Vordergrund aber wirft das amerikanische Vorgehen gegen Libyen Fragen auf: Wie oft kann man solche Aktionen eigentlich wiederholen, ohne sich selber, wenn der Erfolg ausbleibt, in den Zwang zur Eskalation zu bringen? In unseren Demokratien erwartet man zu Recht, daß der Erfolg den Einsatz an Mitteln und die Opfer an Menschen, die eine derartige Aktion kosten, sowie den Schaden, der dadurch psychologisch und weltpolitisch angerichtet wird, in bestimmter Weise rechtfertigt.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist zu berücksichtigen. Wie oft kann man solche Maßnahmen ergreifen, ohne daß die Sowjets das Gesicht verlieren und sie keine Möglichkeit mehr sehen, sich so ambivalent zu verhalten, wie in diesem Falle? Aus der Geschichte kennen wir das warnende Beispiel der Marokkokrisen. Damals war die internationale Sprachlosigkeit sozusagen strukturell verankert. Eine Regierung, die noch bereit zum Gespräch war, wäre augenblicklich gestürzt worden. Das galt für das kaiserliche Deutschland und das republikanische Frankreich gleichermaßen. Und solche psychologischen Zwänge, deren man dann nicht mehr Herr wird, gelten auch heute, für ein Politbüro wie für die Führung einer großen Demokratie.

Hier wurde zu Recht betont, daß Gaddafi zwar eine wichtige Erscheinung, aber nicht die Ursache der Terrorakte sei, zumal es dann nicht nur eine, sondern viele gibt. Und Herrn Grünsteidl stimme ich zu, daß das, was wir bisher erlebt haben, vermutlich nur ein Anfang und nicht schon Ende einer Entwicklung war. Da liegen auch die europäischen Bedenken gegen das amerikanische Vorgehen. Dennoch, trotz dieser Bedenken hätten die Europäer sagen können: Wenn sich die Amerikaner in dieser Situation einmal so entschieden haben, dann sollte uns die Allianz wichtiger sein als unsere Gewissensschmerzen angesichts der Aktion.

Wenn man die Aktion generell bewertet, kommt man zu dem Ergebnis, daß dieser relativ kleinen und begrenzten Maßnahme eine außerordentliche symbolische Bedeutung zukommt, und zwar in vier Richtungen. Erstens im Hinblick auf das schwierige Ost-West-Verhältnis. Bleiben die in Genf gesetzten Prioritäten, oder werden diese Prioritäten in regionale Konflikte aufgelöst? Wir können nur hoffen, daß es bei den wirklich großen Fragen bleibt.

Zweitens: Die westliche Allianz hat eine Erschütterung erfahren. Sie steckt mitten in einer Vertrauenskrise, die viel schwerer wiegt als alles, was Gaddafi durch Terror bisher angerichtet hat und anrichten kann. Ich denke nur an die Notwendigkeit, trotz der Gramm/Rudman-Budgetbremsen die amerikanische "extended deterrence" in vollem Umfang zu erhalten. Dahinter steckt - wie es sehr viel zurückhaltender auch bei Sam Nunn deutlich geworden ist - ein Ressentiment der Amerikaner gegenüber dem Verhalten der Europäer. Das dürfte in Amerika sehr schwer abzubauen sein.

Drittens: Die arabischen Freunde des Westens werden bei allem Geschrei, das sie um die amerikanische Aktion gemacht haben, vor allem bedauern, daß es Gaddafi nicht wirklich traf. Er ist für sie der Haupt-trouble-maker in dem regionalen Konflikt, nicht im Ost-West-Konflikt. Sie bezahlen heute den Preis für die tiefe Aversion, die jetzt noch verschärft worden ist und die durch den islamischen Fundamentalismus immer weiter ins Religiöse verschoben wird. Dabei sollte man auch die unendlichen Frustrationen nicht vergessen, die das immerwährende Scheitern des Panarabismus verursacht. Dieser Panarabismus findet natürlich immer wieder Idealisten, Bombenwerfer und Märtyrer.

Viertens dürfte auf lange Zeit jede amerikanische Vermittlerrolle im Nahen Osten zwischen Ägypten, Israel und Jordanien stark kompromittiert sein.

In diesen vier Richtungen sehe ich bisher die eigentlichen Fragezeichen der amerikanischen Aktion.

Kaiser

Es gibt in der Geschichte der amerikanisch-europäischen Beziehungen eine Reihe von Punkten, wo beide Seiten nicht übereingestimmt haben, trotz ihrer zahlreichen gemeinsamen Interessen. Das ist also nichts Neues. Das gilt insbesondere hinsichtlich der Gebiete außerhalb Europas. Meine Frage an Herrn Griffith ist: Meinen Sie, wie einige Beobachter jetzt äußern, daß die amerikanische Verstimmung gegenüber Europa derart groß ist, daß damit die Grundlage des Bündnisses berührt wird?

Griffith

Was die Probleme der dritten Welt angeht, so meine ich, daß eine Abstimmung zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, etwa im Hinblick auf Lateinamerika oder im Fernen Osten, äußerst unwahrscheinlich ist. Lateinamerika liegt zu dicht bei den Vereinigten Staaten, und der Ferne Osten, also Japan und Korea, betrifft uns Amerikaner eben mehr als Europa. Ich habe nicht den Eindruck, daß Europa diesen beiden Gebieten Priorität einräumt.

Bleiben der Nahe Osten und Südafrika. Seit der Ankunft des amerikanischen Schlachtschiffes "Missouri" in Istanbul im Jahre 1946 sind amerikanische Marine und Luftwaffe im Mittelmeer, und das wird für die nächste Zukunft wohl auch so bleiben. Wenn sich die Westeuropäer entschließen sollten, im Mittelmeerraum eine Politik zu verfolgen, die in Krisenzeiten nicht nur Einfluß auf die Vereinigten Staaten nimmt, sondern auch wenn nötig eigenständig handelt, so erfordert dies den Aufbau von europäischen Luft- und Seestreitkräften, was ich für die nahe Zukunft für nicht sehr wahrscheinlich halte. Der Aufbau der sowjetischen Seestreitkräfte im Mittelmeer und anderswo in der Welt war die bemerkenswerteste Entwicklung im Bereich der See- und Luftstreitkräfte in jüngster Zeit.

Ich teile nahezu alle Auffassungen, die Helmut Schmidt zum Thema Westbank und israelische Politik geäußert hat, obwohl es zumindest von der Quantität her sicher einen gewichtigen Unterschied gibt zwischen der israelischen Politik in diesen Gebieten und dem Widerstand gegen die Nazis. Die Israelis sagen jedenfalls - und das trifft zu;-, daß ihre Besatzungspolitik vergleichsweise milde ist. Aber, um Jefferson zu zitieren: "Sich selbst zu regieren, ist besser als eine gute Regierung". Ich wünschte, es gäbe in naher Zukunft eine Möglichkeit, daß die amerikanische Regierung - und nur sie kann das tun - irgendeine gewählte israelische Regierung dazu bringen könnte, auf die Grenzen von 1967 zurückzukehren. Aber ich bin leider zu dem Ergebnis gekommen, daß eine solche Möglichkeit nicht besteht.

Die Vereinigten Staaten müssen deshalb eine Politik des Möglichen verfolgen, und die Westeuropäer sollten sich bei ihren Erklärungen von einer Kosten-Nutzen-Analyse leiten lassen. Was wird es ihnen bei den Arabern nützen; was werden sie dafür von den Arabern bekommen? Und was werden sie im Vergleich dazu in der öffentlichen Meinung Amerikas verlieren? Da müssen sie sich dann

entscheiden. General Marshall hat einmal zu Recht gesagt, es hat wenig Sinn, dagegen anzugehen, daß die amerikanische Politik im Nahen Osten entscheidend von jüdischen Amerikanern mitbestimmt wird. Sie haben das gleiche Recht wie alle anderen Amerikaner. Sie sind besser organisiert, verfügen über größere finanzielle Mittel und haben mehr Erfahrung in solchen Dingen.

Wenn das Nahostproblem mit der Palästinenser-Frage trotz der amerikanischen Innenpolitik nicht lösbar war, so ist völlig klar, daß es mit der amerikanischen Innenpolitik überhaupt nicht zu lösen ist. Helmut Schmidt sprach von Eindämmung. Es ist sicher wünschenswert, daß sich die Vereinigten Staaten auf Dauer diesem Thema widmen, aber dann sollte man es realistischerweise unter dem Aspekt der Eindämmung betrachten und nicht mit Camp David durcheinanderbringen. Dort haben die Israelis zugestimmt, weil sie immer darauf aus waren, Ägypten aus der arabischen Front herauszubringen. Das Problem der Westbank ist eine völlig andere Sache.

Der gleiche Prozeß läuft im Hinblick auf Südafrika ab, in sehr viel stärkerem Maße als sich die Europäer das klarmachen. Die bemerkenswert schnelle politische Mobilisierung einer modernen schwarzen Intelligenz und eines modernen schwarzen Bürgertums in Amerika ist das Ergebnis erstens der erfolgreichen Bürgerrechtsbewegung, zweitens der Fernsehberichterstattung über die Demonstrationen in Südafrika und drittens des Fast-Genies eines amerikanischen Schwarzen namens Randolph Robinson. Das hat zu einer Spaltung des rechten Flügels der Republikanischen Partei in der Frage Südafrika geführt. Wenn sich jemand wie der Abgeordnete des Repräsentantenhauses Gingrich aus Georgia gegen Südafrika ausspricht, dann wird deutlich- das wissen alle, die die amerikanische Politik in Georgia und die Gingrichs kennen-, daß dies einen grundlegenden Wandel in der amerikanischen Außenpolitik gegenüber Südafrika bedeutet. Ich habe große Zweifel, ob in Zukunft amerikanische Politik gegenüber dem schwarzen und weißen Südafrika wirklich gegen den entschiedenen Willen der Schwarzen, der Liberalen, des protestantischen Establishments und großer Teile der katholischen Kirchen in Amerika betrieben werden kann.

Ich habe große Hochachtung vor Chet Crocker, dem Unterstaatssekretär für afrikanische Angelegenheiten, aber ich stimme mit ihm in zwei Punkten nicht überein. Ich habe zu keiner Zeit angenommen, daß wir die Kubaner durch Verhandlungen aus Angola herausbekommen oder daß wir die Südafrikaner aus Namibia "heraus"verhandeln könnten. Wir versuchen jetzt einen etwas anderen Weg, wobei ich nicht weiß, ob das funktionieren wird. Die einzige europäische Macht, die nach meinem Urteil eine bedeutende Rolle im südlichen Teil Afrikas spielt, ist Portugal, und zwar vor allem im Hinblick auf Angola und Moçambique. Die Franzosen spielen in anderen Teilen Afrikas eine hervorragende Rolle.

Wird dieser Kampf in Südafrika bald ein Ende finden? Das anzunehmen, würde uns den Vorwurf größerer Naivität und Optimismus einbringen, als selbst Helmut Schmidt uns attestieren würde. Die Mehrheit der Afrikaner will töten und getötet werden; das wird so eine längere Zeit gehen; wie lange, weiß man nicht, und man weiß auch nicht, wer gewinnen wird. In dieser Hinsicht sollten wir uns ebenso wie in bezug auf den Nahen Osten "auf einen langen kalten Winter" einrichten, wie Kennedy damals nach Wien gesagt hat.

Schmidt

Ich befürchte, wir werden in Südafrika das größte Blutbad seit dem Zweiten Weltkrieg erleben. Selbst wenn sie Nelson Mandela freilassen, werden in wenigen Jahren die jungen Führer zu dem Ergebnis kommen, daß es nichts bringt, wenn sie weiterhin eine friedliche Regelung anstreben. Das Botha-Regime kann von drei Seiten unter Druck gesetzt werden. Erstens von den Vereinigten Staaten, zweitens von Großbritannien und drittens von Deutschland. Diese drei sollen sich ihrer Mitverantwortung für das, was in Südafrika geschieht, bewußt sein.

Kaiser

Damit schließe ich den ersten Teil unserer Diskussion ab. Wir haben uns bisher zum einen mit den weltpolitischen Interessen Europas auseinandergesetzt und uns gefragt, wie Europa insbesondere seine Sicherheitsinteressen organisieren soll. Welcher institutionelle Rahmen dürfte dafür am besten geeignet sein? Zum anderen hat uns die auch in diesem Zusammenhang wichtige aktuelle Frage nach der Rolle Europas in der Libyen-Frage beschäftigt.

Nach diesen mehr an der Sicherheitsproblematik orientierten Fragestellungen, in die uns das Referat von Lord Carrington eingeführt hat, wollen wir die Referate von Präsident Delors und Helmut Schmidt hören, die einige andere Aspekte unserer umfassenden Tagungsproblematik ansprechen werden.

Delors

Sein Referat zum Thema:

"Findet Europa wieder die Kraft, eine Rolle in der Weltpolitik zu spielen?"

hat Präsident Delors nicht zur Veröffentlichung freigegeben.

Schmidt

Vorweg möchte ich zu den Ausführungen meines Freundes Jacques Delors sagen, daß ich in allen wesentlichen Punkten mit ihm übereinstimme.

Ich beginne meinerseits mit der Sowjetunion. Ich gehe davon aus, daß sich das internationale Verhalten der Sowjetunion, verglichen mit den über vier Jahrhunderten russischer Herrschaft, seit Iwan III. aus dem Großfürstentum Moskau Rußland geschaffen hatte, prinzipiell nicht geändert hat und nichts dafür spricht, beim Wechsel eines Generalsekretärs etwas anderes zu erwarten. Die sowjetische Außenpolitik ist zu drei Viertel russisch und zu einem Viertel kommunistisch, und ein Mann wie Andrej Andrejewitsch Gromyko hat die Verbreitung kommunistischen Ideengutes in der Welt immer nur als Instrument russischer Außenpolitik betrachtet.

Es spricht überhaupt nichts dafür, daß der russische Expansionsdrang, der in den letzten 70 Jahren in kommunistischer Fassung auftritt, gebrochen ist. Daß sie dabei Fehler machen und Rückschläge erleiden, daß sich Schwäche- und Stärkeperioden ablösen, ist unvermeidlich. Dieser kontinuierliche Expansionsdrang korrespondiert auch ganz gut mit den inhärenten Wertvorstellungen der russisch-orthodoxen Kirche, der Welt den russischen Frieden zu bringen. Infolgedessen bleibt auch die Notwendigkeit des "containment", der Eindämmung dieses Expansionsdranges.

Natürlich gibt es Wechsel im außenpolitischen Stil. Der neue Stil von Herrn Gorbatschow ist beispielsweise gegenüber Westeuropa sehr viel wirksamer als der aller seiner Vorgänger, Lenin eingeschlossen. Ob er dabei bleiben kann, vermag ich nicht zu beurteilen, weil ich die innenpolitische Situation in der Sowjetunion nach der Ablösung beziehungsweise Beförderung von 3.000 bis 5.000 sowjetischen Spitzenbürokraten nicht einschätzen kann.

Die Amerikaner liegen falsch, wenn sie glauben, daß die Russen Angst vor SDI haben. Das sind für sie letztlich nichts anderes als drei neue Buchstaben für das, was früher ABM genannt wurde. Beide Weltmächte versuchen seit 25 Jahren unter Einsatz ihrer Forschungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, Abwehrsysteme gegen nukleare Raketen des Gegners zu entwickeln. Da gibt es einige wenige Felder, auf denen die Sowjets vorne liegen, Laserwaffentechnik zum Beispiel, und sehr viel mehr Felder, auf denen die Amerikaner vorne liegen, zum Beispiel bei den extrem schnellen Großrechnern und auf anderen Gebieten. Prinzipiell gilt jedoch, daß die Amerikaner in den letzten 40 Jahren zu keiner Zeit einen militärischen Entwicklungs- oder Produktionsvorsprung länger als fünf Jahre haben halten können.

Die Russen haben vier Jahre länger gebraucht, um ihre erste Atombombe und drei Jahre länger, um ihre erste Wasserstoffbombe zu bauen. Bei den Satelliten im Weltall hatten sie kurzzeitig sogar einen Vorsprung. Lediglich bei den sogenannten "flattops", den "aircraft carrier", waren sie für eine längere Zeit im Rückstand. Aber ich vermute, dies war insofern eine rationale Entscheidung, als es den Sowjets zunächst darauf ankam, überhaupt eine Flotte - gewissermaßen aus dem Nichts - zu schaffen, weshalb sie die hochkomplizierten Systeme erst einmal zurückgestellt hatten. Das war sicher keine technologische Unfähigkeit der Russen. Sie sind den Amerikanern jedenfalls überlegen bei den Panzern, die zumindest nicht schlechter sind als die deutschen. Mit anderen Worten: Die Sowjets brauchen die Amerikaner nicht aus technologischen Gründen zu fürchten.

Was sie im Augenblick besorgt machen muß, ist die wirtschaftliche Seite der Rüstung. In den letzten Jahrzehnten haben sie jeweils 12 bis 14 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für militärische Zwecke ausgegeben; während die Europäer zwischen dreieinhalb und fünf, also im Durchschnitt bei knapp vier Prozent, und die USA zwischen fünf und in der Spitze sieben Prozent lagen. Unter Gramm/Rudman dürften die Amerikaner jetzt eher nach sechs Prozent tendieren. Natürlich sind sechs Prozent des amerikanischen Sozialprodukts unendlich viel mehr als vierzehn Prozent des sowjetischen. Das ist der Punkt, der Herrn Gorbatschow Sorgen macht; denn er muß auf der anderen Seite mit erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten fertig werden und hat offenkundig großen Ehrgeiz, eine Reihe von wirtschaftspolitischen Reformen durchzuführen.

Natürlich ist ihm klar, daß die Agrarpolitik einer grundlegenden Änderung bedarf; daß es nicht auf Dauer so weitergeht, daß man in Kasachstan sät, aber in Iowa oder Manitoba erntet. 40 Millionen Tonnen Getreide müssen im Jahr eingeführt und in harter Währung bezahlt werden, um die Ernährung des eigenen Volkes sicherzustellen. Die harte Währung wird etwa zur Hälfte durch den Export von Öl

und Erdgas verdient, deren Preise gegenwärtig auf dem Weltmarkt gewaltig absacken, was sich in Zukunft auch für die sowjetischen Lieferungen auswirken wird.

Gorbatschow kann also angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten kein Interesse daran haben, jetzt auch noch die Rüstungsmaschinerie erneut ankurbeln zu müssen. Er wird sich dazu aber entschließen - und die Russen werden bereit sein, ihm zu folgen;- , wenn er den Eindruck gewinnt, daß anderenfalls das militärische Gleichgewicht verlorengeht. Das russische Volk war noch immer bereit, Leiden zu ertragen. Trotz 20 Millionen Toten haben die Russen gegen Hitler weitergekämpft und schließlich Berlin erobert. Wenn der Kreml ihnen klarmacht, daß sie den Riemen enger schnallen müssen, weil sonst die Überlegenheit des Westens zu einer akuten Bedrohung wird, werden sie dazu bereit sein und ihr SDI, oder wie immer man das nennt, finanzieren.

Lieber wäre ihnen, wenn sie das militärische Gleichgewicht und den gegenwärtigen territorialen Status quo in Europa aufrechterhalten, aber gleichzeitig ihren Einfluß in Asien, Afrika und Lateinamerika ausbauen könnten, ohne dabei allzu große Risiken einzugehen und allzu große finanzielle Mittel einzusetzen. Herr Gorbatschow macht aus seinen ökonomischen Nöten sozusagen eine Fernsehugend, die auf Westeuropa zielt. Damit hat er auch Erfolg, weil der andere große Kommunikator nur sein heimisches Publikum in Amerika im Auge hat und keine Rücksicht auf die Psyche der Europäer nimmt, die seine Attitüde nicht gerade positiv empfinden.

Die intelligenteren Kommunisten im Ostblock, insbesondere die Ungarn, sind über diesen Zustand alles andere als erfreut. Ein großer wirtschaftlicher Aufschwung ist nicht zu erwarten, und der sowjetische Expansionsdrang wird sich ungebrochen fortsetzen.

Ich komme zu den Vereinigten Staaten. Präsident Reagans enormer Erfolg beruht darauf, daß er nach Vietnam, Watergate und dem Desaster von Carter im Iran das Selbstbewußtsein der amerikanischen Nation wieder hergestellt, ihre Vitalität unter Beweis gestellt hat, etwas, was in Europa nicht verstanden wird. Von diesem Erfolg wird jedenfalls die ganze amerikanische Nation erfaßt, auch die Ostküstenelite, die das nur ungern zugibt.

Mit dem wieder erwachenden Selbstbewußtsein stellt sich auch der alte amerikanische Optimismus wieder ein nach dem Motto: "Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg; das Problem möchten wir sehen, das wir nicht lösen können." So gehen sie also mit frischer Kraft und - aus europäischer Sicht - mit Naivität an die ungelösten Probleme heran. Daß sie viele dieser Probleme nicht lösen werden, diese Erfahrung müssen sie erst noch machen.

Die Vorstellung, die Präsident Reagan nährt, daß die amerikanische Verteidigung in den vorangegangenen 10 oder 15 Jahren vernachlässigt worden sei, ist nachweislich falsch, aber sie hat zur Popularität des Präsidenten erheblich beigetragen. Jedenfalls hat man ihm sehr viel Geld für Rüstungszwecke freigegeben. Es ist ja einer der Grundirrtümer der amerikanischen Verteidigungspolitik zu glauben, man könne Sicherheit kaufen und brauche dafür nur viel Geld auszugeben. Sie begreifen nicht, daß man, um sich zu verteidigen, zuallererst Soldaten braucht, die gut ausgebildet sind und vor allem wissen, wofür sie kämpfen. Woran es bei den Amerikanern mangelt - ähnlich wie bei den Russen;- , ist, daß die Soldaten nicht gelernt haben, selbständig Entscheidungen zu treffen.

Natürlich braucht man außer den Soldaten auch noch teures militärisches Gerät. Aber die Amerikaner glauben, das Wichtigste seien nun einmal Dollars. Deshalb drücken sie sich auch davor, das Thema Wehrpflicht anzusprechen. Den Europäern werfen sie vor, ihre Pflicht zu vernachlässigen, weil sie für ihre Verteidigung nicht genügend Geld ausgeben. Daß in Europa die Wehrpflicht trotz einer durchaus unwilligen öffentlichen Meinung aufrechterhalten wird, übersieht man in Amerika großzügig.

Amerika ist also, wie gesagt, revitalisiert, voller Kraft, voller Optimismus und Naivität. Letztere zeigt sich daran, wie man den Aufschwung finanziert hat, nämlich durch das größte "deficit-spending" in der Geschichte, das weit über den nationalen Rahmen hinausgeht, den Keynes in seiner "General Theory" aufgezeigt hat. Dieses Defizit, das unter dem Schlagwort "Supply-Side-Economics" ins Werk gesetzt wurde, übertrifft alles, was selbst Hitler oder Roosevelt seinerzeit fertiggebracht haben. Es ist zur Hälfte aus dem Ausland finanziert worden, und zwar weitgehend auch durch Kapitalflucht aus Lateinamerika. Die Kapital- und Kreditimporte in die Vereinigten Staaten können Sie am Defizit des "current account" ablesen, das 1985 zwischen 120 und 140 Milliarden Dollar betrug, gegenüber circa 30 Milliarden Dollar vor drei, vier Jahren.

Inzwischen übertrifft die Netto-Auslandsverschuldung der USA - dabei sind also die amerikanischen Geldanlagen und Investitionen im Ausland bereits abgezogen - bei weitem die Verschuldung Brasiliens oder Mexikos; natürlich ist sie keineswegs ebenso gefährlich, insbesondere deshalb nicht, weil Amerika das einzige Land der Welt ist, das seine Auslandsschulden in eigener Währung

bedienen kann. Brasilien und Mexiko mußten sich in fremder, harter Währung verschulden - in Dollar, DM oder Schweizer Franken;- , während die Amerikaner, aufgrund der weltbeherrschenden Rolle des Dollars, sich in eigener Währung verschulden konnten und ihre Zinsen ebenfalls nur in Dollar zahlen müssen.

Das impliziert für die 90er Jahre die große Gefahr, daß man dann versucht sein könnte, Dollars zu drucken, besser gesagt, die amerikanische Staatsschuld würde nach innen wie nach außen monetarisiert werden, indem man durch eine Ausweitung der Geldversorgung die alten Schulden durch Aufnahme neuer, größerer Schulden ablöst und bedient. Es gibt Anzeichen dafür, daß es schon heute starke Kräfte in der gegenwärtigen Administration gibt, die eine solche Politik favorisieren, was sie natürlich öffentlich nicht zugeben.

Diese Entwicklung ist deshalb so schwerwiegend, weil die amerikanische Staatsverschuldung, wie gesagt, zur Hälfte aus dem Ausland finanziert wird. Aber kein Ökonom kann heute den Dollarkurs für länger als drei Tage vorhersagen. Diese Währung folgt nicht ökonomischen, sondern eher psychopathologischen Gesetzen, und zwar weltweit. Je nachdem, ob das Vertrauen in die politische Führung der Vereinigten Staaten wächst oder fällt, entwickelt sich der Dollarkurs. Jedenfalls war in Lateinamerika und bis vor kurzem auch in Japan das Vertrauen in den Dollar immer noch groß genug, um das eigene Geld in den Dollar zu transferieren, was einer der Hauptgründe für die Überhöhung des Dollarkurses gewesen ist. Denn wer amerikanische Schatzwechsel kauft, muß zunächst seine Yen oder Pesos in Dollars umtauschen, das heißt, Dollars nachfragen, was dann den Dollarwechsellkurs zwangsläufig hochtreibt.

Seit dem Ende der Nixon-Kissinger-Ford-Amtszeit, also etwa seit 1977, hat Europa gegenüber diesen Entwicklungen in zunehmendem Maße abgedankt und nimmt immer weniger Einfluß auf die amerikanischen Entscheidungen. Das Gesetz von Gramm/Rudman/Hollings ist nicht durch Druck der Gläubiger Amerikas zustande gekommen, sondern durch die konservativen Kreise im amerikanischen Kongreß, die diese Art von Verschuldung für unmoralisch halten und meinen, sie belaste die Zukunft zu sehr. Daß die enorme Verschuldung auch internationale Auswirkungen hat und die Währungspolitik in der ganzen Welt destabilisiert, hat für Gramm/ Rudman keine Rolle gespielt. Lediglich Paul Volcker hat diese Zusammenhänge gesehen; er ist in dieser Hinsicht der einzige wirkliche Staatsmann; alle anderen haben das großzügig übersehen.

Europa hat alle Entscheidungen hingenommen, nicht nur auf ökonomischem, sondern auch auf politischem und strategischem Feld. Wenn hier Christopher Mallaby die fabelhafte Konsultation bei den INF-Verhandlungen rühmte, so kann ich keineswegs finden, daß die so fabelhaft war. Acht Wochen, nachdem die beiden Großen die Waldspaziergangs-Formel abgelehnt hatten, haben die europäischen Regierungen erstmals davon erfahren; konsultiert worden sind sie zu keiner Zeit.

Das nenne ich Arroganz der Macht, wobei den Amerikanern offenbar gar nicht bewußt war, daß sie diese Europäer überhaupt hätten fragen müssen. Sie haben sie gar nicht mehr auf der Rechnung, was ich ihnen allerdings auch kaum verdenken kann, denn die Europäer verdienen keine andere Behandlung. Wann haben denn die Europäer einmal ihre Interessen angemeldet? Wir haben ja bereits ausführlich über Libyen gesprochen.

Ich will in diesem Zusammenhang nur noch auf ein Beispiel eingehen. Herr Ruhe hat gemeint, die Europäer hätten den Amerikanern deutlich gemacht, daß der ABM-Vertrag als ein Instrument des Völkerrechts nicht verletzt werden darf. Wenn Sie aber die ganze SDI-Debatte in Amerika seit der großen Präsidentenrede im März 1983 verfolgen, dann muß man doch zu dem Ergebnis kommen, daß dort eine vollständige Revolution der Militärstrategie durch SDI angekündigt wird. Darüber haben die Amerikaner aber niemals überhaupt nur debattiert, geschweige denn hat man etwas gemeinsam beschlossen, auch nicht im NATO-Rat, der sich doch jede Woche trifft. Es hat aber auch keine europäische Regierung bei den Amerikanern angefragt, was eigentlich aus Europa werden soll, wenn sich die USA durch SDI eines Tages hundertprozentig schützen können. Werden die Europäer dann gewissermaßen stellvertretendes Objekt der Nuklearwaffen der anderen Seite? Was wird aus der hier so hervorgehobenen strategischen Rolle der französischen und englischen Nuklearausstattungen, die doch im Verhältnis zu dem, was die Amerikaner mit SDI anstreben, überhaupt nicht ins Gewicht fallen?

Sicher werden sich die amerikanischen Vorstellungen so nicht verwirklichen lassen; da brauchen wir nicht allzu besorgt zu sein. Das erste funktionierende Teil-Abwehrsystem dieser Art wird frühestens um 1995 verfügbar sein. Dabei weiß man heute noch gar nicht, für welches der vier oder fünf Systeme, die zur Auswahl stehen, man sich entscheiden soll. Schon die Entwicklung eines neuen Panzers dauert heute acht bis zehn Jahre. Hier geht es also um Zeiträume, die weit über das Jahr 2000 hinausreichen.

Aber die Amerikaner verkünden dies alles mit ungeheurer Verve, und die Europäer halten sich schweigend zurück und tun so, als ob das sie gar nichts angehe. Sie meinen, das Wichtigste sei, von hinten auf den Wagen mit drauf zuspringen, um von der Technologie noch ein wenig profitieren zu können. Das ist nun wirklich der unwesentlichste Aspekt, den die Europäer da zu ihrer Sache machen. Aber bei der Neudefinition der nuklearen Militärstrategie für die nächsten Jahrzehnte haben die Europäer abgedankt, obwohl die Amerikaner überall betonen, daß es hier um grundlegende Entscheidungen für die Zukunft geht.

Wie sieht die weitere Entwicklung im Weltmaßstab bis zum Jahr 2000 aus? China wird dann ein gemeinsamer homogener Markt mit 1,3 Milliarden Menschen sein, mit einem Bruttosozialprodukt pro Kopf, das sich von heute 300 Dollar, in real terms, auf 800 oder 1000 Dollar erhöht haben wird. Natürlich wird China immer noch ein Entwicklungsland sein, aber angesichts ihres großen Fortschritts werden die Chinesen sehr viel Selbstbewußtsein entwickeln. Die Entwicklung wird sicher nicht ohne schwerwiegende Rückschläge vonstatten gehen. Aber sie werden einen gemeinsamen Markt bilden mit einheitlicher Währung, einheitlicher Steuer- und Finanzpolitik und einheitlicher zentraler Planungsbürokratie. Diese ungeheuer große Volkswirtschaft bietet auch für die technischen Entwicklungen erhebliche Vorteile. Da braucht nicht jede Region ihre eigenen Flugzeuge oder Nuklearreaktoren zu betreiben, wie wir das in Europa machen. Das kann man dort von einer Stelle aus in die Wege leiten.

Der zweite große gemeinsame homogene Markt mit 300 Millionen Menschen wird die Sowjetunion sein, wahrscheinlich weniger dynamisch, weniger selbstbewußt; auch weniger fähig, mit den komplizierten modernen Technologien umzugehen als der Westen, aber ein homogener Markt mit einer einheitlichen politischen Führung, einer einheitlichen zentralverwaltungswirtschaftlichen Bürokratie, einer einheitlichen Außenwährung und Handelspolitik - und mit dem Bewußtsein, die Hälfte der Welt anzuführen.

Dann wird es drittens den gemeinsamen Markt der Amerikaner geben, der sich wie bisher fabelhaft weiterentwickeln wird und bei allen ups and downs in der Politik weiterhin große Fortschritte auf allen Feldern machen wird. Das gleiche gilt viertens für den halb so großen gemeinsamen japanischen Markt mit circa 150 Millionen Menschen im Jahre 2000. Auch für die Japaner bietet sich der Vorteil eines einheitlichen Wirtschaftsraumes, der economics of scale.

Schließlich gibt es dann fünftens in Europa einen gemeinsamen Markt, der sich so nennt, ohne wirklich einer zu sein. Er wird dann wohl immer noch elf verschiedene Währungen haben - die Luxemburger haben keine eigene, sonst wären es zwölf-, elf verschiedene Geldversorgungspolitiken, elf grüne Fronten, elf Steuer- und Haushaltspolitiken und hunderte von nationalen Gesetzen, die zum Beispiel die technischen Vorschriften für Fahrstühle und Feuerlöscher und ähnliche Dinge betreffen.

Und vielleicht wird auch im Jahre 2000 die französische Eisenbahn keine Lokomotiven bei Henschel in Kassel und die Bundespost keine Telefone in England kaufen. Und wenn es bis zum Jahre 2000 kein gemeinsames Europäisches Währungssystem geben sollte, so werden bis dahin die europäischen Währungen unausweichlich zu Satelliten der Dollarwährung absinken, und die Sparquoten in den europäischen Ländern werden mit herangezogen, um die amerikanischen Defizite zu decken. Ich habe meine Zweifel, ob das den erhabenen Vorständen der Zentralbanken in Frankfurt, Den Haag, Paris oder London wirklich klar ist.

Löwenthal

Herr Delors hat die Frage der beiden deutschen Staaten sowohl vom Standpunkt ihrer grundsätzlichen Haltung zur Teilung wie auch ihrer gegenwärtigen Rolle in den Auseinandersetzungen zwischen Ost und West angesprochen. In dieser Hinsicht hat sich in den letzten sechs, sieben Jahren einiges verändert.

Als 1971/72 die Entspannung in der deutschen Frage erreicht wurde, war die Führung der SED sehr unsicher. Honecker und seine Leute, die diese Politik ja gegen Ulbricht durchsetzen mußten, hatten große Sorge, daß sie in eine Situation geraten könnten, in der sie nicht nur wie bisher von der Sowjetunion, sondern eventuell auch von der Bundesrepublik abhängig würden. Deshalb waren sie bemüht, ihre Bevölkerung soweit wie möglich von den westdeutschen Partnern abzuschotten.

Damals begannen sie, nicht nur von zwei deutschen Staaten, was der Westen ja nun endlich anerkannt hatte, sondern von zwei deutschen Nationen zu sprechen, die auch zwei verschiedene deutsche Geschichten hätten. Die Bundesrepublik sei das Land mit der Geschichte der Feudalherren, der Kapitalisten und ihrer Diener, während sie von der DDR als dem Land der Arbeiter und Bauern

und ihrer Kämpfe, sowie der Intellektuellen, die sich für sie eingesetzt haben, sprachen. Auf diese Weise sollte die DDR gegen die neue Partnerschaft immunisiert werden.

Das ist einerseits nicht gelungen und hat sich andererseits als unnötig erwiesen. Es ist nicht gelungen, weil nicht nur die älteren DDR-Bürger, die noch das ungeteilte Deutschland kannten, diesen Unsinn nicht geglaubt haben, sondern weil auch die jüngeren Deutschen von den zwei Nationen nicht zu überzeugen waren.

Statt dessen stellte die SED aber fest, daß die Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik ihre Machtposition gar nicht unterminierte. Jedenfalls erwies sich die

Normalisierung für die DDR-Führung insgesamt als harmloser, als man befürchtet hatte. Im Gegenteil, man begann die damit verbundenen ökonomischen Vorteile durchaus zu schätzen. Interessanterweise hat die DDR-Führung dann die Krise der Entspannung um 1979 fast als ebenso tragisch empfunden wie die Führung der Bundesrepublik und war ausgesprochen bemüht, soviel wie möglich von den Errungenschaften der Entspannung zwischen den beiden deutschen Staaten zu erhalten.

Zugleich ist in der DDR ausgerechnet in der Zeit der Krise der Entspannung auch ein ganz neues Verhältnis zur deutschen Geschichte entstanden. Ich erinnere nur an die große Martin-Luther-Feier und an die Wiederentdeckung Friedrichs des Großen, und nicht von ungefähr ist gerade in der DDR ein bedeutendes Werk über Otto von Bismarck erschienen. Mit anderen Worten: Das Gefühl für gemeinsame deutsche Traditionen ist wieder erwacht. Das hat bei den östlichen Bruderländern, insbesondere bei den Polen, aber auch bei den Sowjets, durchaus ungute Gefühle ausgelöst.

Das zeigte sich beispielsweise deutlich, als Honecker in seiner Rede gegen die Aufstellung neuer amerikanischer Raketen in der Bundesrepublik die Formulierung gebrauchte, es käme jetzt darauf an, den Schaden soweit wie möglich zu begrenzen; für einen kommunistischen Führer ein erstaunliches Wort in dieser Situation. Die Sowjets waren darüber derart betroffen, daß sie die Formulierung von der Schadensbegrenzung als eine Äußerung von Bundeskanzler Kohl kritisiert haben, ohne darauf hinzuweisen, daß es Honecker gewesen war, der dies zuerst geäußert hatte.

Dieses neue Gefühl, das in der DDR entstanden ist, hat nichts mit einer Option für die Wiedervereinigung zu tun. Sie wollen ihren Staat behalten und nicht mit unserem vermengen. Aber es ist ein neues Bewußtsein gewachsen, daß es über die Staatsgrenzen hinweg historische und kulturelle Gemeinsamkeiten gibt und eine Interessengemeinschaft für den Frieden besteht. Das geht heute so weit, daß hohe Funktionäre der DDR bei Treffen mit westdeutschen Sozialdemokraten betonen, daß bei allen Gegensätzen zwischen uns, die zum Teil weiterbestehen und zum Teil überholt sind, das gemeinsame Interesse am Frieden Vorrang habe. In diesem Punkt werden sie übrigens von der sowjetischen Führung unterstützt, die dieses Gefühl für ihre eigene Friedenskampagne nutzen will.

Bei allem Gegensatz der Systeme, der weiterbesteht, kann es uns nicht gleichgültig sein, daß drüben ein ebenso demonstratives Interesse an der Erhaltung des Friedens besteht, wie wir es haben. Diese Interessengemeinschaft der Deutschen in beiden deutschen Staaten hat, ich wiederhole es, nichts mit einem Streben nach Wiedervereinigung zu tun.

Altmann

So sehr ich Herrn Löwenthal in vielem zustimme, meine ich doch, daß die veränderte Haltung der DDR auch ein Mittel der sowjetischen Politik ist, um die Bindungen der Bundesrepublik gegenüber ihren westlichen Bündnispartnern ein wenig zu lockern. Das ist ihnen auch zum Teil schon gelungen. Sehen Sie sich nur das bundesdeutsche Interesse an Kontakten mit der DDR an im Vergleich zu den Besuchen der maßgebenden Politiker, die nach Brüssel oder Paris kommen. Mir scheint also diese Taktik Honeckers durchaus zwiespältig, und ich sehe darin auch die Gefahr, daß hier versucht wird, die Bundesrepublik über den Tisch zu ziehen.

Die Faszination der Beziehungen zum Osten ist ein traditionelles Problem der deutschen Politik. Weit stärker als vor 15 Jahren sind die Deutschen wieder in die Mentalität der überkommenen deutschen Kontinentalpolitik zurückgeglitten, die nach Osten orientiert ist. Die Gefahr, die davon für unser europäisches Engagement ausgeht, ist nicht gering zu schätzen. Wir sollten ehrlicherweise zugeben, daß durchaus nicht alles, was in Deutschland als Motiv für die Annäherung an die DDR und an die Sowjetunion genannt wird, im Zeichen der europäischen Integration geschieht. Für die Erhaltung des Friedens mag das alles wichtig sein. Aber wir dürfen dabei nicht verkennen, daß der sicherheitspolitische Spielraum für die DDR ebenso wie für Polen außerordentlich klein ist.

Löwenthal

Herr Altmann, ich kenne keinen deutschen Politiker, der der Meinung ist, die Beziehungen zur DDR seien für uns wichtiger als die zu Westeuropa. Das glauben leider einige Westeuropäer, die darüber besorgt sind, und ich bedaure, daß Sie diese falsche Ansicht fördern.

Griffith

Ich stimme mit der Analyse von Herrn Löwenthal insofern überein, als sich die Politik der SED in der Tat grundlegend gewandelt hat. Von der "Abgrenzungspolitik" über Gesprächsbereitschaft bis hin zu einer Art gemeinsamer Friedenssicherungspolitik hat sich eine Veränderung vollzogen. Im Gegensatz zu Herrn Löwenthal würde ich die Beweggründe allerdings mehr in den Krediten und im Technologietransfer seitens der Bundesrepublik suchen als in Motiven, die er angeführt hat, obwohl auch sie zweifellos vorhanden sind.

Ich bin ebenfalls wie er der Auffassung, daß die Sowjetunion versucht, das für sich zu nutzen. Mit anderen Worten, die SED ist bestrebt, die Politik der Bundesrepublik und damit die Politik des Westens allgemein zu beeinflussen. In dieser Hinsicht bin ich auch der Meinung, daß Gorbatschow weniger die Westeuropäer insgesamt, als vielmehr in erster Linie die Linke in einigen westeuropäischen Ländern benutzen will, nicht um auf die amerikanische Politik Einfluß zu nehmen, sondern im Gegenteil, um politische Gewinne in Westeuropa, insbesondere in Westdeutschland, zu erzielen, und zwar angesichts einer Situation, in der er gute Chancen sieht, zumindest Teilgewinne zu erreichen.

All das kann natürlich zunichte werden, wenn die nächste Krise in der dritten Welt kommt. Wer weiß, wo das der Fall sein wird. Dabei braucht eine solche Krise nicht einmal von Washington oder Moskau angezettelt zu werden; es genügt, wenn die eine oder die andere Seite irgendwie darin verwickelt wird. Es kann auch sein, daß sich die Situation in Afghanistan oder in irgendeinem anderen Krisenherd der dritten Welt plötzlich wieder verschärft.

Ich zweifle natürlich nicht an Herrn Löwenthals persönlicher Einstellung zum Westen und seiner genauen Kenntnis der Sowjetunion. Ich möchte nur zu bedenken geben, daß eine gewisse Asymmetrie besteht, wenn irgendeine Oppositionspartei in Westeuropa, aus welchem Land auch immer, mit einer herrschenden Staatspartei in Osteuropa, gar nicht zu reden von der kommunistischen Partei der Sowjetunion, in Verhandlungen eintritt. Das Ergebnis solcher Verhandlungen läßt sich - Friedenssicherung hin und her - ohne weiteres vorhersagen.

Stürmer

Es mag erstaunen, daß wir uns in einem Gespräch über Europa so stark der deutschen Frage zuwenden. Aber sowohl Jacques Delors als auch Helmut Schmidt haben zu Recht betont, daß es hierbei um eines der europäischen Kernprobleme geht, das für die Sicherheit und Gestaltung Europas von entscheidender Bedeutung ist. Hier verknoten sich in einmaliger Weise deutsche, europäische und weltpolitische Fragen.

Die Haltung der Europäer ist in dieser Hinsicht ein wenig zwiespältig. Eine Zeitlang wurde den jungen Attachés am Quai d'Orsay beigebracht: Seid nie gegen die deutsche Wiedervereinigung, sonst wird sie sich gegen Euch vollziehen. Dabei glaube ich nicht einmal, daß staatliche Wiedervereinigung unser eigentliches Problem ist. Wir haben uns bei der Gründung der Bundesrepublik seinerzeit bewußt für die freiheitliche westliche Lebensform und gegen die staatliche Einheit entschieden. Das war im Blick auf die Einheit damals ein schmerzliches Opfer, das niemand tiefer als Kurt Schumacher empfunden hat. Diese Entscheidung gilt für uns auch heute noch im Verhältnis zur DDR. Auch da sind uns die kleinen Freiheiten des Alltags, von denen wir hoffen, daß sie in der DDR allmählich wachsen, wichtiger als die staatliche Einheit.

Auch Adenauer - um das historisch kurz anzumerken - war ja 1958 bereit, mit den Sowjets über eine Österreich-Lösung für die DDR allein zu sprechen und dafür die ganzen ost- und mitteleuropäischen Eroberungen der Sowjetunion anzuerkennen. Dies entsprach keineswegs der amtlichen Wiedervereinigungsrhetorik jener Zeit. Diese Haltung zu verstehen ist aber wichtig, wenn man die Anlage der heutigen Deutschlandpolitik begreifen will.

Die Frage, ob der Preis der Einheit nicht doch einmal Westbündnis und westliche Freiheit werden könnte, hat die Amerikaner während der Phase der Entspannungspolitik seit 1969 zu Mißtrauen gegenüber der Ost- und Deutschlandpolitik Bonns veranlaßt. Man kann das in den Memoiren von Kissinger und anderen nachlesen. Man sah immer eine Versuchung, daß die Bundesrepublik mit einer Politik von zu viel Wandel durch zu viel Annäherung eines Tages das gesamte westliche Bündnis in

Europa destabilisieren und in eine Schieflage bringen könnte. Die Schwierigkeit unserer gegenwärtigen Lage hängt auch mit solchen Vorbehalten zusammen. Wir haben es hier mit einer diffizilen politischen, moralischen und psychologischen Balance zu tun, die nach meinem Eindruck in der Bundesrepublik nicht immer richtig begriffen wird in ihrer europäischen und weltpolitischen Tragweite.

Insofern finde ich auch die Rede von der besonderen Verantwortungsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten für den Frieden nicht besonders einleuchtend. Die Bundeswehr und die Nationale Volksarmee sind ganz und gar in die gegensätzlichen Bündnisse integriert. Es ist sowohl technisch, kommandomäßig als auch moralisch und psychologisch absurd zu meinen, diese beiden Armeen könnten auf eigene Faust den Nicht-Krieg gefährden, oder Bonn und Ost-Berlin könnten umgekehrt eine Sonderrolle spielen außerhalb der Paktsysteme. Das Wort von der Verantwortungsgemeinschaft wurde seinerzeit von einem westdeutschen Historiker im Hinblick auf die gemeinsame Vergangenheit geprägt, deren Erbe man bis dahin in der DDR stets abgewiesen hatte. Es wurde dann von der DDR aufgegriffen und politisch auf die aktuelle Situation angewendet.

Herr Löwenthal hat mit Recht vom Kampf um den Frieden gesprochen. Pax sovietica und pax democratica, die im Prinzip seit 1917 gegeneinander stehen, treffen heute mitten in Deutschland aufeinander. Dabei ist nicht der abstrakte Friede an sich umstritten, sondern die Form des Friedens und seine Bedingungen. Darum geht der Kampf. Deshalb ist diese vordergründig gemeinsame deutsch-deutsche Friedensbegeisterung zumindest weltfremd, in jedem Fall ist sie politisch mehr als ambivalent.

Löwenthal

Vor allem, wenn sie als rein deutsche Angelegenheit auftritt.

Stürmer

Dem stimme ich zu. Und wenn dieser Begriff des Friedens von jenen grundlegenden Werten losgelöst wird, die Frieden überhaupt erst möglich machen. Wenn es in Europa nach 1945 wirkliche Kriegsgefahr gab, dann doch aufgrund der Unterdrückung der Menschenrechte in der DDR, in Ungarn, in Polen, in der Tschechoslowakei; auch die Berlin-Krisen sind hier zu erwähnen. In allen Fällen hatte das entweder mit sowjetischer Unterdrückung zu tun oder mit der Strategie des Kreml, die europäische und globale Balance umzustürzen.

Ich halte auch die Sensationsmache über den Honecker-Besuch für gefährlich. Ich wünschte, es würde so viel Journalistenfleiß und Druckerschwärze in Überlegungen investiert, wie wir in Europa weiterkommen. Dieser Besuch weckt nur unangemessene Erwartungen. Was soll Honecker denn mitbringen? Was kann er mit nach Hause nehmen? Darum ranken sich alle möglichen Spekulationen, die anschließend wie ein Kartenhaus zusammenfallen werden. In welche Situation bringen wir uns selbst damit? Ich halte das politisch für töricht und im Hinblick auf unsere Europapolitik für einen großen Fehler.

Eine weitere Gefahr sehe ich darin, daß die Westbindung der Bundesrepublik mehr und mehr als Alternative und nicht als Fundament der Deutschlandpolitik dargestellt wird. Unser ganzes Verhältnis zur DDR wird nicht als das gesehen, was es wirklich ist, nämlich als Ergebnis der Integration, Verankerung und Vertrauensbildung im Westen, sondern als eine Alternative, so als könnten wir Deutsche in der Bundesrepublik uns ohne gefährliche und unumkehrbare Folgen auch anders entscheiden.

Da erscheinen neuerdings gelbst die berüchtigten Stalin-Noten von 1952 als Versprechen der deutschen Einheit, Freiheit und Sicherheit. Wer sich ernsthaft damit beschäftigt hat, weiß, daß Stalin damit versuchen wollte, die Integration der Bundesrepublik in den Westen zu verhindern. Daraus wird heute eine Legende aufgebaut.

Löwenthal

Mit Hilfe historischer Dokumente aus England.

Stürmer

Die einseitig und schief interpretiert werden, weil dabei der weltpolitische und europäische Kontext außer acht gelassen wird.

Kohnstamm

Ich stimme Ihnen durchaus zu, Herr Stürmer. Ich habe aber die Wiederbelebung der Diskussion um die Note von 1952 nie als wirkliche Gefahr empfunden.

Stürmer

Worum es mir geht, ist, daß derartige Geschichtsklitterungen die moralische Legitimation der Bundesrepublik und ihre Verankerung im Westen in Frage stellen.

Ich möchte abschließend nur noch einmal betonen, daß die "deutsche Frage" in Wirklichkeit eine, wenn nicht überhaupt, die europäische Frage ist. Unglücklicherweise haben wir - aus Gründen, die mit der Geschichte der Bundesrepublik zusammenhängen - die Deutschlandpolitik weitgehend von der allgemeinen Außenpolitik abgekoppelt; sie wird ja auch im Bundeskanzleramt geführt. Deshalb besteht sowohl im deutschen als auch - stärker noch - im ausländischen Bewußtsein der Eindruck, als gehöre die deutsche Frage nur den Deutschen allein, was historisch ein völliges Mißverständnis ist. Entsprechend unzureichend sind auch die politischen und diplomatischen Konsultationen in dieser Frage.

Deutschlandpolitik im weiteren Sinne beinhaltet eben nicht nur die innerdeutschen Beziehungen, sondern sie ist permanent darauf gerichtet, den Ost-Mitteleuropäern die Orientierung nach Westen zu ermöglichen. Insofern repräsentiert sie ein Stück westlicher politischer Kultur und nimmt in dem Sinne in der Tat - ohne jedes falsche Pathos - eine europäische Aufgabe wahr. Wir sind durch unsere Geschichte und unsere geographische Lage dazu verdammt und auch privilegiert, dies zu tun.

Löwenthal

Ich möchte nur kurz auf das erwähnte Dokument eingehen, das die Engländer jetzt veröffentlicht haben. Konrad Adenauer hat 1953, zu einer Zeit, als die Nachfolger Stalins im geheimen mit den Westmächten über eine deutsche Wiedervereinigung zu verhandeln begannen, an einen hohen britischen Beamten einen Brief geschrieben der auf jeden Fall geheim bleiben sollte;- , in dem er sich grundsätzlich gegen eine deutsche Wiedervereinigung aussprach, weil die große Gefahr bestehe, daß sich ein wiedervereinigtes Deutschland nach Osten orientieren würde.

Die Veröffentlichung dieses Briefes hat natürlich in der Bundesrepublik einige Aufregung verursacht, weil darin deutlich zum Ausdruck kommt, daß Adenauer seinem Volk im Hinblick auf die Wiedervereinigung vorsätzlich die Unwahrheit gesagt hat. Persönlich meine ich, daß Adenauer aus subjektiv ehrlichen Motiven gehandelt hat, auch wenn er damit objektiv unrecht hatte. Ich schätze das Risiko nicht sehr hoch ein, wenn man seinerzeit auf das sowjetische Angebot eingegangen wäre. Es wäre ohnehin nichts dabei herausgekommen.

Im Gegensatz zu Herrn Stürmer, mit dem ich in vielen Punkten übereinstimme, bestreite ich aber, daß die Frage der Wiedervereinigung - schon gar nicht zu östlichen Bedingungen - eine starke moralische oder politische Unterstützung in der jungen deutschen Generation findet. Das ist in der deutschen politischen Entwicklung nur eine periphere Erscheinung.

Auch meine Partei, die SPD, denkt nicht im Traum daran, mit einem kommunistischen Staat eine Politik in Richtung Wiedervereinigung zu betreiben. Sie ist vielmehr weiterhin daran interessiert, die Beziehungen zu diesem Staat zu verbessern und sie zu einem wichtigen Faktor der allgemeinen Friedensentwicklung zu machen. Insofern sehe ich es auch als völlig legitim an - und teile die Bedenken von Bill Griffith nicht;- , wenn die SPD als Oppositionspartei unseres Landes mit der Regierungspartei der DDR Kontakte sucht. Das kann freilich nicht Verhandlungen ersetzen, die nur seitens der Regierung geführt werden können.

Rühe

Zu Herrn Stürmer möchte ich nur anmerken, daß unsere westlichen Verbündeten von uns über alle Aspekte der Deutschlandpolitik ausführlich informiert und konsultiert werden, nicht nur auf der Ebene der Minister, sondern auch in den monatlichen Treffen der politischen Direktoren. Auf der Regierungsebene gibt es auch kaum Mißverständnisse, wenn ich einmal von der Äußerung des italienischen Außenministers Andreotti absehe.

In der öffentlichen Meinung einiger westlicher Länder mag es mitunter Verständigungsschwierigkeiten geben. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Bundesregierung eine klare und berechenbare West- und Sicherheitspolitik betreibt. Anderenfalls würde ihre Politik in der Tat sehr schnell ins Zwielicht geraten.

Narjes

Anknüpfend an die Szenarien von Helmut Schmidt möchte ich die Frage erörtern, wie sich beispielsweise für Gorbatschow die Welt im Jahre 2000 darstellt. Bis dahin reicht ja die Perspektivplanperiode, über die auf dem letzten Parteikongreß gesprochen wurde.

Da ist zunächst einmal China, das im Jahre 2000 vermutlich eine Bevölkerung von 1,3 Milliarden Menschen haben wird, die dann ein Pro-Kopf-Einkommen von 1000 Dollar erreicht haben könnten. Wenn China den gleichen Anteil des Sozialprodukts für Rüstungsaufgaben aufwendet wie die Sowjetunion heute, nämlich 12-15 Prozent, würde der chinesische Verteidigungshaushalt im Jahre 2000 zwischen 150 bis 200 Milliarden Dollar jährlich ausmachen. Aufgrund der niedrigen Gehälter und der geringeren sonstigen Funktionskosten stehen den Chinesen dann für die Beschaffung von Material und Waffen ungefähr so viel Mittel zur Verfügung wie dem Beschaffungshaushalt aller Staaten der Europäischen Gemeinschaft zusammen. Dazu gehört auch die Beschaffung von Spitzentechnologie, die ja gerade der Westen im Kampf um den chinesischen Markt heute in jeder Form anbietet und die als dual-use-Technologien häufig sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwertbar sind. Von Gorbatschow aus gesehen ist das ein Bedrohungsfaktor für die gesamte sibirische Bastion der Sowjetunion.

Im Süden haben die Sowjets den islamischen Fundamentalismus nicht nur südlich ihrer Grenzen, sondern auch als Problem im eigenen Lande. Ich bezweifle auch, ob die Russen ihre dominierende Position innerhalb der Sowjetunion in den nächsten 15 Jahren weiterhin durchhalten können. Sie werden im Jahre 2000 nur noch weniger als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Sie werden dann auch nicht mehr wie bisher 80 Prozent der Offiziere und mindestens ebenso viele der Funktionäre der KPdSU stellen können.

Schmidt

Der russische Anteil bei den Unteroffizieren liegt schon jetzt unter 50 Prozent.

Narjes

Wenn Gorbatschow also den Süden und auch andere Bereiche seines Landes zufriedenstellen will, muß er in verstärktem Maße Kapital und andere volkswirtschaftliche Ressourcen in diese Gebiete lenken, um die Infrastruktur und andere Kommunalinvestitionen nachhaltig zu verbessern. Durch die moderne Kommunikationstechnik, die die sowjetischen Menschen zunehmend westlichen Einflüssen aussetzt, werden zudem Erwartungen hinsichtlich Lebensstandard, der Versorgung mit Konsumgütern und anderen Dingen moderner Lebenshaltung geweckt, denen sich die sowjetische Führung auf die Dauer kaum wird entziehen können.

Schließlich erfordert die Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten ebenfalls enorme zusätzliche Ressourcen. Wenn die Sowjetunion zum Beispiel bei SDI mit den USA mithalten will, wird sie dafür etwa die gleichen Mittel einsetzen müssen wie die Amerikaner.

Einzig in Europa könnte Gorbatschow eine gewisse Entlastung erhoffen. Was die Sowjets gegenüber der Europäischen Gemeinschaft erreichen wollen, ist offenbar zweierlei: Zugang zu unserem Wirtschaftspotential bei gleichzeitiger Anerkennung der hegemonialen Position der Sowjetunion auf dem euro-asiatischen Landblock. Anders ist es beispielsweise nicht zu erklären, warum die Sowjetunion nicht, wie zum Beispiel die Vereinigten Staaten, China oder Indien, die EG ganz normal diplomatisch anerkennt, sondern dies auf dem Umweg über das RGW-Sekretariat, das völlig von der UdSSR abhängig ist, zu umgehen versucht, um so eine Sonderposition ihrer Beziehung zur Gemeinschaft institutionell zu verankern. Darüber setzen wir uns nun schon seit 15 Jahren mit ihr auseinander. Sie sucht langfristig nach Wirkungen auch für den Fall, daß die Amerikaner einmal aus Europa abziehen sollten; eine Entwicklung, die, wenn sie eintritt, übrigens auch den Ostblock in seinen Beziehungen zur Sowjetunion nicht unberührt lassen würde.

Soweit das sowjetische Szenario. Werfen wir nun einen Blick auf die Vereinigten Staaten, wo wir in der längerfristigen Perspektive ebenfalls mit erheblichen Veränderungen zu rechnen haben. Ich teile voll Herrn Schmidts Ansicht zu den beiden Zeitbomben, dem amerikanischen Haushaltsdefizit und der internationalen Verschuldungskrise. Hier ist ein enormes Konfliktpotential angehäuft, das jeder Zeit außer Kontrolle geraten kann. Die Regierungen sowohl der Vereinigten Staaten als auch der Europäer haben sich bisher als unfähig erwiesen, diese Zeitbomben zu entschärfen.

Ich möchte dem zwei Gesichtspunkte hinzufügen, die auch das amerikanisch-europäische Verhältnis berühren. Bei der Entwicklung moderner militärischer Großsysteme wird zuweilen als Faustregel eine Kostenrelation von 1 zu 10 zu 100 unterstellt, das heißt, auf eine Einheit für Forschung kommen 10 Einheiten für Entwicklung der Technologie und der Pilotprojekte und 100 Einheiten für die Einführung

und Aufstellung der Systeme. Bei SDI würde dies heißen: 25-26 Milliarden Dollar für Forschung; 250-260 Milliarden Dollar für Entwicklung der Technologien und Pilotprojekte; 2,5 Billionen Dollar für Einführung und Aufstellung. Das Ganze verteilt auf einen Zeitraum von acht, zehn oder mehr Jahren. Die ersten beiden Stufen dürften von den USA mit großen Anstrengungen allein finanzierbar sein, die dritte Stufe meines Erachtens nicht.

Jeder Nachfolger Reagans wird bei seiner Eröffnungsbilanz vor dem Zwang stehen, die gesamte amerikanische Position neu zu bestimmen. Die interne Verschuldung der USA dürfte dann die dritte Billion erreicht haben - auch mit Gramm/Rudman;-, wovon wahrscheinlich fast eine Billion Dollar Außenverschuldung sein werden. Die Versuchung besteht, diese Verschuldung zu monetarisieren. Aber die Amerikaner wissen natürlich, welche Schäden das im Außenverhältnis nach sich ziehen würde. Die Amerikaner werden aber auch versuchen, kostengünstigere Entwicklungen zu durchdenken. Dabei liegt sogar der Versuch eines sowjetisch/amerikanischen Kondominiums auf der Hand, wie es vor kurzem zum Beispiel in einem Aufsatz in "Foreign Policy" dargestellt wurde. Die think-tanks sind also bereits dabei, die weitreichenden Optionen der nächsten Eröffnungsbilanz zu diskutieren und auch schon öffentlich darzustellen.

Ich sehe nun eine europäische Chance darin, daß wir durch verstärkte Anstrengungen und durch schnellere Konsolidierung des Einigungsprozesses erhebliche Gestaltungschancen gewinnen und unsere Position in der Welt entsprechend verbessern können.

Dafür sehe ich fünf Hauptaufgaben, die Europa bewältigen muß: erstens Schaffung eines europäischen Binnenmarktes; zweitens ein einheitliches Währungssystem; drittens gemeinsame Technologie-Entwicklung; viertens gemeinsame Anstrengungen für eine Reform der wirtschaftlichen Struktur einschließlich einer Reform der Agrarpolitik und einer wirksamen Hilfe für die Entwicklung unserer Mittelmeerpartner; fünftens institutionelle und haushaltsmäßige Konsolidierung der Gemeinschaft. Wenn es gelänge, diese fünf Aufgaben zu erfüllen, würden sich Europas Möglichkeiten, eine verantwortliche Rolle in der Weltpolitik zu spielen, erheblich verbessern.

Die eigentliche Frage ist, wie schaffen wir es, angesichts der realen Machtsituation in den einzelnen Mitgliedstaaten, wirklich weiterzukommen? Dabei kommt eine ganz wesentliche Bedeutung dem Unwillen und der Unfähigkeit der nationalen Bürokratien zu, mit diesem Problem fertig zu werden. Das ist es, was eigentlich mit "Eurosklерose" gemeint ist - nicht nur die Unfähigkeit der Ministerräte, konzeptionell über den Tag hinaus zu denken. Die Politiker führen leider oft nicht die Bürokratien, sondern lassen sich von ihnen führen.

Nach dem Jahre 2000 wird es auf dieser Erde bald 8 Milliarden Menschen geben, von denen die Sowjetunion mit vielleicht 300 Millionen Einwohnern auf einen Anteil an der Weltbevölkerung von nicht mehr als 3,75 Prozent kommen wird. Die europäische Bevölkerung dürfte insgesamt 4,25 Prozent ausmachen, während die der Vereinigten Staaten kaum über 4 Prozent hinauskommen wird. Wenn man die Zahlen aus China, Indien und anderen Weltregionen dagegenhält, stellt sich die Frage, ob es angesichts dieser Weltentwicklung und ihrer Korrelationsänderungen überhaupt realistisch ist, anzunehmen, daß die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten oder Europa auf die Dauer, gestützt auf jeweils circa 4 Prozent der Weltbevölkerung, allein in der Lage sein werden, dominierende Positionen in der Welt aufrechtzuerhalten oder zu beanspruchen. Stellen sich hier nicht vielmehr dringende Fragen nach einer besseren Weltorganisation? Sollten wir uns in Europa nicht rechtzeitig darüber Gedanken machen und dabei auch eine konzeptionelle Führungsrolle nicht scheuen?

Griffith

Ich stimme völlig zu, daß die Einigung Europas wichtig ist, damit Europa weder zum Satelliten der Sowjetunion wird noch in finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten gerät. Ich meine, das war damals auch die Intention von Jean Monnet und den Amerikanern, die zu jener Zeit mit ihm zu tun hatten. Wir alle hatten den Wunsch, daß Europa nicht dort stehenbleiben sollte, wo es 1950 stand.

Es überrascht nicht, daß sich dies inzwischen geändert hat. Zweifellos haben wir zeitweilig versucht, der Förderateur Europas zu sein. Heute würde uns jeder Versuch in dieser Richtung mit Recht übelgenommen. Er wäre in jeder Hinsicht kontraproduktiv. Helmut Schmidt hat mehrfach davon gesprochen, die Amerikaner seien optimistisch, vielleicht zu oberflächlich und sicher naiv. Da hat er vollkommen recht. Optimismus liegt in unserer Tradition, wenn man einmal von einer gewissen Entfremdung einiger schöpferischer Intellektueller absieht. Jedes Land mit einer offenen Grenze, wie es die Vereinigten Staaten oder auch Rußland sind, braucht diesen Optimismus. Alles in allem glaube ich nicht, daß wir darunter allzusehr leiden.

Daß viele Amerikaner, verglichen mit den Europäern, naiv sind, ist vermutlich richtig. Hätte Europa nicht in zwei Weltkriegen politischen Selbstmord begangen, wären wir nicht in der Position, die wir heute einnehmen. Wahrscheinlich wäre es für die Vereinigten Staaten und für die Welt besser gewesen, wenn wir erst später dahin gelangt wären. Aber das Bessere ist der Feind des Guten, und am Ende des Zweiten Weltkrieges ging es in der Tat um die Frage, wer das Vakuum in Europa ausfüllen würde.

Was hier über Kondominium gesagt wurde, dem kann ich nicht zustimmen. Es ist unvermeidlich, daß jeder Europäer, der nach mehr Autonomie verlangt, in Zeiten der Entspannung das Kondominium fürchtet, und wenn Kriegsgefahr droht, Angst vor der Konfrontation hat. In dieser Hinsicht können wir die Europäer vermutlich nie ganz zufriedenstellen. Da wir Amerikaner stets geliebt werden wollen, ergibt sich daraus sowohl für uns als auch für die Europäer eine Art Dauerproblem.

Ich bin nicht der Meinung, daß es auch nur annähernd zu einem Kondominium mit der Sowjetunion kommen wird, und zwar im wesentlichen aus Gründen, die Helmut Schmidt nannte. Der unveränderte russische Expansionsdrang seit Iwan III., gewissermaßen verstärkt, wenn auch nicht primär geprägt, vom Marxismus-Leninismus. Das wird von Zeit zu Zeit seine Fortsetzung in verschiedenen Gebieten der dritten Welt finden, verstärkt durch lokale und regionale Krisen, die weder wir noch die Sowjets verursachen und auch nicht kontrollieren können. Doch keiner von beiden wird der Versuchung widerstehen, diese Krisen für seine eigenen Zwecke auszunutzen. Das wird wahrscheinlich noch zunehmen. Die dritte Welt befindet sich immer in unmittelbarer Gefahr, überschwemmt zu werden, was man im Falle Bangladeschs ganz wörtlich nehmen kann.

Helmut Schmidt hat zu Recht auf das Verschuldungsproblem der dritten Welt hingewiesen. Inwieweit kann hier etwas getan werden? Ich weiß es nicht. Aus amerikanischer Sicht stellt Mexiko den bei weitem ernstesten Fall dar. Bislang hat die Entschlossenheit Paul Volcker und der New Yorker Banken Mexiko vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt. Aber wie lange ist das möglich?

Helmut Schmidt hat eine entscheidende Frage für die Ost-West-Beziehungen aufgeworfen: Wird die Sowjetunion auch in Zukunft, wie in der Vergangenheit, in der Lage sein, in der Militärtechnologie mit dem Westen, speziell mit den Vereinigten Staaten, immer in einem Zeitraum von rund fünf Jahren gleichzuziehen? Wird dies insbesondere bei SDI der Fall sein? Diese Frage ist deshalb so gravierend, weil, wie Helmut Schmidt unterstrichen hat, SDI in erster Linie auf der Entwicklung von Super-Computern basiert, die Prozeß- und Rückkopplungsinformationen verarbeiten. Auf diesem Gebiet liegt die Sowjetunion aber weit zurück. Das SDI-Programm wird die Entwicklung in der Computertechnologie sehr stark voranbringen. Dafür werden jährlich drei Milliarden Dollar bereitgestellt.

Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß IBM im Jahr sieben Milliarden Dollar für Forschungszwecke ausgibt. Ich erwähne IBM, weil dieses Unternehmen am stärksten multinational ausgerichtet ist mit weltweiten Forschungseinrichtungen in Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und wo immer und alle neuen Erkenntnisse auf diese Weise sofort in die Forschungszentrale von IBM in New York gelangen. Die Sowjets sehen sich also über die multinationalen amerikanischen und japanischen Computergesellschaften nicht nur den Vereinigten Staaten, sondern dem gesamten Westen einschließlich Japan gegenüber.

Aus diesem Grunde stellen sich in den Vereinigten Staaten viele die Frage - nicht nur diejenigen, die Rußlands Abstieg erzwingen wollen;- , ob sich die Sowjetunion nicht tatsächlich in einem Niedergang befindet. Das bedeutet nicht, daß die Sowjetunion im Begriff ist, zusammenzubrechen oder daß man diesen Zusammenbruch erzwingen könnte. Es heißt ganz gewiß nicht, daß die Großrussen dabei sind, einen Teil ihres Machtmonopols aufzugeben. Denn das wäre das Ende des russischen Imperiums; die Sowjetunion würde dann nicht länger eine Supermacht bleiben. Eine große Schwäche der Sowjetunion besteht darin, daß sie es fertiggebracht hat, sich nahezu von allen anderen potentiellen oder tatsächlichen Nuklearmächten zu isolieren.

Aus allen diesen Gründen ist das Schlüsselproblem in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, ob die Vereinigten Staaten angesichts ihrer wachsenden Überlegenheit auf dem Gebiet der Mikroelektronik bereit sind, wie das beim ABM-Vertrag der Fall war, die Überlegenheit einseitig zu begrenzen, um zu Rüstungskontroll-Vereinbarungen zu gelangen und zumindest zu verhindern, daß sich die Nuklearbeziehungen zunehmend destabilisieren. Was verlangen die Vereinigten Staaten dafür von der Sowjetunion, und wieviel will die Sowjetunion dafür bezahlen? Man kann die Frage nur aufwerfen.

Ich stimme Helmut Schmidt auch zu, daß Herr Gorbatschow aus einer Reihe von Gründen, nicht zuletzt aufgrund seiner persönlichen Fähigkeit, der wahrscheinlich wirkungsvollste Kommunikator nach Westeuropa ist von allen Russen einschließlich Lenin. Man kann dies in der Bundesrepublik, in

Großbritannien und anderswo beobachten. Bedauerlicherweise ist die amerikanische Administration gegenüber der europäischen Öffentlichkeit gegenwärtig nicht so effektiv, obwohl die Konsultation mit den europäischen Regierungen, wie Volker Rühle gesagt hat, wieder besser geworden ist.

Grundsätzlich wäre ich etwas optimistischer als Helmut Schmidt, zum einen, weil ich Amerikaner bin, zum anderen, weil ich den Eindruck habe, daß die Sowjetunion nicht an Boden gewinnt, sondern sich eher in einer Abstiegsphase befindet, und weil ich drittens der Meinung bin, daß das europäisch-amerikanische Bündnis mit all seinen Problemen aus den Gründen, die hier genannt worden sind, vermutlich weiterbestehen wird.

Gasteyger

Was die Zukunft der Sowjetunion angeht, scheint mir bei vielen amerikanischen Experten - das gilt nicht für Herrn Griffith - eine gewisse Hoffnung mitzuschwingen, daß die Sowjetunion tatsächlich den Zenit ihrer Macht überschritten habe und sich jetzt in einem allmählichen Niedergang befinde. Offenbar meint man, damit würde sich dann auch das Hauptproblem der amerikanischen Politik - nämlich der ständige Konflikt und Wettbewerb mit dem ideologischen und strategischen Hauptgegner fast von selbst lösen. Ich glaube nicht, daß irgend jemand hier mit dieser Beurteilung übereinstimmen wird. Mit der Sowjetunion wird noch lange Zeit zu rechnen sein.

Aber unabhängig einmal von dieser Einschätzung der Lage: Welche Wirkung würde denn ein Niedergang der Sowjetunion, wie immer er auch erfolgen mag, auf die Weltpolitik haben? Eine geschwächte oder gar auseinandergebrochene Sowjetunion im Jahr 2000 oder darüber hinaus würde sich doch für die Weltpolitik und auch für Europa in einer Weise auswirken, wie wir uns das heute kaum vorstellen können. Darüber sollte man sich einmal ausführlich Gedanken machen.

Zwei Fragen möchte ich an Präsident Delors stellen. Herr Delors hat gesagt, Europa habe immer nur aus Abwehr gegen eine Herausforderung von außen Fortschritte gemacht. Erst war es die Sowjetunion, dann war es die OPEC, seit langem ist es auf wirtschaftlichem und technologischem Gebiet Japan; heute sind es in zunehmendem Maße die Vereinigten Staaten; morgen vielleicht, wenn zutrifft, was Herr Schmidt gesagt hat, China, die Europa herausfordern. Herr Delors hat sicher nicht unrecht, wenn er in der amerikanischen Administration die Tendenz zu einem wachsenden Unilateralismus bedauert. Meine Frage ist aber, ob man diesen Unilateralismus nicht auch als eine Chance für Europa ansehen kann, selbst wenn auf dem einen oder anderen Gebiet das Risiko einer Konfrontation besteht? Kann Europa nicht in Reaktion auf den amerikanischen Unilateralismus vorankommen? Wie beurteilt Herr Delors in diesem Zusammenhang die Aussichten des bevorstehenden Gipfeltreffens in Tokio?

Die zweite Frage betrifft die sicherheitspolitische Komponente der Europäischen Gemeinschaft. Da sind zunächst einmal die zunehmenden verschiedenartigen Bedrohungen der europäischen Sicherheit. Sie sind sicher eine Folge der gewachsenen Verletzlichkeit Europas und der europäischen Gesellschaft. Auch Herr Delors hat den Terrorismus erwähnt, aber einen Aspekt hinzugefügt, der uns zu denken geben muß, nämlich die Entwicklung im Libanon. Damit ist die Frage nach der europäischen Präsenz im Mittleren Osten aufgeworfen: Wieweit darf Europa mehr oder weniger passiv dem gegenüber bleiben, was sich an Tragödien im Zerfall eines Landes mit seinen weit in den Mittelmeerraum ausstrahlenden Wirkungen abspielt?

Eine weitere Herausforderung sind die neuen Technologien. Sie werden erhebliche Wirkungen auf die Strategieüberlegungen, die Rolle Europas im strategischen Bereich haben. Europa hat bis jetzt kaum eine gemeinsame Antwort auf die rein technologischen Aspekte gefunden - auch ein Projekt wie EUREKA reicht hier bei weitem nicht aus. Es hat erst recht keine Vorstellungen entwickelt, in welcher Weise diese Technologien politisch und strategisch nutzbar gemacht und konzeptionell als Ganzes zugunsten einer stärkeren Rolle Europas erfaßt werden können.

Mit anderen Worten, wir müssen feststellen, daß Europa, die Europäische Gemeinschaft, in der Formulierung sicherheitspolitischer Fragen und Alternativen ein Defizit aufweist. Dies zu beheben, ist nicht von einer Wiederbelebung der stets in neuen Schlummer fallenden Westeuropäischen Union zu erwarten. In den Luxemburger Beschlüssen gab es vorsichtige Hinweise auf ein Überdenken der sicherheitspolitischen Rolle und Möglichkeiten der Europäischen Gemeinschaft. Reicht das aber aus?

Wer spricht denn für Europa, wenn es um die von Herrn Delors genannten sicherheitspolitischen Probleme geht, die weit über jene hinausreichen, mit denen wir bis vor einigen Jahren konfrontiert wurden?

Löwenthal

Wie ist die sowjetische Entwicklung heute einzuschätzen? Helmut Schmidt hat natürlich recht, daß sich Rußland in allen Phasen seiner Geschichte seit Iwan dem Schrecklichen immer wieder darum bemüht hat, seinen Einfluß auszudehnen, insgesamt mit bedeutendem Erfolg, wenn auch nicht zu allen Zeiten gleichermaßen. Im 19. Jahrhundert zum Beispiel hat Rußland nach dem Ende der Heiligen Allianz im Krimkrieg seinen Einfluß im wesentlichen auf Gebiete in Asien ausgedehnt und Europa mehr oder weniger in Ruhe lassen müssen.

Heute befinden wir uns in einer Situation, in der die sowjetische Führung nicht etwa grundsätzlich den Versuch aufgegeben hat, ihren Einfluß weiter auszudehnen, aber sich doch sehr überlegt, wo dafür noch reale Chancen bestehen. Wenn man die neuen sowjetischen Dokumente der Ära Gorbatschow zu interpretieren versucht, wird deutlich, daß die Sowjetunion zu Amerika, zu Europa und zur südlichen dritten Welt ganz verschiedene Haltungen einnimmt.

Zu Amerika lassen sie erkennen, daß es sich um einen äußerst gefährlichen Gegner handelt, von dem man weiß, daß man ihn nicht besiegen kann. Deshalb würde man gern eine Besserung der Beziehungen erreichen. Gegenüber Europa streben die Sowjets eine gewisse Normalisierung an. Dies geschieht nicht in der Erwartung, sich Westeuropa schrittweise anzueignen - so optimistisch sind sie nicht;- , aber mit der Hoffnung, ein Verhältnis zu erreichen, bei dem die Europäer mit darauf hinwirken, daß die sowjetischen Beziehungen auch zu Amerika erträglich werden. Gegenüber dem südlichen Teil der dritten Welt dagegen haben sie die Absicht, ihre Expansion fortzusetzen.

So ist die Rede Gorbatschows vom 15. Januar 1986 in Ton und Sprache außerordentlich entgegenkommend - gegenüber den Amerikanern in einem Grade, den sie danach nicht aufrechterhalten konnten;- , während im letzten Teil dieses Dokuments ein wilder Angriff auf die Amerikaner mit Bezug auf die dritte Welt zum Ausdruck kommt. Dort gewinnt man den Eindruck, daß die heutige sowjetische Führung noch immer hofft, weiterhin die Chance zur Ausdehnung des Kommunismus zu haben, aber nicht mehr in den entwickelten Industrieländern. Das sollten wir sehr ernst nehmen. Das erklärt auch zum Teil die nicht einmal zweideutige Haltung der Sowjets in der Libyen-Frage. Sie identifizieren sich nicht mit der libyschen Terrorpolitik, aber sie suchen diese Politik zu nutzen, um ihren Einfluß in Afrika und im ganzen südlichen Mittelmeerraum zu verstärken.

Es ist wichtig, daß wir diese Vielschichtigkeit der gegenwärtigen sowjetischen Politik zur Kenntnis nehmen. Die Politik, die uns direkt betrifft, enthält deutliche Zeichen der Bereitschaft zu einer gewissen Entspannung mit Europa, um die Beziehungen zu Europa zu verbessern, nicht in dem Sinne, daß sich Europa von Amerika löst - so optimistisch sind die Sowjets nicht;- , aber mit der Hoffnung, daß die Europäer die Amerikaner beeinflussen. Hier deutet sich etwas an, das uns sehr wohl interessieren kann.

Mir scheint, daß die Angebote zur Verringerung der Rüstung ernst gemeint sind; sicher nicht in dem Sinne, daß alles in der Weise und so zügig durchgeführt werden kann, wie es offiziell vorgeschlagen wurde. Aber sie wollen zweifellos die unsinnig hohen Nuklearkosten verringern. Sie haben auch begriffen, daß die Hauptsorge der Europäer in dieser Frage ist, wenn es zu einem erheblichen Abbau der Nuklearwaffen kommt, was dann aus unserer ungünstigen konventionellen Bewaffnung wird.

Schmidt

Die in Wirklichkeit gar nicht so ungünstig ist.

Löwenthal

Das glaube ich auch; aber da haben die meisten Europäer einen anderen Eindruck, und das wissen die Sowjets. Deshalb haben sie auch ein Angebot zur Verringerung der konventionellen Waffen gemacht. Das sollte uns Europäer ernsthaft interessieren, nicht in dem Sinne, daß wir nun jedes Wort als gegeben hinnehmen, sondern indem wir das Angebot genau prüfen, um herauszufinden, wie sie sich die Entwicklung vorstellen. Wenn da etwas zu erreichen ist, so ist das für Menschen in unserer Situation, deren Gefährdung Helmut Schmidt so drastisch und eindrucksvoll geschildert hat, eine sehr wichtige Sache. Ich glaube, daß die Chance, in dieser Frage weiterzukommen, besteht, vorausgesetzt, daß wir uns in Europa untereinander darüber verständigen und auch mit den Amerikanern zu einer Übereinkunft gelangen, was etwas schwieriger sein wird.

Um diese Option offenzuhalten, muß man nicht annehmen, daß die Sowjetunion bereits im Niedergang begriffen sei. Tatsache ist, daß sie sich in den späten Breschnew-Jahren, als sie eine zeitweise Schwäche der amerikanischen Führung ausgenutzt hat, um wilde Vorstöße zu machen, übernommen hat. Nun wird sie von einer anderen amerikanischen Führung in eine schwer erträgliche finanzielle Situation gedrängt. Sie möchte diese Schwierigkeiten abbauen und mehr Kraft für die Art

von inneren Reformen finden, an denen Gorbatschow ganz offenkundig liegt. Das ist nicht im Sinne eines einseitigen Nachgebens zu verstehen. Er ist kein Mann, der einseitig nachgibt. Aber es ist im Sinne einer anderen sowjetischen Politik zu verstehen. Wir haben es heute mit einem Ansatz zu einer solchen anderen sowjetischen Politik zu tun - noch ist es nicht mehr als ein Ansatz. Im Sinne unserer Interessen und für unser Verhältnis zu Amerika haben wir die Pflicht, diesen Ansatz ernsthaft zu untersuchen und wenn möglich zu nutzen.

Griffith

Die Sowjetunion möchte in der Tat Einfluß auf Westeuropa gewinnen, insbesondere auf die Bundesrepublik. Helmut Schmidt sagte bereits, daß Gorbatschow das bislang recht geschickt gemacht hat. Es stimmt indes nicht, daß wir seine Vorschläge in Genf oder Wien nicht geprüft haben. Doch die Sowjets haben in den nachfolgenden

Gesprächen nicht sehr viel wirkliche Kompromißbereitschaft gezeigt. Ich hoffe, ohne eigentlich daran zu glauben, daß sie dies bis zu einem gewissen Grade doch noch tun werden.

Die Politik der Sowjetunion in der dritten Welt hat Herr Löwenthal richtig beschrieben. Ein Rückzug der Sowjetunion, das zeigt auch, wie er sagte, Gorbatschows Rede vor dem 27. Parteitag, ist jedenfalls nicht in Sicht. Im Gegenteil, es ist ein Rechenschaftsbericht über das, was man bisher erreicht hat. Man sollte vielleicht hinzufügen, daß sich in meinem Land eine wachsende Tendenz zu entwickeln scheint, diesen Erfolgen einen gewissen Widerstand entgegenzusetzen. Das gilt nicht nur für die Regierung und für die Republikanische Partei. Wer etwa den Kongreßabgeordneten Solarz kennt, der eine führende Rolle in der Demokratischen Partei spielt, der weiß, daß gerade er für amerikanische Militärhilfe an die nicht-kommunistischen Guerilleros in Kambodscha eintritt.

Arndt

Bei den Außenbeziehungen der Europäischen Gemeinschaft spreche ich das Verhältnis zur Sowjetunion an. Ich meine, daß die außenpolitischen Entscheidungen der Sowjetunion weitgehend mit der Innenpolitik zusammenhängen. Was Gorbatschow derzeit versucht - das ist mir in vielen Verhandlungen und Gesprächen deutlich geworden;- ist, die bestehende Führungsstruktur seines Landes aufzubrechen, damit frischer Wind in die Dinge kommt. 70 Jahre ist dort eine Partei an der Macht; da kann man sich vorstellen - und das wird von vielen sowjetischen Vertretern durchaus zugegeben;- wie stark die Verfilzung ausgeprägt ist, so daß sich kaum noch etwas bewegt.

Der "russische Filz" beherrscht die ganze Führungsstruktur in der Sowjetunion vom gehobenen über das mittlere bis hin zum unteren Management. Gorbatschow hat offenbar begriffen, daß er auch die Wirtschaft nur modernisieren kann, wenn es ihm gelingt, diese russische Führungsstruktur, die alle gesellschaftlichen Bereiche beherrscht, bis hinein ins Zentralkomitee, aufzubrechen und die anderen Völkerschaften stärker an der Führung zu beteiligen. Ob er damit erfolgreich sein wird, wird von vielen bezweifelt; denn er verletzt damit ohne Frage viele etablierte Interessen.

In diesen Zusammenhang gehören auch die Erklärungen Gorbatschows in London und Paris, die zum Inhalt hatten, die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft zu normalisieren. Das ist gewissermaßen der Versuch, die sowjetische Wirtschaftsstruktur durch die Konkurrenzsituation zur EG positiv zu beeinflussen. Ich meine also, dieser Schritt auf die EG zu hat vor allem auch innenpolitische Gründe.

Gegenwärtig verhandelt die EG-Kommission mit dem Rat des RGW, wobei sie eine Rahmenvereinbarung mit dem RGW davon abhängig macht, daß die zwölf Mitgliedstaaten des RGW auch direkte Verbindungen zur Europäischen Gemeinschaft aufnehmen können. Diese Möglichkeit einer direkten Vertretung der einzelnen Staaten in Brüssel wurde uns mehrfach sowohl vom RGW als auch vom sowjetischen ZK zugesagt. Auch zwischen dem Europäischen Parlament und den Parlamenten der einzelnen Mitgliedstaaten des RGW soll es gemeinsame Delegationen geben, das ist uns gerade in den letzten Wochen während eines Besuches in Rumänien deutlich gemacht worden. Entsprechend haben wir auch mit den Ungarn und mit den Tschechen verhandelt, die beim Zustandekommen engerer Beziehungen zur EG größere Möglichkeiten für sich selbst sehen.

Das sowjetische Interesse zielt derzeit eindeutig auf eine Ausweitung des Konsumbereichs. Deshalb sind sie auch so stark gegen SDI eingestellt, weil sie, um auf dem Gebiet mithalten zu können, so viel Geld investieren müßten, daß sie kaum noch etwas für den Konsum tun könnten, was sie aus innenpolitischen Gründen dringend für erforderlich halten. Auch hier spielt also die Innenpolitik eine große Rolle. Das sollten wir in der nächsten Zeit stärker nutzen.

Bondy

Gorbatschow gilt in der Sowjetunion als Reformler, als neuer Mann, nicht nur vom Alter her. Westliche Korrespondenten, die lange in der Sowjetunion waren, berichten jedoch, daß sich mit dem neuen Mann keineswegs große Hoffnungen verbinden, sondern daß weiterhin eine gewisse Resignation vorherrscht, daß sich nicht sehr viel verändern werde.

Wie sieht es aber im Verhältnis zu Osteuropa aus? Während die Westeuropäer keinen aktuellen Anlaß dazu haben, wächst die Furcht bei osteuropäischen kommunistischen Regimes, die von der sowjetischen Macht abhängen, vor dem "starken Mann" im Kreml. Sie erwarten, daß ihre relative Freiheit eingeschränkt werden könnte, insbesondere durch neue sowjetische Ansprüche einer stärkeren Orientierung ihrer Wirtschaft auf die Sowjetunion hin.

Wenn Gorbatschow vom "gemeinsamen Haus Europa" spricht, dann versteht man das in Osteuropa nicht als Chance für eine Öffnung des Systems etwa im Sinne des ungarischen oder des chinesischen Modells, schon gar nicht der westeuropäischen Lebens- und Wirtschaftsformen, die die Osteuropäer größtenteils ersehnen. Ich nehme Rumänien aus; dort ist die Verzweiflung so groß, daß man fast nichts mehr hofft oder fürchtet, weil es schlimmer kaum mehr werden kann. In den anderen osteuropäischen Ländern jedoch, vor allem in Ungarn, erwartet man eine gewisse Verschlechterung durch Gorbatschow, der neben all seiner Reformfreudigkeit zugleich die Dissidenten stärker kriminalisiert, die Strafen in den Lagern verschärfen läßt. Seine Stärke ist also doppelgesichtig: mehr Reformbereitschaft und mehr Repression.

Tornetta

Ich war von der cartesianischen Logik Herrn Delors' beeindruckt, als er den Dualismus von Autonomie und Abhängigkeit in den Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten definierte. Diese Definition macht deutlich, daß es heute darum geht, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden. Während die einen den amerikanischen Unilateralismus für die derzeitige Situation verantwortlich machen; beklagen andere mehr die mangelnde Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit auf Seiten Europas.

Wie kann man mit dieser Situation fertig werden? Ich sehe grundsätzlich zwei Wege: Wenn eine Annäherung zwischen unseren beiden Positionen erreicht werden soll, ist eine erste Voraussetzung, daß diese Positionen tatsächlich vorhanden sind, daß also beispielsweise auf Seiten der Europäer der Wille besteht, so etwas wie eine gemeinsame europäische Position zu erreichen. Das ist besonders auf Gebieten von strategischer Bedeutung wichtig.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, daß Europa auf einigen Gebieten in der Lage ist, im Sinne gemeinsamer Interessen etwas anzubieten. Dies gilt insbesondere in den Beziehungen zur dritten Welt, wo die Europäer traditionell eine gute Stellung haben. Was kann Europa etwa bei der gegenwärtigen Verwicklung im Mittelmeerraum tun? In der jüngsten Vergangenheit sind dort Fehler gemacht worden; es fehlte auf Seiten der Europäer an Koordination und am politischen Willen. Aber Europa trägt hier eine Mitverantwortung, weil es vor allem darum geht, den Terrorismus in Grenzen zu halten; lösen läßt sich dieses Problem sicher nicht. Es gibt keine gültige Strategie gegen den international operierenden Terrorismus; an schnelle Lösungen und Siege ist nicht zu denken. Aber es ist möglich, und das ist ein wichtiger Punkt, den Terrorismus einzudämmen und die gegenwärtigen Trends, die auf eine Eskalation hinauslaufen, umzukehren. Dies ist heute eine grundlegend europäische Aufgabe.

Europa kann und sollte sich in bezug auf den Mittelmeerraum an drei Leitlinien orientieren. Erstens sollte es um eine allgemeine Politik des Dialogs mit den dortigen Ländern bemüht sein. Speziell im Süden Europas gibt es hierfür eine ausgeprägte Tradition. Dieser Dialog sollte aufrechterhalten und möglichst weiterentwickelt werden. Wir müssen den arabischen Ländern mit Nachdruck klarmachen, daß die europäische Haltung eindeutig ist und wir keine normalen Beziehungen mit Ländern unterhalten können, die den internationalen Terrorismus unterstützen.

Zweitens sollten wir Europäer uns bewußt sein, daß es einige Länder wie Jordanien, Ägypten, Tunesien gibt, denen in der Zusammenarbeit Priorität zukommt und die in besonderer Weise wirtschaftliche und andere Unterstützung seitens der Europäischen Gemeinschaft erhalten müßten. In den anderen kritischen Gebieten ist Stabilität für Europa äußerst wichtig, und zwar um der Stabilität in der gesamten Region willen. Europa muß deutlich machen, daß neben diplomatischen Aktivitäten auch andere Maßnahmen gegen den Terrorismus in Europa nicht ausgeschlossen werden können.

Drittens bin ich der Meinung, daß Europa den Dialog mit den Ländern dieser Region nicht auf das Problem des Terrorismus beschränken kann. Wir dürfen die allgemeine Lage dort nicht außer acht

lassen, insbesondere nicht die Situation der Palästinenser. Seit August 1980, also seit der Erklärung von Venedig, hat Europa keinerlei Schritte in bezug auf die Palästinenser unternommen. Der seinerzeit in Gang gekommene Dialog wird wahrscheinlich nicht sobald von den Amerikanern fortgesetzt werden können. Hier könnten jetzt möglicherweise die Europäer die Initiative ergreifen, um den Dialog fortzusetzen. In den letzten Jahren sind gewiß einige neue Elemente in diesem Dialog aufgetaucht, und wir sollten versuchen, diese Überlegungen nicht erneut in einer Sackgasse enden zu lassen.

Altmann

Ich möchte die Frage der Einheit Europas als Voraussetzung seiner Weltgeltung methodisch auf zwei verschiedene Weisen angehen. Die induktive Methode geht von den tatsächlichen Verhältnissen aus, den vorhandenen Instrumenten und Organisationen, und prüft pragmatisch, ob und inwiefern damit die politische Vereinigung Europas zu schaffen ist. Dabei können wir dann feststellen, wo wir auf diesem Wege stehengeblieben sind und welche Kraftanstrengung unternommen werden müßte, um die jeweilige Organisation - EG, NATO, WEU - wieder flottzumachen. Bei diesen Bemühungen geht die nüchterne Analyse rasch in Hoffnungen und Wünsche, in wohlmeinende Absichtserklärungen, aber auch in Kritik und schließlich in Resignation über.

Einen anderen Ansatz bietet die deduktive Methode. Hier fragen wir nach einem Leitbild, nach der Definition gemeinschaftlicher Interessen, nach der Idee Europas in der Weltpolitik. Dabei erweist sich, daß es den Europäern an einer europäischen Idee fehlt. Europa, das ist heute die Summe einzelner Interessen und Wünsche. So behaupten die Deutschen etwa, ihre Ostpolitik geschehe im europäischen Interesse. Die Franzosen meinen das gleiche von der Bombardierung im Tschad.

Ich halte das alles, milde gesagt, für Selbsttäuschungen. Man kann auf einem Klavier zweihändig und vierhändig, aber nicht zwölfhändig spielen. Die zentrale Frage der europäischen Einigung und Weltstellung nach der Abdankung der europäischen Nationalstaaten ist die Abhängigkeit der Europäer von Amerika. Ohne diese Abhängigkeit wäre der Wille der Europäer zur politischen Einheit wohl gering.

Die andere Möglichkeit wäre die Abhängigkeit Europas von der Sowjetunion. Die Europäer müssen sich entscheiden, welcher dieser Abhängigkeiten sie den Vorzug geben. Sie können nicht zwischen den beiden Weltmächten Platz nehmen; das wäre ein Platz zwischen den Stühlen. Die Formel dafür heißt bei uns: Äquidistanz.

Die zentrale Frage ist also: Wie abhängig sind wir? Muß sich Europa einigen, um Autonomie gegenüber den USA zu gewinnen? Tatsächlich könnten die Europäer, selbst wenn sie sich politisch vereinigen würden, weder im Nahen Osten noch sonstwo in der Welt ohne die USA Weltpolitik betreiben. Das einzusehen, ist für die europäischen Staaten eine starke psychische Belastung. Damit müssen wir leben.

Auch wenn eine Vereinigung Europas die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten nicht aufheben kann, wäre es doch wichtig, die USA für die europäische Einigung zu gewinnen. Die beiden Föderationen Europas, der Gemeinsame Markt und die NATO, wären ohne die Initiative der USA in den 50er Jahren nicht denkbar gewesen. Sie waren damals der Förderateur Europas. Die jetzige Stagnation in Europa, trotz zahlreicher Fortschritte im Detail, erklärt sich auch daraus, das die USA ihr aktives Interesse an der politischen Einigung Europas nahezu aufgegeben haben. Würde man sich bemühen, die USA zu bewegen, die politische Einigung Europas aus eigenem Interesse wieder zu unterstützen, hätte das eine wesentlich größere Chance. Und wenn Herr Griffith hier die Frage stellte, inwiefern die USA Europa daran hindern, sich zu einigen, dann gleicht das der Frage eines Transportunternehmers an einen Kunden, der in eine größere Wohnung umziehen will, warum er überhaupt gebraucht werde; der Betreffende sei doch stark genug, seine Möbel selbst zu schleppen.

Auf der anderen Seite ist die Abhängigkeit Europas durchaus nicht so einseitig und absolut. Es läßt sich schwer vorstellen, wie die Vereinigten Staaten ohne Europa ihre Rolle als Weltmacht spielen wollten - das gilt nicht nur für die Macht- und Militärpolitik, sondern auch für die Weltwirtschaft und die Entwicklungspolitik. Unser Problem besteht nicht nur in der Kraftlosigkeit Europas, aus sich selbst heraus zu einer Einheit zu finden, es liegt nicht minder darin, daß die USA seit den 60er Jahren mit zunehmender Tendenz zu einer Art insularer Weltpolitik zurückgekehrt sind. Die amerikanische Weltpolitik gründet sich strategisch, ökonomisch, entwicklungspolitisch mehr und mehr auf das Bewußtsein, eine kontinentale Insel zu sein.

Ähnlich formuliert heute die Bundesrepublik wieder stärker die Tradition der kontinental-europäischen Politik mit dem Blick nach Osten. Das mag man im Kleinen wie im Großen als natürliche Rückfälle

bezeichnen. Damit verkennt man jedoch, daß die moderne Weltpolitik heute auf dem föderativen Prinzip basiert, und zwar in der ganzen Vielgestaltigkeit seiner Möglichkeiten. Das föderative Prinzip fordert sowohl großräumige regionale Autonomien wie die Formierung der funktionalen Interdependenzen.

Die Föderation Europas und seine Konföderation mit den USA stellt auf der einen Seite die Aufgabe, die Abhängigkeit in eine politische Form zu bringen, die den Bedingungen der Weltpolitik gerecht wird. Auf der anderen Seite verlangt diese Formierung die autonome Verfassung seiner politischen Einheit. Das ist aber nicht nur die introvertierte Aufgabe Europas, die Frucht seiner Selbstbesinnung, sondern auch eine Aufgabe Amerikas. Die klassische amerikanische Politik der Intervention reicht nicht aus. Es genügt auch nicht die technologische Überlegenheit der USA oder eine weltpolitische Entspannung mit den Sowjets.

Wenn wir so das föderative Prinzip als Konstruktionselement der modernen Weltpolitik erkennen, brauchen wir weder unsere Schwächen zu beweinen noch uns Illusionen darüber zu machen. Die Einigung und Autonomie Europas als Funktion der Weltpolitik zu konzipieren, müßte die eigentliche europäische Strategie sein.

Kohnstamm

Da ich in diesem Raum wahrscheinlich der älteste bin, ist mein Interesse weniger darauf gerichtet, was im Jahre 2000 sein wird, als sehr viel mehr darauf, was 1986 und 1987 geschehen wird. Wir sollten uns also wieder der Frage zuwenden, was der nächste Schritt sein könnte. Selbst wenn wir alle darin übereinstimmen, daß ein starkes Europa notwendig ist, können wir nicht sicher sein, ob Europa dazu in der Lage ist, und wenn wir den ersten Schritt nicht tun, werden wir auch den zweiten nicht machen.

Ich habe vor kurzem an einem europäisch-amerikanischen Treffen teilgenommen. Dabei kamen zwei Dinge zum Ausdruck, die auch für unser Gespräch hier von Interesse sein könnten. Zum einen herrschte dort das gleiche Empfinden wie hier, daß die Situation für 1986 zwar recht gut aussieht, unter der Oberfläche aber gefährliche Zeitbomben tickern. Bei der Verschuldungsfrage zum Beispiel war keiner der dort Anwesenden der Auffassung, daß sich dieses Problem im Augenblick lösen läßt. Zum US-Haushaltsdefizit stellte der anwesende Paul Volcker fest, daß es eher noch ansteigen, als sich verringern wird. Dann das Ölpreisdebakel; mitunter sind die Preise zu niedrig, wobei immer die Gefahr besteht, daß sie wieder sehr hoch hinauf schießen, wenn nichts dagegen getan wird.

Der letzte und wohl wichtigste Punkt, den wir hier auch schon angesprochen haben, betrifft die dialektische Spannung zwischen Abhängigkeit und Autonomie. Wenn diese Spannung zu groß wird, werden die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten erheblich in Mitleidenschaft gezogen.

Der andere Punkt, der in enger Verbindung zu unserer Diskussion steht, war die klare Meinung, daß wir heute an Stelle eines Weltwährungssystems ein Chaos haben. Es gibt auch kein weltweites Freihandelssystem mehr; GATT ist tot und kann nur wiederbelebt werden, wenn Freihandel mit einer größeren Kohärenz nicht nur im Hinblick auf die makroökonomischen, sondern auch die mikroökonomischen Politiken in der Welt zusammengeht.

Schmidt

Und mit größerer Stabilität im internationalen Finanzsystem und in der Wechselkurskonstellation.

Kohnstamm

Völlig richtig. Ohne eine gewisse Kohärenz geht es nicht. Wenn in diesen Dingen nichts getan wird, werden wir einen katastrophalen Rückschlag im Hinblick auf die ökonomischen Interdependenzen erleben.

Damit komme ich zu Europa; denn wir stehen hier genau in der gleichen Situation. Präsident Delors und Helmut Schmidt haben bereits betont, daß wir unmöglich bis 1992 einen gemeinsamen Markt schaffen können, wenn es uns nicht gelingt, das Problem der gegenseitigen Abstimmung der Wirtschaftspolitiken zu bewältigen und gleichzeitig das Europäische Währungssystem zu stärken. In diesem Punkt können uns meiner Meinung nach nur die Deutschen weiterbringen, so wie Frankreich den ersten Schritt in der Frage einer europäischen Verteidigung tun muß. Aber für die wirtschaftspolitische Abstimmung und Stärkung des Währungssystems haben nur die Deutschen den Schlüssel in der Hand. Denn nach den Erklärungen von Mrs. Thatcher können wir nicht hoffen, daß England hier eine Führungsrolle übernehmen wird.

Was mich schließlich optimistisch sein läßt - ich habe es bereits zu meinem Freund Helmut Schmidt gesagt;- , ist die glückliche Inkonsequenz, daß er einerseits ein Bild schwarz in schwarz malt und sich anschließend mit seinem Freund Giscard d'Estaing trifft, um eine pressure group ins Leben zu rufen, die sich um weitere Währungsintegration bemüht. Das ist genau der Punkt, wo der erste Schritt getan werden muß.

Weidenfeld

Es gab in der Geschichte europäischer Sicherheitspolitik zwei neuralgische Situationen. Die eine war die gescheiterte Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), wobei diese französische Idee ausgerechnet an Frankreich scheiterte. Die zweite Situation bezeichnete den Abschluß des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages.

Ich habe die Protokolle der Vier-Augen-Gespräche zwischen Adenauer und de Gaulle zur Vorbereitung des Vertrages sehr sorgfältig studiert. Sie zählen für mich zu den dramatischsten politischen Dokumenten, die ich kenne. Zwei Männer spüren, daß ihnen nicht mehr viel Zeit bleibt. Sie wollen die Architektur Europas verändern. Der Vertrag war von beiden in keiner Minute als ein bilateraler Versöhnungsvertrag gedacht; denn dieses Ziel war für sie längst erreicht. Es ging ihnen vielmehr um einen Vertrag zur Führung in eine politische und sicherheitspolitische Union Europas.

Der Hintergrund war das Scheitern der Fouchet-Verhandlungen, die Erwartung, daß Amerika und Europa auseinanderdriften, und die Tatsache der sowjetischen Aufrüstung. Die Antwort lag für beide Staatsmänner in der politischen Union Europas. Wenn die anderen Länder sich nicht beteiligen wollten, dann müßten Frankreich und Deutschland dies eben zusammen auf den Weg bringen. Dieses politische Kapital ist später verschleudert worden. Die Erben haben damit nicht sehr viel anfangen können.

Ich habe nun den Eindruck, daß seit einiger Zeit das sicherheitspolitische Kapitel des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages wiederentdeckt worden ist, zuletzt mit dem Abkommen zwischen der französischen und der deutschen Regierung vom Februar 1986. Denn dieses Abkommen macht ja eigentlich nur Sinn im Hinblick auf weitere Schritte in Richtung der sicherheitspolitischen Identität Europas.

Was die Kernfrage der Strategie angeht, auch im Sinne der Intervention von Max Kohnstamm, so haben wir hier eine ganze Reihe düsterer Szenarien gehört. Europa habe abgedankt, hieß es; ein Woody-Allen-Szenarium wurde von Jacques Delors geboten. Es entspricht wohl der jeweiligen Gemüts- oder Temperamentslage, vielleicht auch ein Stück weit der politischen Erfahrung. Zu fragen bleibt, ob sich nicht auch ein paar andere Farbtupfer in eine solche Lagebeurteilung einfügen lassen. Zweifellos trifft es doch zu, daß man zu den aufgeworfenen Grundsatzfragen seit Ende der 60er Jahre die gleichen Themen und Besorgnisse immer wieder am runden Tisch traktieren kann. Es besteht ein gewisser Kreislauf, der die Argumentation erleichtert, der uns aber nicht sonderlich weiterführt.

Es wurde jetzt angekündigt, den europäischen Binnenmarkt bis 1992 zu schaffen. Ich darf daran erinnern, daß 1970 beschlossen wurde, bis 1980 die Wirtschafts- und Währungsunion zu vollenden. 1972 wurde beschlossen, bis 1980 die Europäische Union zu schaffen. Aus alledem ist nichts geworden. Die EG geht sehr großzügig mit ihren eigenen Fristsetzungen um, was nicht ohne psychologische Konsequenzen bleibt.

Vor dem Hintergrund der Kontinuität von Themen und Problemen hat man den Eindruck, daß die Westeuropäer in einer Art "Politikverflechtungsfalle" sitzen. Das heißt, die Verflechtung zwischen den Staaten ist so intensiv, daß niemand mehr heraus kann; aber die Kooperation der Egoisten in Europa läßt eine konstruktive Veränderung der Entscheidungslogik nicht zu. Insofern ist für mich die entscheidende Frage in der Tat die nach der Strategie.

Was ist denn zu tun, wenn wir in der Lagebeurteilung weitgehend übereinstimmen? Was ist der nächste Schritt? Jacques Delors hat zwei Strategiebilder kurz skizziert. Zum einen ein Bild vom gregorianischen Choral. Dieser zeichnet sich dadurch aus, daß man keine einzelne Stimme aus dem Klangkörper heraushören darf; die Stimmen müssen vollkommen zur Einheit verschmelzen. Auch in den Chefetagen der Europäischen Gemeinschaft wird man hoffentlich noch so viel Bodenberührung haben, um zu wissen, daß dies wohl kein Zukunftsbild von Europa sein kann. Man wird in Europa auch in Zukunft sicher unterschiedliche Töne und Stimmlagen heraushören.

Worum es im Grunde geht, ist doch, die Aufgaben, die längst über die staatlichen Grenzen hinweg ausgewandert sind, wieder politisch einzufangen. Logischerweise haben mit dem Auswandern der Aufgaben die Staaten Stück für Stück ihre Steuerungsfähigkeit verloren. Deshalb kommt es darauf an,

diesen Anachronismus - das Auseinanderklaffen von Problemstruktur und Entscheidungsstruktur - wieder aufzuheben.

Das zweite Bild von Jacques Delors war mir schon sehr viel einleuchtender: die variable Geometrie Europas. Wenn man ein solches Bild zeichnet, muß man die Variablen nennen und sagen, wer sich welchen Variablen zuwenden und wer welche Schritte initiieren soll. Wenn man das organisieren und damit die Handlungsfähigkeit Europas steigern will, dann liegen die Defekte, die gegenwärtig die Handlungsfähigkeit Europas beeinträchtigen, klar auf der Hand. Man müßte deutlich sagen, wie man sie abschaffen will und welche realistischen Möglichkeiten man dazu sieht.

Die Defekte sind klar: Es fehlt der Europäischen Gemeinschaft ein handlungsfähiges Entscheidungszentrum. Wo ist denn am Horizont der Ideen dieses handlungsfähige Entscheidungszentrum zu sehen? Es fehlt der Europapolitik an Effizienz und Transparenz in den Entscheidungsprozeduren. Es fehlt ein umfassendes parlamentarisches Fundament. Es kann sich doch niemand einbilden, wir könnten die westlichen Demokratien zusammenschließen, ohne auf dieser neuen Ebene der Entscheidung existentieller Fragen den Volkssouverän zu berücksichtigen. Wenn man das Bild einer variablen Geometrie Europas vor Augen hat, dann stellt sich doch die Frage: Welcher Akteur unternimmt welchen Schritt mit welchen Konsequenzen? Ich bin gespannt auf die Antwort.

Delors

Seinen Beitrag hat Präsident Delors nicht zur Veröffentlichung freigegeben

Udgaard

Mein Eindruck ist, daß beide Referenten, weniger Präsident Delors, vor allem Altbundeskanzler Schmidt, den Problemen, die sich im Verhältnis zu den USA stellen, ein wenig ausweichen. Herr Schmidt sagt, die Interessen Europas müßten so und so definiert werden; es gehe immer nur mit und nie gegen die USA. Das heißt doch - um einen deutschen Ausdruck zu gebrauchen - "die Machtfrage" stellen. Läuft eine solche Argumentation nicht tatsächlich darauf hinaus, im Bündnis gegenüber den Amerikanern die Machtfrage zu stellen?

Das gilt auch für die internationale Ökonomie. Wenn man zu Recht feststellt, man sei nicht konsultiert worden, weder bei der Waldspaziergangsfrage noch bei SDI, noch in den großen wirtschaftlichen Fragen, die ausschließlich aus inneramerikanischen Erwägungen entschieden werden, und hinzufügt, das dürfe nicht so weitergehen, dann heißt das doch, auf irgendeine Weise müßte in diesen Gremien die Machtfrage gestellt werden. Die Westeuropäer wollen nicht nur bessere Konsultationen, sie wollen mehr Einfluß. Ich denke etwa an die Westeuropäische Union. Herr Griffith hat gesagt, die USA hätten die Bestrebungen Europas meistens unterstützt. Ich schätze die heutige Lage jedoch so ein, daß die Amerikaner eine Wiederbelebung der WEU nicht ermuntern werden.

Herr Schmidt sprach zu Beginn unseres Gesprächs davon, daß Europa seine Interessen definieren müsse. Das ist sicher richtig, wenn man eine rationale Politik führen und klare Ziele erreichen möchte. Befinden wir uns aber zur Zeit nicht in einer Phase, in der es eher darum geht, klarzumachen, wer die Probleme definiert und wer die Entscheidung trifft? Häufig ist es in der Politik mindestens genauso wichtig, vielleicht noch wichtiger, feststellen zu können, wer eine Entscheidung getroffen hat, als wie die Entscheidung zu beurteilen ist. Ob die Entscheidung richtig oder falsch ist, im geschichtlichen Sinne, ist möglicherweise nicht so wichtig wie die Frage, von wem und wie diese Entscheidung getroffen wurde.

Es wurde von der europäischen Verteidigungsidentität gesprochen. Wenn man wie ich aus einem kleinen Land kommt, wo Verteidigungsfragen häufig diskutiert werden und in den letzten 10 Jahren zu einem Teil der täglichen öffentlichen Debatte geworden sind, ist es für die Wähler und für die Öffentlichkeit von großer Bedeutung, daß die politischen Entscheidungen von der eigenen Regierung mit getroffen werden. Das kann oft wichtiger sein als der Inhalt dieser Entscheidung. Die Öffentlichkeit kann meist gar nicht beurteilen, ob eine Entscheidung richtig oder falsch, ob sie langfristig klug oder unklug ist. Aber sie hat ein Gespür dafür, ob man hier mit entschieden oder nur im nachhinein etwas gebilligt hat. Um diese politische Notwendigkeit mit zu definieren und mit zu entscheiden, geht es bei der Frage der europäischen Verteidigungsidentität. Eine europäische Verteidigungspolitik würde in der Bevölkerung dann stärker unterstützt werden, wenn die Wähler klar erkennen können, wer entschieden hat und auf welche Weise.

Löwenthal

Ich glaube nicht, Herr Udgaard, daß sich in diesem Hause Leute befinden, die meinen, Amerika die Machtfrage stellen zu müssen. Solange die Sowjetunion für uns manchmal eine akute, aber immer eine potentielle Gefahr darstellt und wir uns außerdem einer zunehmend akuten Gefahr seitens des islamischen Fundamentalismus ausgesetzt sehen, müßten wir einigermaßen verrückt sein, den Vereinigten Staaten die Machtfrage zu stellen.

Was jedoch gegenüber den USA dringend erforderlich ist, ist, daß wir die Möglichkeit eines Einflusses auf sie zurückgewinnen, den wir zur Zeit nicht haben. Wir können aber den Einfluß nur wiederherstellen, wenn es uns gelingt, den Amerikanern klarzumachen, daß wir in den wesentlichen Fragen gegenüber der Sowjetunion und auch gegenüber den islamischen Fundamentalisten gemeinsame Interessen verfolgen, selbst wenn wir in einigen wichtigen Punkten unterschiedliche Auffassungen über die richtige Art haben, diese Interessen zu vertreten. In einer Situation, in der man mit jemandem gemeinsame Interessen hat, aber verschiedene Auffassungen, wie sie zu vertreten sind, stellt sich nicht die Machtfrage; vielmehr ist es wichtig, daß beide Seiten sich darüber Gedanken machen.

In dem Zusammenhang eine zweite Bemerkung, die das illustrieren mag. Herr Weidenfeld hat auf die Gespräche zwischen Adenauer und de Gaulle vor Abschluß des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages hingewiesen. Ich teile die Bewunderung dieses Vertrages durch Helmut Schmidt und durch Herrn Weidenfeld nicht, und zwar deshalb nicht, weil die de Gaullesche Politik in dieser Frage im Kern darauf hinauslief, Europa zu Partnern der Sowjetunion ohne die Amerikaner zu machen. Das war auch der Grund, warum damals viele Menschen - ich glaube, auch Helmut Schmidt gehörte seinerzeit dazu - gegenüber diesem Vertrag Bedenken hatten. Diese Bedenken waren begründet. De Gaulle hat dann versucht, ohne Deutschland ein Sonderverhältnis zur Sowjetunion zu schaffen. Das ist gescheitert. Der erfolgreiche Versuch, zu einem erträglichen Verhältnis mit der Sowjetunion zu kommen, nämlich durch die Entspannungspolitik, ist deshalb gelungen, weil er parallel von den Amerikanern und der Bundesrepublik verfolgt wurde. Das wollen wir nicht vergessen.

Rühe

Wenn wir die Rolle Europas stärken wollen, müssen wir zunächst die Gegenwart richtig analysieren. Ich halte unbegründeten Pessimismus für genauso falsch wie unbegründeten Optimismus. Formulierungen wie von Herrn Löwenthal, wir hätten zur Zeit überhaupt keinen Einfluß auf die USA, oder von Helmut Schmidt, der von der Abdankung Europas spricht und meint, Europas Einfluß sei seit dem Regierungswechsel in Frankreich von Giscard zu Mitterrand und in Deutschland von Schmidt zu Kohl ständig zurückgegangen, entbehren für mich jeder Realität. Ich verweise nur auf die konkreten Punkte, die ich bereits genannt habe und die bisher nicht widerlegt worden sind.

Noch einmal zur Sicherheitspolitik. Die Strategiediskussion bei SDI, die geführt werden muß, ist abhängig von der Architektur von SDI, die noch völlig offen ist. Unsere politische Unterstützung bezieht sich ausdrücklich - das ist sehr ernst gemeint - nur auf die Forschung. In diesem Punkt sind wir mit den Amerikanern einig.

Was das Problem "first use" angeht, so ist der einzige konkrete Schritt, um von dem Ersteinsatz von Atomwaffen weniger abhängig zu werden, in den letzten vier Jahren erfolgt: Beschluß von Montebello - einseitiger Abzug von 1500 Systemen. Es ist richtig, daß die Strategie seit 20 Jahren nicht verändert worden ist; aber die einzig konkrete Maßnahme, um weniger abhängig zu werden von dem, was Herr Schmidt die Strategie der Selbstvernichtung genannt hat, ist in den letzten vier Jahren durchgeführt worden.

Schmidt

Die ersten 1.000 Systeme sind schon vor dem Bonner Regierungswechsel abgezogen worden.

Rühe

Das war im Zusammenhang mit der bevorstehenden Nachrüstung. Da handelte es sich um einen Austausch: 1.000 Systeme sollten gegen 572 Pershings und Cruise-Missiles ausgetauscht werden.

Um so wichtiger war es in dem Zusammenhang ja, daß die weiterreichenden Pershings auch stationiert werden konnten. Wenn ich das einmal zugespitzt formulieren darf: Helmut Schmidt war zwar der geistige Vater der Nachrüstung, aber die tatsächliche Stationierung haben - wenn ich von den Engländern und den Italienern einmal absehe - Kohl und Mitterrand durchgesetzt. Ich erwähne auch Mitterrand, weil die Bundesrepublik Deutschland die Stationierung ohne seine Unterstützung sicher nicht durchgestanden hätte.

Löwenthal

Sie meinen Mitterrands Rede im Deutschen Bundestag.

Rühe

Ja. Diese Rede war für die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik von außerordentlicher Bedeutung. Da wurden konkrete Schritte deutlich, die von dem, was Herr Schmidt die Strategie der Selbstvernichtung genannt hat, wegführen. Auch der Elysée-Vertrag ist seit Februar 1982 in diesem Sinne neu belebt worden, indem zwischen der deutschen und der französischen Seite Konsultationen verabredet wurden, die es bis dahin nicht gab, nämlich was den Einsatz von prästrategischen Systemen angeht. Das ist doch ein sehr gewichtiger Schritt. Meine Bitte ist, das Erreichte nicht so herunterzuspielen, daß wir den Mut zu weiteren Schritten verlieren.

Unbefriedigend ist die Rolle der konventionellen französischen Streitkräfte und, wie ich finde, eine falsche Gewichtung bei den finanziellen Ausgaben, die Frankreich bei der nuklearen und der konventionellen Bewaffnung vornimmt. In diesem Punkt müssen wir im deutsch-französischen Verhältnis weiterkommen.

Wie steht es um den Einfluß der beiden Regierungen auf die Europapolitik? Man darf auch hier bei allen Problemen nicht geringschätzen, was erreicht worden ist. Nehmen Sie selbst die Agrarpolitik. Die Bundesregierung hat sich durch die Beschlüsse, die sie in den vergangenen Jahren mitgetragen hat, erheblichen Ärger bei ihren Wählern eingehandelt: Grenzausgleich. Begrenzung bei der Milchproduktion. Das wäre alles viel einfacher gewesen, wenn die Beschlüsse vor fünf oder sieben Jahren erfolgt wären. Dann hätte man den Bauern nicht die Kühe wegnehmen müssen, sondern ihnen nur zusätzliche verwehrt. Hier haben die deutsche, aber auch die französische Regierung erhebliche politische Lasten übernommen, nachdem gerade in der Agrarpolitik über lange Zeit so gut wie gar nichts passiert ist. Ich nenne außerdem die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, die auch nicht ganz einfach war, und die Lösung des englischen Finanzproblems.

Wir haben heute auch eine stärkere Kommission als in der Vergangenheit. Wenn die Wahlen in wichtigen europäischen Ländern vorüber sind, besteht durchaus die Chance, daß in diesem Bereich wichtige neue Beschlüsse gefaßt werden. Ich bin davon überzeugt, daß wir in den nächsten vier Jahren auch eine weitere Stufe beim EWS schaffen werden. Ich stimme Herrn Schmidt zu, daß dafür insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich wichtig ist.

In den letzten zwei bis drei Jahren haben sich die französische und die deutsche Wirtschaftspolitik stark angenähert. Frankreich hat heute eine fast so niedrige Inflationsrate wie die Bundesrepublik. Hier sehe ich sehr viel mehr Konvergenz, als es sie früher gegeben hat. Deshalb bin ich davon überzeugt, daß es auf diesem Gebiet weitere Beschlüsse geben wird. Das gleiche erwarte ich in dem wichtigen und mutmachenden Bereich der Technologiepolitik. Ich habe Hermes bereits erwähnt. Es kommt darauf an, hier Mittel freizumachen, die nicht nur wie bisher für die Erhaltung von alten Strukturen verwandt werden dürfen.

Ich fasse zusammen: Wir sollten uns in Europa alle miteinander Mut machen zu neuen konkreten Schritten und uns nicht gegenseitig in europäischen Depressionen bestärken. Es geht um die nüchterne Analyse dessen, was erfolgreich und was erfolglos gewesen ist. Ein solches Gesamtbild könnte uns davor bewahren, allzu verzagt in die nächsten Jahre hineinzugehen, wenn es darauf ankommt, den Einfluß Europas zu stärken.

Schmidt

Nur eine Fußnote zu Ihrer Bemerkung über die Rede von Mitterrand im Deutschen Bundestag. Ich hatte vorher mit ihm zwei Tage lang über alle Fragen geredet, die er dann zum Teil behandelt hat. Ich möchte es aber ganz deutlich sagen: Ich hätte mir diese Rede von jedem anderen lieber gewünscht als von Herrn Mitterrand, der nicht im Traum daran dachte und denkt, auch nur eine einzige amerikanische Waffe auf französischem Territorium zu stationieren, während er gleichzeitig die Pluton weiterentwickelt, die ausschließlich auf Ziele auf deutschem Boden gerichtet ist. Jeder andere wäre besser legitimiert gewesen als er. Aber Sie haben insofern recht, als die Rede zu dem Zeitpunkt nützlich gewesen ist.

Mein Anliegen ist nicht, Herr Udgaard, gegenüber den Amerikanern die Machtfrage zu stellen. Wenn ich aus irgendeinem Grunde aus der Bundesrepublik oder aus Europa verschwinden müßte, würde ich nirgendwo anders hingehen als in die USA. Ich fühle mich dort mehr zu Hause als in Norwegen, Belgien, Frankreich oder in England.

Mein Anliegen bleibt für die nächste Zeit - und war es seit einer Reihe von Jahren;- , den europäischen Regierungen und ihren Ministerräten hier in Brüssel vier Notwendigkeiten vor Augen zu stellen. Erstens, ihre europäischen Interessen zu erkennen, und zwar für 1986 ebenso wie für die 90er Jahre und im Hinblick auf das 21. Jahrhundert. Zweitens, sich klarzumachen, daß sie in den letzten zehn Jahren ihre Interessen in zunehmendem Maße unzureichend vertreten haben. Drittens, zu erkennen, daß sie ihre Interessen zukünftig nur dann besser vertreten können, wenn sie Freunde und Partner Amerikas bleiben und nicht zu dessen Satelliten, Vasallen oder Klienten im alten römischen Sinne absinken. Und viertens, zu begreifen, daß sie nur durch gemeinsame Planung, gemeinsames Handeln, durch integrative Fortschritte der intra-europäischen Einigung ihre Interessen besser geltend machen können als bisher. Darum geht es mir; das hat keine anti-amerikanische Spitze.

Von Max Kohnstamm fühle ich mich ebenfalls etwas mißverstanden. Wir sprechen hier über das Thema: "Findet Europa wieder die Kraft, eine Rolle in der Weltpolitik zu spielen?" Diejenigen, die diese Formulierung gewählt haben, sind offenbar der Meinung, Europa habe diese Kraft einmal besessen. Lassen Sie mich Ihnen sechs Beispiele auf drei verschiedenen Feldern nennen, wo heute gehandelt werden könnte.

Die ersten beiden Beispiele stammen aus dem ökonomischen Bereich. Ich fordere Sie auf, der deutschen Bundesregierung öffentlich hörbar zu sagen, sie solle alle öffentlichen Ausschreibungen in Deutschland, die durch Bundesregierung, Bundesländer, Bundesbahn oder Bundespost vorgenommen werden, europaweit machen. Die Bundesrepublik hat einen unerträglichen Handels- und Leistungsbilanzüberschuß und deshalb überhaupt keinen Grund, die heimische Wirtschaft vor der französischen Telefon-, der englischen Automobil- oder Eisenbahnwaggonindustrie zu bevorzugen. Wenn die Bundesrepublik mit EG-weiten Ausschreibungen vorangeht, werden andere Länder folgen.

Zweites Beispiel: Öffentlicher, durch das Fernsehen unterstützter Appell von Jacques Delors und anderen, die hier am Tisch sitzen, daß das jetzige Weltwährungssystem auf die Dauer den Welthandel zerstören muß. Heute vor einem Jahr, im März 1985, stand der Dollar auf DM 3,47; gestern, im April 1986, stand er auf DM 2,15. Wie soll denn da noch Freihandel funktionieren? In New York City, der größten Finanzstadt der Welt - demnächst von Tokio eingeholt;- , finden aufs Jahr gerechnet finanzielle Transaktionen statt, die den gesamten jährlichen Welthandel um das Tausendfache übertreffen, und das in einer Währung die rauf und runter geht wie ein Yo-Yo.

Schlußfolgerung: Wenn wir unsere Wirtschaft in die Lage versetzen wollen, bei Geschäften, die sie in fremder Währung abschließt, insbesondere bei Gegenständen, deren Lieferzeiten sich auf Jahre erstrecken, mit sicheren Einkünften zu rechnen, wenn wir also den freien Welthandel am Leben erhalten wollen, dann brauchen wir mehr Stabilität. Stabilität kann nur zwischen den Leitwährungen hergestellt werden.

Dazu ist eine europäische Leitwährung erforderlich, und das ist nur mit einem Europäischen Währungssystem möglich. Heute ist leider die DM in Europa so eine Art Leitwährung, eine Rolle, die sie auf Dauer politisch nicht spielen sollte.

Mein Vorschlag also: Herr Delors sollte öffentlich und privat an die deutsche Bundesregierung und an die Bundesbank appellieren. Die Regierung und die verantwortlichen Bankvorstände in Europa sollen erkennen, daß das gegenwärtige "Weltwährungssystem" den gemeinsamen Interessen der Europäer, ja, dem ganzen Welthandel schadet. Daran etwas zu ändern, dazu braucht es nur Entschlußkraft in Richtung auf Stärkung und Ausbau des EWS.

Zwei weitere Beispiele aus dem technologischen Bereich. EUREKA ist sicher gut, nur gibt es bisher kein follow-up. Auch da müßte Druck auf die Regierungen in Paris und vor allem in Bonn ausgeübt werden. Weltraumfahrt, Beobachtungssatelliten, solche Entwicklungen sollten europäisch vor sich gehen und nicht wie bisher in Abhängigkeit von den Amerikanern. Auch da müßte an die europäischen Regierungen appelliert werden, vor allem an die deutsche und die französische, in dieser Richtung etwas zu unternehmen. Was bei Airbus möglich war, warum soll das nicht auch bei der Raumfahrt gehen?

Zweites Beispiel aus dem technologischen Bereich. Wenn Engländer und Franzosen nun endlich den Tunnel gemeinsam bauen wollen, warum dann nicht gleich ein europäisches Schnellzugsystem schaffen, das von Marseille und London bis Kopenhagen reicht, so wie es das schon seit über zehn Jahren zwischen Tokio und Osaka gibt. Heute baut die Bundesbahn eine kleine Strecke zur Umgehung von Frankfurt; die Franzosen bauen eine kleine Strecke von Paris nach Lyon. Mit einem europaweiten Schnellzugsystem könnten sowohl der Luftverkehr als auch unsere Autobahnen entlastet werden, und auch Arbeitskräfte würden beim Bau benötigt.

Zwei weitere Beispiele aus dem strategischen Bereich. Lord Carrington möge durch persönliche Intervention und öffentliche Ansprachen daraufhinwirken, daß sich der hochwohlwöbliche Europäische Rat einmal mit Strategie beschäftigt. Man soll nicht einwenden, das gehe nicht, weil Irland neutral ist. Irland hat noch nie Schwierigkeiten gemacht, sich abends am Kamin an solchen Gesprächen zu beteiligen. Man soll auch nicht einwenden, das gehe nicht, weil die einen Nuklearmächte sind und die anderen nicht; die einen in der WEU sind, die anderen nicht.

In Europa sind heute, was den militärischen Status angeht, fünf verschiedene Kategorien von Ländern vertreten. Erstens die USA als atomare Supermacht; zweitens Frankreich und England als nukleare Mächte; drittens Belgien, Holland, Deutschland, die bereit sind, fremde nukleare Waffen auf ihrem Territorium abschußbereit zu stationieren; viertens Norwegen, Dänemark und andere, die ausdrücklich nicht dazu bereit sind, und fünftens einige Staaten, die nicht einmal bereit sind, einen amerikanischen, französischen oder deutschen General bei sich zu stationieren. Es gibt keinen zwingenden Grund, daß sie nicht alle miteinander über militärische Strategie reden.

Ein zweites Beispiel aus dem strategischen Feld. Warum sollte Lord Carrington nicht die europäischen Regierungen und den NATO-Rat auffordern, von Gorbatschow, der alle 14 Tage in einer Fernsehrede andere Abrüstungsvorschläge macht, zu verlangen, daß er konkrete Verhandlungsangebote in Genf auf den Tisch legt. Der enorme Public-Relations-Erfolg dieses Mannes hängt doch damit zusammen, daß niemand auf seine Vorschläge eingeht. Statt dessen starren die Europäer auf Gorbatschow wie auf eine Schlange, der ihnen die Wähler verunsichert und zu Neutralisten macht. Deshalb sollte man ihn unter Zugzwang setzen, damit er sich nicht länger in vagen Andeutungen ergehen kann.

Ich könnte Ihnen weitere Beispiele nennen, wo die Europäer aktiv werden könnten. Aber es geschieht auf keinem dieser Felder etwas; deshalb bin ich beunruhigt.

Ludlow

Ich fand die beiden Reden von Jacques Delors und Helmut Schmidt zutiefst pessimistisch - vielleicht war dieser Eindruck beabsichtigt;- , was übrigens im merkwürdigen Gegensatz zu einigen der sehr praktischen Vorschläge am Schluß der Ausführungen stand. Ich möchte zum Vergleich eine Diskussion heranziehen, an der ich vor einer Woche in Kalifornien zusammen mit einem europäischen Kommissar und einem führenden Kolumnisten teilgenommen habe. Dabei wurden wir von den Amerikanern nach unserer Einschätzung gefragt, wie es um die europäische Integration heute steht und wohin sie sich entwickelt. Ich würde unsere vorher nicht abgestimmten Antworten als vorsichtig optimistisch bezeichnen.

Warum waren wir optimistisch? Wenn man sich die Geschichte der Europäischen Gemeinschaft seit ihrem Beginn in den 50er Jahren näher ansieht, wird einem deutlich, wie sehr sich die gesamte Politik in den letzten 15 Jahren gewandelt hat. Wenn man auf die 50er Jahre zurückblickt, ist man von den damals getroffenen Vereinbarungen wirklich beeindruckt, von dem Ehrgeiz und der Tatkraft, aber gleichzeitig auch von dem begrenzten Charakter der damaligen Abmachungen. Es sind Abkommen für beschränkte Zwecke, keineswegs mit dem Ziel, die nationale Macht einzuschränken, sondern weite Räume zu schaffen, in denen sich die Nationalstaaten entwickeln konnten. Insbesondere verblieb den Nationalstaaten die Verfügungsmacht über die Schlüsselgebiete der hohen Politik wie Wirtschafts- und Währungspolitik und die Prioritäten der Sicherheitspolitik, die traditionell immer die Domänen souveräner Staaten waren.

So haben wir neben Fortschritten zu größerer Integration gleichzeitig eine bemerkenswerte Neubelebung von nationalen Initiativen auf Gebieten der hohen Politik und im Ergebnis ein erkennbares Auseinanderdriften der wichtigsten Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft erlebt. Wenn es stimmt, daß die Grundlage der Europäischen Gemeinschaft die deutsch-französische Zusammenarbeit war, so ist eines der Kennzeichen der 50er und 60er Jahre die Uneinigkeit zwischen Frankreich und Deutschland über Prioritäten der Wirtschaftspolitik gewesen.

Eine unvermeidliche Konsequenz dieser nachdrücklichen Behauptung nationaler Stärke und der wachsenden nationalen Divergenzen in Europa war die Entwicklung eines Systems des Bilateralismus innerhalb der Allianz. Nicht nur die Engländer hatten ihre "special relationship" zu den Amerikanern, sondern die Beziehungen aller europäischen Partner zu ihrem amerikanischen Verbündeten waren in letzter Instanz von größerer Bedeutung als ihre jeweiligen Beziehungen untereinander. Die multilateralen Beziehungen, die auf dem Gebiet der Sicherheit bestanden, sind letztlich von einer von Amerika beherrschten Organisation zustande gebracht worden.

Wenn man in dieser Hinsicht auf die letzten 15 Jahre zurückblickt, dann stellt man fest, daß die Kerngebiete der Politik, die der Gemeinschaft in den 50er Jahren zu schaffen gemacht haben, jetzt

einen festen Platz in der Diskussion über die Zukunft der Gemeinschaft gefunden haben. Die Gründe dafür sind teils extern: das Aufbrechen des internationalen Systems der 50er und 60er Jahre, teils intern: In den 70er Jahren wurde ganz deutlich, daß die Divergenzen unter den Mitgliedsländern die gesamte Struktur der Gemeinschaft sogar in ihren begrenzten Zielsetzungen bedrohten.

Was wir in den 70er Jahren erlebt haben, war deshalb kein Rückschritt, sondern ein recht beträchtlicher Schritt nach vorn in Richtung auf neue Aufgabenstellungen und auch neue politische Realitäten der europäischen Politik. Die neuen Aufgaben sind in den letzten fünf Jahren bei jeder Gelegenheit betont worden. In fast ritueller Weise haben wir alle darin übereingestimmt, daß die Gemeinschaft über eigene finanzielle Mittel verfügen, eine europäische Industriepolitik, insbesondere im Bereich der Hochtechnologie entwickeln, einen gemeinsamen Binnenmarkt schaffen und eine angemessene europäische Außen- und Sicherheitspolitik etablieren muß.

Die neuen Aufgaben fanden eine bemerkenswerte Zustimmung nicht nur bei irgendwelchen außenstehenden Kommentatoren, sondern auch bei jenen Kräften, die in den 50er und 60er Jahren aufgrund ihrer "vested interests" die eigentlichen Bremser der Integration gewesen sind. Viele Personen in den bürokratischen Schlüsselpositionen würden heute zustimmen, daß Europa auf lange Sicht diese Politiken auf europäischer Ebene entwickeln und durchführen muß. Nicht zuletzt dank Bundeskanzler Schmidt haben wir erlebt, daß diese Agenda auf bestimmten Gebieten zur eindrucksvollen Realität geworden ist.

Das Europäische Währungssystem (EWS) ist in vieler Hinsicht das deutlichste Beispiel dafür, wie die Gemeinschaft durch politische Initiative auf ein Gebiet der Politik geführt wird, das bisher außerhalb ihres Rahmens lag, und wie dadurch völlig neue Aktivitäten entwickelt wurden. Wenn man nicht gerade die Rhetorik, sondern die Realität der 80er Jahre mit der der 60er Jahre vergleicht, kann man wirklich nur ermutigt sein, weil an die Stelle der Divergenzen zwischen Frankreich und Deutschland in der Wirtschaftspolitik und in der Frage der Prioritäten eine Übereinstimmung und Annäherung über wirtschaftliche Prioritäten tatsächlich erreicht worden ist.

Über einige Fragen kann man sicher verschiedener Meinung sein. Aber mir scheint doch, wenn man zurückblickt, daß wir beträchtliche Fortschritte gemacht haben, sowohl was die Aufgabenstellung, die Prioritäten, als auch was das gesamte politische Erscheinungsbild angeht. Natürlich darf dieser bedingte Optimismus nicht Selbstzufriedenheit auslösen, eher umgekehrt. Aber, um einen Punkt von Max Kohnstamm aufzugreifen, das wirkliche Problem betrifft nicht so sehr die Definition der europäischen Tagesordnung, sondern ihre Veränderung in Richtung einer Form der politischen Realität, der die meisten von uns zustimmen können.

Ich sehe drei grundlegende Punkte, die wir bei der Umsetzung der Prioritäten in politisches Handeln berücksichtigen müssen. Der erste ist offenkundig eine Neubestimmung unserer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Der zweite ist, die Deutschen davon zu überzeugen, daß sie gegenwärtig eine besondere Verantwortung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wahrnehmen müssen. Und drittens gilt es, trotz oder wegen Luxemburg, ernsthafter als bisher die Aufgabe des institutionellen Ausbaus anzupacken.

Dies bedeutet keineswegs eine Infragestellung der Kommission. Es gibt Felder, wie den Binnenmarkt und eine europäische Industriepolitik, auf denen natürlich die Europäische Kommission eine zentrale Rolle spielen muß. Die bestehenden Institutionen sind und waren jedoch nicht dafür vorgesehen, das Europäische Währungssystem oder eine gemeinsame Verteidigungspolitik einzurichten.

Was wir brauchen, ist also eine Anzahl neuer dynamischer Agenturen. Vor allem aber geht es um die Stärkung einer Institution, die den Schlüssel des Ganzen bilden kann, nämlich des Europäischen Rates.

Schmidt

Natürlich wundert es mich nicht, daß gerade ein Engländer über den, wie er meint, ungeheuren Fortschritt der Europäischen Gemeinschaft seit Messina überrascht ist. Das wunderte mich insofern nicht, als die meisten Engländer damals nicht glaubten, daß die ganze Sache überhaupt lohne.

Aber wenn Herr Ludlow die jüngste Übereinstimmung der deutschen und der französischen Wirtschaftspolitik erstaunlich findet, dann muß ich doch mit allem Ernst darauf hinweisen: Als es das Weltwährungssystem von Bretton Woods noch gab, befolgten Frankreich ebenso wie Deutschland und andere Länder die Regeln dieses Systems, und es gab in der europäischen Wirtschaftspolitik keine Divergenzen. Als dieses System Anfang der 70er Jahre, im wesentlichen durch amerikanisches Verschulden, allmählich zusammenbrach, haben wir in Europa die "Schlange" als eine Art Ersatz

erfunden, und sechs Jahre später haben wir die Schlange zu dem gemacht, was jetzt Europäisches Währungssystem genannt wird.

Nur von Mai 1981 bis 1983 ist Frankreich vom Pfad der Normalität in seiner Wirtschaftspolitik abgewichen. Nach drei Abwertungen des französischen Franc zwischen 1981 und 1983 standen die Franzosen vor der Wahl, entweder das Europäische Währungssystem zu verlassen und damit alle psychologischen, politischen und internationalen Konsequenzen in Kauf zu nehmen oder die Regeln zu befolgen. Und sie haben das letzte gewählt und sind auf den Pfad der ausgewogenen Wirtschaftspolitik zurückgekehrt, auf dem sie sich während der letzten 30 Jahre meistens befunden haben. Das hat aber nichts mit Fortschritt zu tun; es ist lediglich die Rückkehr zur Normalität. Das ist der Grund für meine Kritik, die nichts mit Pessimismus zu tun hat.

Lopes

Als Portugal 1974/75 sein Beitrittsge such an die Europäische Gemeinschaft stellte, war für uns neben politischen und ökonomischen Gründen vor allem die Sicherheitsfrage entscheidend. Und ich habe heute wirklich nicht den Eindruck, daß wir seitdem unsere Zeit verschwendet haben. Das Ergebnis, das wir erreicht haben, ist ein Gemeinschaftserfolg. Portugal hat im Rahmen der Gemeinschaft den Schutz der Südwestflanke übernommen.

Ich will jetzt nicht auf die Risiken und Gefahren eingehen, mit denen wir konfrontiert waren. Nur ein Beispiel: Das einzige Mal seit Prag 1948, daß in Westeuropa die Kommunistische Partei allein an der Macht war, ist 1975 in Lissabon passiert. Auch das gehört mit zu unserer Sicherheitsthematik.

Wenn ich mir überlege, welche Themen in dieser Diskussion zur Sprache gekommen sind, dann wird mir der Unterschied bewußt, der zwischen den hier diskutierten Fragen und jenen Problemen besteht, denen sich einige Länder gegenübersehen, die an diesem Tisch nur zum Teil vertreten sind. Große Teile der Europäischen Gemeinschaft befinden sich noch nicht in einer Lage, daß für sie Probleme der Hochtechnologie oder einer fortschrittlichen Technologie bereits voll eine Rolle spielen. Probleme von denen es hier hieß, man müsse ihre Lösung gemeinsam angehen und neue Wege für eine Weiterentwicklung finden.

Das führt mich zu einem zweiten Gedanken. Von unserer Seite und gewiß auch von selten unserer Partner in der Gemeinschaft sind Integration und wirtschaftliche Entwicklung grundsätzlich miteinander verknüpft. Darin liegt mittelfristig die ökonomische Bedeutung der Integration für die portugiesische und auch für die griechische und spanische Volkswirtschaft, wobei ich natürlich nur für die portugiesische Wirtschaft sprechen kann. Es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, diesen Entwicklungsprozeß zu stärken, was ein Hauptanliegen für alle zwölf Mitglieder der Gemeinschaft ist.

Ein dritter Punkt betrifft die Teilnahme an der Europäischen Gemeinschaft. Ich habe mich gefragt, wie es in unseren Ländern um die Einstellung gegenüber der Gemeinschaft steht. Ich will Ihnen hier keine Zahlen von Meinungsumfragen präsentieren. Ich sollte Ihnen jedoch sagen, daß unter denjenigen, die in meinem Land größere Verantwortung tragen, und denen, die an der Entwicklung dieses Prozesses stärker beteiligt sind, eine klare Vorstellung besteht, daß die Gemeinschaft für unsere eigene Entwicklung notwendig ist und daß sich jedes Land an diesen Bemühungen beteiligen sollte. Helmut Schmidt und Jacques Delors haben diesen Punkt bereits ausführlich erwähnt.

Was die Notwendigkeit angeht, die Gemeinschaft zu stärken, lassen Sie mich zwei Bemerkungen machen. Erstens: Kein Land unter den Zwölfen ist heute in der Lage, die anstehenden Probleme für sich allein zu lösen. Das ist vielleicht der stärkste Schutz für die Gemeinschaft. Sonst habe ich einige Zweifel. Man kann nicht 1500 Jahre durch 30 Jahre ablösen; aber man kann versuchen, diese 1500 Jahre in 30 oder 40 Jahren zu verbessern. Ich denke und hoffe, daß wir das tun.

Zweitens: Zusammenhalt ist ein Schlüsselproblem für die nächste Zukunft der Gemeinschaft. Dazu bedarf es einer gemeinschaftlichen Anstrengung. Helmut Schmidt hat darauf hingewiesen, daß für die internationale Wirtschaft bestimmte Regeln gelten müssen. Das System von Bretton Woods hat funktioniert; es ist zugrunde gegangen, und etwas anderes wird an seine Stelle treten. Der einzige Unterschied ist, daß möglicherweise eine Stärkung des Europäischen Währungssystems und die Schaffung von schärferen Regeln für die Weltwirtschaft im Widerspruch zueinander stehen werden.

Es ist verständlich, daß man in solchen Kolloquien wie diesem dazu neigt, die strategischen Probleme Mitteleuropas in den Vordergrund zu stellen. Diese Schlüsselfrage ist nun einmal von unmittelbarem Interesse für die meisten Anwesenden hier. Dabei bin ich der Meinung, daß eine problematische Entwicklung in Mitteleuropa sehr viel weniger wahrscheinlich ist als in anderen Gebieten. Das betraf beispielsweise Probleme in Südwesteuropa, die wir inzwischen gelöst haben, weil wir uns dafür mit ganzer Kraft eingesetzt hatten. Dieser Kampf fand nicht im 14. Jahrhundert, sondern vor nur zehn

Jahren statt. Gegenwärtig sehe ich größere Gefahren von Nordafrika und von der Mittelmeerregion ausgehen.

Erlauben Sie mir, die Analyse noch auszuweiten; denn einige der Hauptfragen unserer Zukunft werden sich in Schwarzafrika, also den Ländern südlich der Sahara, stellen. Die Situation dort verschlechtert sich in gefährlichem Maße, und es ist keine Lösung in Sicht. Das "Entwicklungsmodell" der 60er Jahre ist völlig überholt. Ich bin also der Meinung, daß wir die afrikanischen Probleme sehr sorgfältig beachten sollten, nicht zu reden von anderen Problemgebieten, die hier bereits erwähnt wurden, nämlich Lateinamerika. Afrika ist für uns aber in jedem Fall mehr als ein Nachbar. Es stellt eine potentielle Gefahr dar, mit der niemand so recht umzugehen weiß. Zugleich aber, und das möchte ich unterstreichen, können wir diese Gefahr vielleicht in wirtschaftliche und politische Möglichkeiten umwandeln.

In dem Rahmen strategischer Probleme möchte ich die soziale Instabilität erwähnen. Soziale Probleme sind vielleicht als ein strategischer Tatbestand schwieriger zu handhaben als militärische Probleme. Diese Erfahrung haben wir in Portugal gemacht. Wenn wir eine genaue Analyse dessen vornehmen würden, was sich in Portugal zwischen Sommer 1974 und Ende 1975 ereignet hat, würden wir das Handbuch für die Destabilisierung europäischer Länder vor uns haben. Wir waren damals nicht nur in der Lage, Widerstand zu leisten, sondern zu gewinnen und das Problem zu lösen. Und ich wäre nicht sehr erstaunt, wenn einige der Techniken, die damals angewandt wurden, in anderen Ländern erneut angewandt werden würden.

Wenn wir also über die Gefahr der Konfrontation unter strategischen Gesichtspunkten nachdenken, wäre mein Vorschlag, sich dabei nicht auf zweifellos so wichtige Dinge wie SDI zu beschränken. Die Frage der sozialen Destabilisierung war ein Problem in den letzten Jahren, und es wird dies wahrscheinlich auch in Zukunft so bleiben, wenn es uns nicht gelingt, zum Beispiel die Beschäftigungssituation zu verbessern.

Zum Abschluß noch zwei Bemerkungen. Helmut Schmidt hat die Notwendigkeit politischer Führung auf europäischer Ebene angesprochen. Das ist eine seltene Fähigkeit, was heißt, daß sie einen hohen Preis hat. Deshalb bin ich der Meinung, daß es wert ist, ernsthaft darüber nachzudenken. Dabei ist gebührend zu berücksichtigen, daß politische Führer sowohl einen Apparat als auch die politische Unterstützung und Akzeptanz anderer benötigen.

Schließlich möchte ich noch eine kleine Überlegung anführen, die die Erfahrungen in den letzten acht Jahren hier in Brüssel und unsere gemeinsamen Probleme betreffen. Ich denke, was wir für die Zukunft vor uns haben, geht über die Möglichkeiten der Regierungen hinaus. Die Regierungsmaschinerie ist ein zu komplexes System und ein zu komplexes Instrumentarium. Ich halte es für notwendig, Menschen, die guten Willens sind, und Menschen, die über die Fähigkeit verfügen, Ideen zu entwickeln, zusammenzubringen, um auf diese Weise den Europäischen Gemeinschaften bis zum Ende dieses Jahrhunderts neue Impulse zu geben. Wenn wir für einen solchen Anstoß die richtige Stelle wählen und wenn es uns gelingt, für die Zukunft der Gemeinschaft ein starkes Konzept zu entwickeln, würde die Arbeit der Regierungen etwas leichter werden, und sie würden sich vielleicht in einer besseren Position befinden, um Entscheidungen zu fällen. Obgleich ich in dieser Hinsicht einige Skepsis habe, sollten wir genügend Geduld aufbringen und fortfahren, unsere Arbeit für die Zukunft zu tun.

Trumpf

Es ist für mich interessant, wie wenig wir in dieser Diskussion, die wir im Hauptquartier der Europäischen Kommission führen, bisher von der Europäischen Gemeinschaft gesprochen haben. Ich würde das eigentliche Defizit der Gemeinschaft im Grunde weniger in der unterentwickelten Rolle, die sie in der Welt spielt, sehen, als vielmehr in ihrer Unfähigkeit, sich selbst zu organisieren und eine effiziente Politik zu treiben.

Helmut Schmidt sagte, Europa dürfe nicht in ein Klientelverhältnis zu den USA geraten. Nun, in der Handelspolitik, bei der die Gemeinschaft über eigene Zuständigkeiten verfügt, ist die EG weltweit der einzige Partner, der den USA gleichberechtigt entgegentritt. Wenn die USA etwa mit handelspolitischen Maßnahmen drohen, dann reagiert im Grunde nur die EG mit entsprechenden Gegenmaßnahmen, während Japan oder Südkorea in einem solchen Fall eher dazu neigen, eine amerikanische Public-Relations-Firma zu beauftragen, um das Klima zu den Vereinigten Staaten zu verbessern. In der Währungspolitik liegen die Dinge für Europa sicher nicht so günstig. Aber wenn zum Beispiel Großbritannien dem EWS beitreten würde, könnten wir auch auf dem Gebiet weiterkommen.

Was das Verhältnis zur Sowjetunion und zum RGW angeht, so ist bezeichnenderweise zweimal ein Angebot von der Sowjetunion an die EG ergangen - erst von Breschnew und jetzt wieder von Gorbatschow. Das zeigt doch, wie groß die Attraktivität der Europäischen Gemeinschaft für die osteuropäischen Länder ist als ein Modell, wie sich das wirtschaftliche und politische Zusammenleben organisieren läßt.

Auch die Erweiterung der Gemeinschaft ist, wie Herr Lopes zu Recht sagte, eine Erfolgsstory. Mit entsprechenden geduldigen Verhandlungen ist es gelungen, nach Griechenland nun auch Portugal und Spanien in die Gemeinschaft mit einzubeziehen. Natürlich sind die Probleme nicht mit dem Augenblick des Beitritts gelöst, aber das betrifft mehr die interne Organisation der Gemeinschaft.

Die regionale Kooperation der EG wurde schon erwähnt. Lomé- und ASEAN-Abkommen würde ich ausgesprochen als Erfolge der Gemeinschaft ansehen. Leider läßt sich das gleiche nicht von unseren Bemühungen gegenüber der arabischen Welt sagen. Der europäisch-arabische Dialog hat die ursprünglichen Erwartungen nicht erfüllt. Wir sind über Venedig nicht hinausgekommen. Auch der Versuch, mit den Ländern des Golf-Kooperationsrates in eine engere Verbindung zu treten, ist bisher nicht gelungen.

Die größten Defizite sehe ich jedoch im Bereich der internen Organisation der Gemeinschaft und ihrer Politiken. Das ist nicht so sehr eine Frage der organisatorischen Mängel und der Unfähigkeit, den Willensbildungsprozeß zu gestalten - wenn man einmal von der mangelhaften Beteiligung des Europäischen Parlaments an den Entscheidungen der Gemeinschaft absieht;- , sondern daß wir mit den großen Sachproblemen nicht fertig werden. Das gilt etwa für die Agrarpolitik, aber auch für die Technologiepolitik, die bisher noch nicht gemeinschaftlich organisiert werden konnte.

Wir haben offenbar immer noch Angst vor dem großen Binnenmarkt und vor der Aufhebung der Grenzen. Diese Angst ist nicht nur bei den Bürokraten vorhanden, sondern auch bei den Politikern und den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in den einzelnen Ländern weit verbreitet.

Schließlich müßten wir das von Herrn Lopes erwähnte Strukturproblem der Gemeinschaft lösen, was nur mit einer gerechten Finanzverfassung und einem angemessenen Finanzausgleich möglich sein dürfte. Wenn es uns gelingt, diese Defizite der Gemeinschaft zu beheben, dürfte Europa durchaus in der Lage sein, eine erhebliche Rolle in der Weltpolitik zu spielen.

Narjes

Ich will mich im folgenden auf einige Aspekte der Europäischen Gemeinschaft konzentrieren und zunächst etwas zum Thema Binnenmarkt sagen. Wenn es in den nächsten vier oder fünf Jahren nicht gelingt, in allen Parlamenten der Mitgliedsstaaten der Umsetzung des Gemeinschaftsrechts in nationales Recht Priorität vor nationalen Gesetzgebungsmaßnahmen zu geben, wird das Datum 1992 für die Vollendung des Binnenmarktes nicht einzuhalten sein. Da geht es zum Beispiel um die Angleichung des Gesellschaftsrechts, einschließlich der Mitbestimmung, um die Angleichung der Steuergesetzgebung, die minimale Harmonisierung von Steuersätzen und andere wichtige Fragen. Es bedarf des innenpolitischen Engagements aller die Gemeinschaft tragenden Parteien, wenn das bis 1992 über die Bühne gehen soll. Ob wir später dafür genügend Zeit zur Verfügung haben, kann niemand sagen.

Dann zum Thema europäische Technologiepolitik, die ich ja in der Kommission zu vertreten habe. Wir sehen für die europäische Technologie-Gemeinschaft im wesentlichen vier interessenmäßige Schwerpunkte.

Erstens wird die europäische Technologie-Entwicklung gegenwärtig vor allem durch die Vereinigten Staaten und durch Japan herausgefordert. In den USA begann man sich Ende der 70er Jahre darüber Gedanken zu machen, daß die strategischen Vorlaufzeiten gegenüber Japan in manchen Bereichen fast völlig verschwunden waren und auch gegenüber der Sowjetunion deutlich zurückgingen. Das betraf vor allem den Bereich der Elektronik und der Informationstechnologien.

Die Amerikaner haben daraufhin ein gewaltiges technologisches Aufrüstungsprogramm, wenn ich so sagen darf, in die Wege geleitet und dafür die Forschungs- und Entwicklungshaushalte von Pentagon, NASA und Department of Energy eingesetzt. Für das Haushaltsjahr 1987 wurden für diese drei Haushalte 47 Milliarden Dollar angefordert, von denen nur etwa 10 Prozent für SDI bestimmt sind, während die übrigen 90 Prozent für andere Aufgaben der technologischen Entwicklung, die de facto den gesamten Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften umfassen, eingesetzt werden.

Was die gegenwärtige technologische Entwicklung von der in den 50er Jahren besonders unterscheidet, ist der schnellwachsende dual-use-Charakter, die doppelte Verwendbarkeit moderner

Technologien. Fast alle Komponenten der Informationsverarbeitung und Informationstechnologie, der Elektronik, fast alle neuen Materialien, fast alle modernen Antriebsaggregate, wo auch immer sie zum Einsatz kommen, können sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke Verwendung finden. In der Raumfahrt trifft das, wie Experten sagen, zu 90 bis 95 Prozent zu.

Ein solcher Jahresrahmen von 47 Milliarden Dollar ist daher zugleich das größte industrielle Subventionsprogramm in der Wirtschaftsgeschichte. Dieses enorme Subventionsvolumen steht in krassem Gegensatz zu den "Sonntagsreden" des Council of Economic Advisers, der den Verbündeten der Vereinigten Staaten einreden möchte, es gäbe in den Vereinigten Staaten keine Industriepolitik. Sie sei auch nicht empfehlenswert.

In diesem Zusammenhang muß man auch darauf hinweisen, daß die europäischen Unternehmer heute nicht mehr - im Gegensatz zu den 60er Jahren - damit rechnen können, daß sie rechtzeitig und umfassend Zugang zu den Ergebnissen von Forschung und Entwicklung zu Marktbedingungen erhalten. Die Barrieren, die die Vereinigten Staaten aus den verschiedensten Gründen für den Technologietransfer errichtet haben, schließen heute die sogenannte Trittbrettfahrer-Politik weitgehend aus. In den 60er Jahren brauchten die europäischen Unternehmer nur darauf zu warten, bis in den USA bestimmte Entwicklungen auf den zivilen Markt kamen, die sie sich dann aneignen oder erwerben konnten. Das ist heute nicht mehr in gleicher Weise garantiert.

Aufgrund dieser Entwicklung wächst die Tendenz in Europa, eigene technologische Systeme zu entwickeln, die möglichst keine amerikanischen Komponenten mehr enthalten. Wenn verfügbar, wird japanischen Komponenten der Vorzug vor amerikanischen gegeben. Das wird nicht ohne strukturelle Konsequenzen bleiben. Ich habe in dem Zusammenhang gegenüber der amerikanischen Regierung, ohne Widerspruch zu finden, von der Gefahr atlantischer Gräben gesprochen, die sich hier auftun, statt daß wir auf industriellem Gebiet weitere atlantische Verflechtungen eingehen. Die Technologietransfer-Sperre sollte man also auch strukturell sehr ernst nehmen.

Dann ein Wort zu SDI. Was die industriellen und forschungspolitischen Beteiligungsaspekte für die europäische Industrie angeht, stütze ich mich auf Aussagen in den Hearings des zuständigen Ausschusses im amerikanischen Senat. Danach sind von den etwa 26 Milliarden Dollar, die bisher als Rahmen für SDI zur Verfügung gestellt werden sollen - wenn der Kongreß zustimmt;-, allenfalls eine Milliarde Dollar für Entwicklungen vorgesehen, die man auch Verbündeten mit anbieten kann. Von dieser einen Milliarde Dollar könnten nach der bisherigen amerikanischen Vergabepaxis und angesichts des starken Wettbewerbs der amerikanischen Industrie, die ja daran auch mitbeteiligt wird, vielleicht 30 Prozent nach Europa und Japan gehen. Wir sprechen also über ein Gesamtvolumen von ungefähr 300 Millionen Dollar, die über fünf Jahre auf Japan und Europa verteilt werden. Mehr ist nach amerikanischer Ansicht nicht drin. Da sollten wir also keine großen Erwartungen hegen.

Überdies stellen wir fest, daß auch die größten europäischen Unternehmen mit kommerziellen Mitteln gegen die vom Pentagon geförderten Entwicklungen auf dem amerikanischen Markt nicht ankommen, daß uns hier nur gemeinsame Anstrengungen weiterhelfen können.

Der zweite Gesichtspunkt, die Technologie-Gemeinschaft in Europa voranzubringen, ist ihre untrennbare Verknüpfung mit dem Binnenmarkt, soweit es sich um öffentliche Aufträge handelt. Herr Schmidt hat dieses Thema hier angesprochen. Dazu nur wenige Zahlen, um die Größenordnung deutlich zu machen, um die es hier geht. Gegenwärtig werden 18 Prozent des europäischen Sozialproduktes über öffentliche Beschaffungs- oder Investitionshaushalte abgewickelt; davon dienen etwa 8 Prozent der Beschaffung von Hochtechnologie. Dazu gehört die Rüstung, die Ausstattung der gesamten Telekommunikation, aller Verkehrsträger und aller Laboratorien und dergleichen Dinge mehr.

Für große Teile dieser 8 Prozent ist die öffentliche Nachfrage Monopolist. Es ist eine Illusion zu meinen, man könne den kleinen und mittleren Staaten der Gemeinschaft im Rahmen der Binnenmarktpolitik zumuten, ihr öffentliches Beschaffungswesen bedingungslos zu öffnen, ohne ihnen gleichzeitig einen Zugang zu der in Europa entwickelten Spitzentechnologie zu verschaffen. Eine solche Milchmädchenrechnung konnte wohl nur in Auswärtigen Ämtern erfunden werden. Das ist ein Teil der Leidensgeschichte von EUREKA.

Ich erinnere Sie an das Beispiel des F-16-Jägers Anfang der 70er Jahre. Damals konkurrierte die Tornado-Gruppe gegen die Mirage von Dassault. Aber niemand kümmerte sich um die Nachfrage aus Skandinavien und den Beneluxländern. Denen machte dann die amerikanische Industrie ein günstiges Angebot für die Montage der F-16, und zwar mit hoher Eigenbeteiligung. Die Folge war, daß die F-16 mit einer Stückzahl von 250 oder 300 gebaut wurde, die ausgereicht hätte, Tornado oder Dassault den break-even-point erreichen zu lassen.

Diese Praxis kann sich regelmäßig in Europa wiederholen. Ich denke an zwei, drei andere Beispiele im zivilen Bereich, bei denen mir die betreffenden nationalen Minister gesagt haben: Wenn wir in der EG keinen Zugang zur Spitzentechnik erhalten, dann behalten wir uns vor, dort zu kaufen, wo uns dieser Zugang gewährt wird. Insofern besteht also ein Zusammenhang zwischen der europäischen Technologie-Entwicklung und dem Zustandekommen eines gemeinsamen Binnenmarktes, den wir dringend brauchen.

Ein weiteres Kapitel in dem Zusammenhang ist das der Normen und Standards, über die Einvernehmen herrschen muß, wenn europaweit eine moderne technologieintensive Infrastruktur aufgebaut werden soll. Sonst investiert jeder gegen jeden und der große europäische Basismarkt kommt schon von daher nicht zustande.

Zur Zeit haben wir zum Beispiel gerade aufschlußreichen Ärger mit einem Mitgliedstaat. Es geht um die Entwicklung der nächsten Stufe des Fernsehens, das sogenannte hochauflösende Fernsehen, das digitalisierte, hochqualifizierte Bilder liefert. Wir waren kurz davor, uns auf eine europäische Norm festzulegen. Jetzt kommen auf einmal die Japaner mit einigen amerikanischen Partnern und schlagen unserem Mitgliedstaat die Übernahme ihres MUSE-Verfahrens vor, wahrscheinlich zu günstigen Bedingungen. Die Folge wäre das Scheitern des Bemühens um eine europäische Norm. Zunächst sträubt sich also unser Mitgliedstaat gegen klare Direktiven, die für alle verpflichtend sind und fragt an, ob nicht auch eine Empfehlung ausreichte - eine Empfehlung, die man dann natürlich verletzen könnte, ohne rechenschaftspflichtig zu sein. Dies ist der Alltag im Gemeinsamen Markt. Diese Zusammenhänge zwischen Binnenmarkt, Normen, Standards und öffentlichem Auftragswesen können gar nicht hoch genug bewertet werden.

Mein dritter Punkt betrifft die generelle Aufgabe, für eine schnellere Verflechtung der Industriestrukturen in der EG Sorge zu tragen. Wir können uns dafür keine weiteren 30 Jahre Zeit lassen. Ich will darauf aus Zeitgründen nicht weiter eingehen.

Und der vierte Punkt schließlich: Wer heute "High-Tech" anzubieten hat, besitzt ein beachtliches Element politischer und wirtschaftlicher Weltgeltung. Dies wird in Europa in der Regel unterschätzt. Wo immer man in Asien oder in Lateinamerika hinkommt, überall würde man gerne auf eine Spitzentechnologie zurückgreifen, die nicht von Washington oder Moskau abhängt. Sie muß aber auch überzeugend geschaffen werden, sonst können wir diesen Vorteil nicht nutzen.

Wir haben überall dort hervorragende Erfahrungen gemacht, wo wir gemeinschaftlich vorgegangen sind. So zählt Europa im gesamten Bereich der Nukleartechnologie zur Weltspitze, weil es da gemeinschaftlich operiert hat. Das gilt sowohl für die Standardreaktoren, die Fusionsprojekte wie auch für den Hochtemperaturreaktor, den Schnellen Brüter und die Wiederaufarbeitungstechnik. Die großen europäischen Forschungszentren wie CERN oder DES Y liegen heute vor den amerikanischen.

Wir haben in der Gemeinschaft auch hervorragende Erfahrungen mit präkompetitiven Forschungsprogrammen à la "Esprit" gemacht. Dieses Programm, das etwa drei Milliarden DM kostet, ist 50:50 mit der Wirtschaft abgestimmt. Kein Bürokratismus. Daran arbeiten heute immerhin 2000 Forscher. Auf dieser Basis wollen wir aufbauen.

Auf dem Mailänder Gipfel hat man entschieden, gleichzeitig EUREKA und die europäische Technologie-Gemeinschaft anzustreben. Unter dieser Entscheidung leiden wir ein wenig. Zur Technologie-Gemeinschaft ist jetzt vertraglich verankert worden, daß wir einstimmig ein mehrjähriges Rahmenprogramm anstreben müssen, für das wir zunächst 10,3 Milliarden ECU veranschlagen. Allein im Bereich der Elektronik und Informationstechnologien wollen wir von 1987 bis 1991 insgesamt 4,5 Milliarden ECU ausgeben. Die Wirtschaft ist bereit, etwa die Hälfte davon zu übernehmen. Entsprechendes gilt für die Telekommunikation und für andere Spitzentechnologien, wahrscheinlich auch für die Bio-Technologie. Die Kommission hat also dem Ministerrat schon ein umfassendes Programm für die technologische Aufrüstung Europas auf den Tisch gelegt.

Zu den Dingen, die eventuell neu hinzukommen, nenne ich erstens die Meerestechnik, die ein Spezialthema ist. Zweitens haben wir der europäischen Flugzeug-Industrie unsere politische Bereitschaft erklärt, die Forschung und Entwicklung der Technologien der Post-Jet-Generation umfassend anzupacken, so wie das in den Vereinigten Staaten heute bereits der Fall ist, wo dafür schon ein 500-Millionen-Dollar-Programm aufgelegt wurde. Der europäische Flugzeugbau ist so zersplittert und finanziell in einer recht angespannten Lage, daß die Kommission, wenn das überhaupt erfolgen soll, entsprechend ihrer Motorfunktion die Last der schwierigen politischen Vorbereitung allein tragen muß.

Wir bemühen uns sehr, die Dinge voranzutreiben und verhalten uns dabei so flexibel wie irgend möglich, auch keineswegs kompetenzbesessen, wie das immer wieder unterstellt wird.

Wir wären auch bereit, uns finanziell an einem Projekt der ESA, also einer Institution außerhalb der Gemeinschaft, zu beteiligen, falls dort zum Beispiel außer dem Hermes-Projekt auch das HOTOL-Projekt realisiert werden sollte.

Wenn wir hier aber nicht sofort anfangen, die europäischen Grundlagen zu schaffen, sind unsere Chancen verpaßt, denn der Konkurrent hat bereits mit der Arbeit begonnen.

Noch einmal zu EUREKA. Dieses Projekt hat den großen Nachteil, daß es den eigentlichen Anwendungsbereich, für den es wohl einmal gedacht war, nämlich die Militärforschung, ausschließt.

Was die Rüstungsentwicklung angeht, ist man sich inzwischen wohl überall in Europa darüber klar, daß die modernen großen Waffensysteme praktisch von keinem Nationalstaat mehr allein entwickelt werden können, weil die Entwicklungskosten einfach zu hoch sind. Der Sachzwang zur europäischen Zusammenarbeit sollte nicht länger gelegnet werden.

Worauf es jetzt entscheidend ankommt, ist, eine solche Politik auch durchzusetzen. Für diese Aufgabe fordern wir erstens in den nächsten fünf, sechs Jahren insgesamt maximal 5 Prozent des Gemeinschaftshaushalts, sofern die 1,6 Prozent Mehrwertsteuer die Haupteinnahmequelle der Gemeinschaft bleiben. Das heißt, unser Programm ist keineswegs besonders ehrgeizig, sondern liegt eher an der untersten Grenze.

Zweitens sollten wir bedenken, daß wir nicht viel Zeit haben. Die Konkurrenz schläft nicht. Da die Mittel knapp sind, brauchen wir schnelle Entscheidungen, um allen Beteiligten Gewißheit zu vermitteln. Wir werden die Dinge schwerlich voranbringen, wenn wir die Akten einfach liegenlassen, wie das einige Finanzminister meinen.

Drittens - ein ganz schwieriger Punkt: In den Vorabstimmungen geht es fast immer neun zu drei aus. Die drei Großen - Deutschland, Frankreich, England - meinen, sie könnten fast alles allein machen und verwenden in dem Zusammenhang den Begriff der Subsidiarität. Das heißt, nur das, was diese Länder nicht selbst durchführen können, sollte an die Gemeinschaft abgegeben werden. Dabei ist es natürlich ein großer Unterschied, ob Luxemburg, Portugal, Griechenland, Irland, Spanien oder ob Frankreich und Deutschland die Basis darstellen, um zu entscheiden, wo die nationalen Möglichkeiten aufhören und die Gemeinschaftsforschung einsetzt. Wenn die französisch-deutschen Maßstäbe angelegt werden, welche Projekte als gemeinschaftswürdig gelten sollen, dann könnten wir die gemeinsame Forschung praktisch aufgeben. Wir vertun damit zugleich die Chance eines Binnenmarktes im Bereich der öffentlichen Aufträge. Hier müssen die Regierungen der großen Staaten manche Einsicht zeigen und ihren Begriff der Subsidiarität neu definieren.

Schmidt

Herr Narjes, Sie haben in Ihrem interessanten technologischen Exposé in einem Nebensatz gesagt, die Europäische Gemeinschaft werde 1,6 Prozent der Mehrwertsteuer erhalten.

Narjes

Im Jahre 1988.

Schmidt

Es lohnt sich, darüber nachzudenken, der Gemeinschaft dann wesentlich höhere Finanzen zuzugestehen, wenn dies mit Fortschritt in der Integration verbunden ist. Einer der Hauptgründe für die Aktionsunfähigkeit der Gemeinschaft liegt in der Tatsache, daß ihr Haushalt volkswirtschaftlich überhaupt nicht zu Buche schlägt, im Gegensatz zu den nationalen Haushalten. Es wird natürlich eine Revolution in den zwölf Hauptstädten auslösen, wenn der erste darüber ein lautes Wort sagt.

Abschließend nur noch eine Überlegung an den Bergedorfer Kreis. Ich gebe zu erwägen, ob man im Bergedorfer Kreis in Zukunft nicht einmal ein scheinbar ganz unaktuelles Thema behandeln sollte, nämlich: das religionsgeschichtliche Verhältnis von Judentum, Christentum und Islam, gewissermaßen vom Zeitalter der Kreuzzüge - die ja auch mit einer Art von Fundamentalismus zusammenhängen - bis hin zum islamischen Fundamentalismus von heute. Es sind dies die drei großen monotheistischen Religionen, die geschichtlich alle aus einer Wurzel stammen. Wenn man sich darüber einmal zwei Tage lang unterhält, könnte man vielleicht zu Überlegungen gelangen, die Aufschluß darüber geben, was die Muslime von heute bewegt.

Kaiser

Aus dieser Diskussion scheinen folgende Punkte für die weitere Arbeit von besonderer Bedeutung zu sein:

1. Bei der Diskussion über die außenpolitische Rolle Europas ist die alte Frage der inneren Heterogenität Europas wieder mit einer Schärfe zutage getreten, die uns zu der Überlegung zwingt, wie wir in Europa trotz dieser Heterogenität weiterkommen, zum Beispiel mit Hilfe der variablen Geometrie, die auf eine abgestufte Integration hinausläuft.
2. Wichtig fand ich die Hinweise auf die spezielle Verantwortung und auch den Spielraum, den bestimmte Regierungen haben, wenn es mit der Integration weitergehen soll. Das zeigte sich etwa in der Debatte über die Bedeutung des Währungssystems für die Zukunft der Gemeinschaft, wo der deutschen Regierung zweifellos eine besondere Rolle zufällt.
3. Ich nehme einige beunruhigende Fragen im Hinblick auf das amerikanisch-europäische Verhältnis mit nach Hause. Hier zeichnen sich Perspektiven ab, die erwarten lassen, daß die amerikanisch-europäischen Divergenzen in Zukunft ernstere Formen annehmen werden als früher. Dieser Problematik sollten wir mehr Aufmerksamkeit widmen und uns fragen, wie wir die Divergenzen in einem vernünftigen Konfliktmanagement-System unter Kontrolle bringen, damit das westliche Bündnis in seiner eigentlichen Aufgabe, nämlich der Politik gegenüber der Sowjetunion, nicht Schaden nimmt.
4. Wenn wir über die zukünftige Rolle Europas in der Welt nachdenken, müssen wir uns stärker mit dem Nahen Osten, Nord- und Südafrika befassen.
5. Herr Narjes hat hervorgehoben, daß die außenpolitische Handlungsfähigkeit Europas in vielen Fällen von Fortschritten in Fragen abhängt, die anscheinend eher technischen Charakter haben. Stichwort: Vollendung des Binnenmarktes.
6. Wenn wir die Frage nach der weltpolitischen Rolle Europas beantworten wollen, dann müssen wir uns in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion auch mit den zentralen politischen Problemen beschäftigen, die sich in dem Zusammenhang stellen. Welches sind zum Beispiel die spezifischen Interessen Europas? Welchen Beitrag können wir in Zukunft in der Weltpolitik leisten? Die Innenpolitik der EG-Länder muß aufhören, sich nur mit den inneren Problemen der Gemeinschaft zu beschäftigen. Sie sollte auch nach außen schauen.

Körper

Unser Thema lautete: "Findet Europa wieder die Kraft, eine Rolle in der Weltpolitik zu spielen?"

Die Antworten auf diese Frage, die wir in unserem zweitägigen Gespräch gehört haben, klangen nicht eben hoffnungsfroh. In Abwandlung eines Satzes des bayerischen Volkshumoristen Karl Valentin könnte man sagen: Mögen täten die Europäer schon (eine Rolle in der Weltpolitik spielen), aber wollen haben sie sich nicht getraut!

Es sind in diesem Gespräch die Schwäche Europas und die ganze Komplexität der europäischen Frage erörtert worden. Ich greife nur einige Punkte heraus, die mir besonders wichtig erscheinen:

Erstens: Es ist deutlich geworden, daß Europa keine Chance hat. Weltpolitik nur als zivile Großmacht zu betreiben. Es bedarf genauso der Bereitschaft, nötigenfalls militärische Macht einzusetzen, beispielsweise bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Die Europäer müssen den Willen erkennen lassen, sich gegen Bedrohungen von außen zur Wehr zu setzen. Präsident Delors hat als bedenklich hervorgehoben, daß der Verteidigungswille bei unserer jungen Generation in Europa fast völlig verschwunden sei. Wer eine Rolle in der Weltpolitik spielen will, muß in der Lage sein, seine eigene Verteidigung sicherzustellen.

Zweitens: Helmut Schmidt hat zu Recht beklagt, daß die Europäer es versäumt hätten, sich über ihre gemeinsamen Interessen klarzuwerden. Das gilt insbesondere auf militärstrategischem Gebiet, wo die Harmel-Doktrin von 1967 der letzte Versuch einer Interessenabstimmung zwischen Europa und Amerika gewesen ist. Es fehlt in Europa an einer angemessenen Militärstrategie, um den neuen Herausforderungen, die etwa durch SDI entstehen, gerecht zu werden. Das betrifft auch den außerordentlich schwierigen Komplex der Rüstungskontrolle.

Drittens: Wir sind alle davon überzeugt, daß Europa eine weltpolitische Rolle nur im Bündnis und in enger Kooperation mit den Vereinigten Staaten spielen kann. Angesichts der gegenwärtigen Machtkonstellation - insbesondere was den unveränderten sowjetischen Expansionismus angeht - und im Hinblick auf die sich abzeichnenden globalen Entwicklungen - hier wurde vor allem China erwähnt - ist das NATO-Bündnis für die Europäer unverzichtbar.

Gleichzeitig kommt es darauf an, daß Europa in diesem Bündnis eine eigenständigere und verantwortungsbewußtere Rolle übernimmt. Lord Carrington hat in diesem Zusammenhang die Lastenverteilung im Bündnis angesprochen und den Europäern nahegelegt, ihren militärischen Beitrag entsprechend ihren ökonomischen Möglichkeiten zu erhöhen.

Die Europäer dürfen also weder zum Klienten oder gar Satelliten der USA werden, noch sich von Amerika abkoppeln, indem sie etwa den Amerikanern "die Machtfrage stellen", wie es hier hieß. Präsident Delors hat das europäisch-amerikanische Verhältnis sehr eindringlich mit den beiden Kategorien von "Abhängigkeit und Autonomie" beschrieben.

Das Bündnis ist aber auf die Dauer nur dann überlebensfähig und kann auf Akzeptanz in den Bevölkerungen seiner Mitgliedsländer rechnen, wenn sich die NATO nicht auf die militärische Verteidigung beschränkt, sondern sich vielmehr als Instrument zur Erarbeitung einer gemeinsamen politischen Perspektive begreift.

Viertens: Die Einheit Europas ist hier immer wieder beschworen worden. Europa müsse mit einer Stimme sprechen, hat Außenminister Tindemans gefordert. Der Weg dahin führt zum einen über den Gemeinsamen Markt und die Abstimmung der europäischen Regierungen in den wesentlichen Bereichen der Wirtschafts-, Währungs- und Technologiepolitik - die Bedeutung des Europäischen Währungssystems (EWS) für die Zukunft Europas ist mehrfach unterstrichen worden. Zum zweiten bedarf es der Schaffung eines politischen Entscheidungszentrums in Europa, wie es in der EPZ kaum ansatzweise vorhanden ist. Europa ist zuallererst eine politische Aufgabe, hat Präsident Delors gesagt. Drittens schließlich kann sich Europa als Einheit nur behaupten, wenn es sich auf ein gemeinsames Verteidigungskonzept einigt. Wir brauchen eine Institution, in der die Europäer wirklich über Verteidigungsfragen sprechen können.

Fünftens: In Europa kann es nur vorangehen, wenn sich Deutschland und Frankreich einig sind, wobei den Franzosen, wie Helmut Schmidt betonte, die Führungsrolle vor allem in militärischer Hinsicht zufalle. Zugleich hat Lord Carrington auf die ambivalente Haltung Frankreichs in der NATO hingewiesen, die die Schaffung einer europäischen Verteidigungsidentität erschwert. Und Präsident Delors hat deutlich gemacht: Solange die deutsche Frage nicht entschieden sei, könne Deutschland keine führende Rolle beim Aufbau Europas spielen.

Sechstens: Bei allen Schwierigkeiten, die den Prozeß der europäischen Einigung behindern, sollte nicht in Vergessenheit geraten, daß sich das, was in Europa in den letzten 30 Jahren erreicht wurde, 1945 niemand hat vorstellen können. Es ist in Europa eine Struktur geschaffen worden, die heute einen militärischen Konflikt zwischen den Ländern Westeuropas unvorstellbar macht. Zugleich verfügen wir in Europa über eine ganze Reihe von Institutionen, die die Weiterentwicklung des europäischen Einigungsprozesses tragen können.